

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1984.

Politik der Verständigung, oder....?

„Die Gehilfenschaft hat also ihre Forderungen nicht ins Blaue hinein erhoben. So sehr sie auch gezwungen war, infolge der Not der Zeit ihre materiellen Forderungen in der gedachten Höhe zu stellen, und so sehr sie auch entschlossen ist, an ihnen festzuhalten, so hat sie trotzdem dabei nicht vergessen, nach Mitteln und Wegen zu forschen, um diese Forderungen auch der Prinzipalität annehmbar und durchführbar zu machen. Die Gehilfenschaft ist bemüht gewesen, objektiv die Position der Prinzipale zu unteruchen und bietet die Hand zu einem dem ganzen Gewerbe segensbringenden Zusammengehen. Will man im anderen Lager die gebotene Hand ergreifen und will man verstehen, daß die Gehilfenschaft von ihren Forderungen nicht abgehen kann, dann wird nicht nur der Friede im Gewerbe erhalten, sondern auch eine neue Ära sozialen Wirkens von vorbildlicher Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben herankommen, anderenfalls wird eine Zeit zerklüftender, zerrüttender Kämpfe unausbleiblich sein, eine Zeit, von der einst der große Agitator Lassalle sagte, sie komme mit wildwühendem Vordringen und ehernen Sandalen an den Füßen.“

„Korrespondent“ vom 28. August 1906.

Der Buchdrucker tarif.

Die deutschen Buchdrucker haben den in der Form am umfassendsten ausgebauten Tarif unter allen Arbeitern. Sie sind bei ihrer Tarifarbeit schnell über die Ortsgrenzen hinausgezogen und zu dem nationalen Tarif übergegangen, den außer ihnen nur wenige ebenfalls graphische Gewerbe und sonst nur noch die unter eigenartigen Verhältnissen arbeitenden Konsumvereinsangestellten und Ortskrankentassenbeamten haben. Das liegt daran, daß sich für kein anderes Gewerbe ein gleich einheitlicher Maßstab für das Arbeitsquantum findet, sowie man beim Tarifabschluß über die Feststellung des bloßen Zeitlohnes hinausgeht und in den Tarif auch die Akkordarbeit einbezieht. Die Berechnung der Arbeit nach einer gewissen Anzahl geleiteter Buchstaben stimmt für den gewöhnlichen sogenannten „Valefah“ so genau mit einem gewissen Zeitaufwand überein, daß der Seher bei dieser Art der Tätigkeit fast die Uhr zu entbehren und an dem Quantum der geleisteten Arbeit die aufgewendete Zeit festzustellen vermag.

Es gibt keine andere produktive Tätigkeit, bei der die Wichtigkeit der Gleichung: Wert der Tagesarbeit = Tageswert der Arbeit, so augenfällig in die Erscheinung tritt wie bei der Arbeit der Seher, und Marx konnte deswegen schon in seinem „Kapital“ zur Begründung des Satzes, daß Stücklohn nur eine modifizierte Form des Zeitlohnes sei, das Beispiel der Londoner und der englischen Provinzseher mit heranziehen, von denen die einen in der Regel nach Stücklohn, die anderen nach Zeitlohn bezahlt würden. Dieses Verhältnis zwischen Großstadt und Provinz ist übrigens noch heute die Regel.

Diese leichte Möglichkeit, den Wert der geleisteten Arbeit festzustellen, mußte schnell auch die Unternehmer zu Freunden bestimmter im voraus festgesetzter Normen für den Aufwand an Arbeitslohn machen. Sie erleichterte die Kalkulation neu eingehender Aufträge in einer Weise, wie sie kein anderes Gewerbe kennt. Handarbeit bildete in der Sehererei immer den alleinigen Maßstab für diese Kalkulation, während Betriebe anderer Branchen bald diese, bald jene arbeitsparende Maschine in Rechnung zu stellen haben, die einmal vorhanden ist, ein andermal fehlt. Der Großbetrieb, der in allen anderen Berufen dem Kleinbetrieb überlegen ist, ist dies in der Buchdruckererei nur für Massenauslagen, und da der allgemeine Tarif den Unternehmern eine Handhabe bot, die Produktionsbedingungen der Konkurrenz genau so zu gestalten wie die eigene, hatte die Unternehmerschaft ein hohes ökonomisches Interesse daran, an der Durchführung des nationalen Tarifes mitzuarbeiten.

So konnte sich die Tarifgemeinschaft, das heißt die gemeinsame Gestaltung des Tarifes durch Prinzipale und Gehilfen durchsetzen.

Die Kosten für die Durchführung des Tarifes trugen allerdings bisher immer die Gehilfen. Seine Einführung in den entferntesten Gegenden der Provinz war ihr Werk, das Wert ihrer Organisation. Und da machte sich denn neben den Vorteilen des nationalen Tarifes auch ein Nachteil desselben bemerkbar: die lange Dauer der Tarifperioden, die dadurch bedingt war, daß man seine Anerkennung in der Provinz immer erst allmählich durchsetzen konnte und darum nicht in schneller Zeitfolge mit neuen Forderungen an die Prinzipalität der Großstädte heranzutreten vermochte. Mit dem Ausbau der Tariforganisation und der Eroberung auch der Provinz durch den Tarif verschwand allerdings auch diese Nebenwirkung, und es scheint uns in der Tat im gegenwärtigen Moment kein Anlaß gegeben, einen Tarif auf sechs bis zehn Jahre abzuschließen, wie ihn die neue Vereinbarung vorsieht.

Nach § 42 dauert nämlich der Tarif vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1911. Ein besonderer Beschluß verlängert ihn aber, indem er sagt:

„Findet nach Ablauf von fünf Jahren eine Verständigung im Tarif-Ausschusse über die vorliegenden Anträge nicht statt, dann gilt der Tarif gemäß § 43 des Vertrages noch auf ein Jahr, mit welchem Zeitpunkt dann auch der Tarifvertrag sein Ende erreicht.“

Kommt außerdem der vorgesehene Vertrag von Organisation zu Organisation zustande, dann erhöht sich die Tarifdauer auf 10 Jahre ohne jede Garantie auf eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung in diesem für unsere sprunghaft sich entwickelnden Verhältnisse geradezu enorm langen Zeitabschnitt.

Dazu kommt die in dem oben mitgeteilten Beschluß vorgesehene einjährige Kündigungsfrist, die den Buchdruckern im Falle einer Tarifkündigung eine Niederlage a la 1891 geradezu vorbereitet!

Verträge in solchen Formen sind wahrlich nicht mehr Sache der Buchdrucker allein. Werden sie vorbildlich, so heben sie jede fruchtbare gewerkschaftliche Tätigkeit auf!

Wünschenswert sind solche Verträge eben nur da, wo man an die romantische Idee des sozialen Friedens, an die gemeinsamen Interessen von Unternehmertum und Arbeiterschaft als ein Evangelium glaubt. Nur wo dieser Geist herrscht, kann man sein Schicksal in die Hände des Unternehmertums legen.

Aber nicht aus sozialem Verständnis, sondern durch die Notwendigkeit gezwungen, haben die Buchdruckunternehmer sich zur gemeinsamen Arbeit mit den Gehilfen entschlossen. Fällt der äußere Anstoß fort, wird die Tarifgemeinschaft durch die Entwicklung der Verhältnisse für das Unternehmertum zu einer ökonomischen Fessel, dann werden sie rückwärts die soziale Maske beiseite werfen. Und dieser Zeitpunkt ist näher, als mancher glauben möchte!

Der eiserne Gehülfe, die Sehmachmaschine — einst von den Buchdruckern verachtet und dann wieder über die Gebühr gefürchtet — hält seinen Einzug in immer mehr Offizinen. Wie lange noch, dann ist das Prinzip der Kalkulation nach dem Preise des Handlages nicht mehr aufrecht zu erhalten! Gerade die kapitalträchtigeren Unternehmer oder solche, die ihre Zeit erannt haben, werden die Maschineinsatz zur Grundlage ihrer Berechnungen machen — die einen oder anderen tun wohl schon heute. Dann schwindet das Interesse der Unternehmer an der Aufrechterhaltung des Tarifes; es treten dieselben Verhältnisse wie in anderen Berufen ein, wo zum Erstaunen so manchen Buchdruckers trotz heftigster Bemühungen seitens der Arbeiter eine der der Buchdrucker gleichwertige Tarifinstitution sich nicht durchsetzen konnte. Unbeschwert von sozialen Empfindungen und überflüssig gewordenen Friedensgefühlen steigt dann der Ballon des Profites in die Höhe und die Tarifgemeinschaft wird unter anderem Ballast zuerst über Bord geworfen! —

Was bietet der Tarif materiell?

„Die Gehilfenschaft hat also ihre Forderungen nicht ins Blaue hinein erhoben.“ schrieb am 28. August der „Korrespondent“, ganz gewiß nicht. — Ueber die Lohnhöhe der Buchdrucker sind die fabelhaftesten Annahmen verbreitet. Gewöhnlich werden die unter ganz ungewöhnlichen Umständen erzielten Löhne der verhältnismäßig kleinen Gruppe von Zeitungssehern als Durchschnittslöhne angesehen. Diese Löhne werden aber nur in schwerer, aufreibender Nachtarbeit bei dieser entsprechenden Aufschlägen und unter Berücksichtigung aller Vorteile des Tarifs im Akkord verdient.

Der Durchschnittslohn der Berliner Seher dürfte 30 M. pro Woche betragen.

Kun ist aber die Buchdruckererei — Saisonarbeit! Das wird vielen unbekannt sein. Jede Drucker hat allerdings einen dauernd tätigen Stamm von Arbeitern; darüber hinaus besteht ein wesentlicher Teil der Buchdrucker aus Aushilfsarbeitern, von denen man in Berlin ruhig sagen kann, daß sie im Jahresdurchschnitt nicht länger erwerbsfähig sind, als die Bauhandwerker. Erst Tod oder Invalidität eines älteren Kollegen öffnet diesen Leuten eine „dauernde Kondition“; bis dahin bevölkern sie die Arbeitsnachweise und belagern die Kontor-Eingänge der Druckerereien. Ursache der Saisontätigkeit ist, daß im Winter das politische, gesellschaftliche und Geschäftsleben besonders pulsiert. Die Zeitungen erscheinen wegen der Parlamente stärker, haben einen größeren Inseratenteil, mit Neuererscheinungen der Bühne und Literatur kommt man im Winter heraus und um die hohen Feste herum gruppiert sich ein großer Teil des Handelsgeschäftes.

Insgesamt zählte der Buchdruckerverband im vergangenen März 1,04 Proz., im Juni 6,72 Proz. Arbeitslose. — Das bei der jetzigen Hochkonjunktur in allen Gewerben!

In den Großstädten sind die Schwankungen natürlich noch viel stärker.

Vom Einkommen der Buchdrucker ist also ein erheblicher Teil für die Zeit der Arbeitslosigkeit in Abzug zu bringen.

Unter diesen Umständen und mit Rücksichtnahme darauf, daß die typen Tarifrevisionen den Buchdruckern nur geringe Lohrerhöhungen brachten, war ihre Forderung einer Lohnerhöhung von 15 Proz. gewiß gerechtfertigt.

Das „soziale Verständnis“ ihrer Brotherrn gestand ihnen nur eine Erweiterung ihres Hungerriemens um 10 Proz. seiner Länge zu.

Noch notwendiger war aber eine Verkürzung der Arbeitszeit. Und in dieser Beziehung kann man sagen, ist nichts erreicht. Oder will man ernsthaft die halbe Stunde über

Feierabend am Sonnabend, die in fast allen anderen Berufen längst Mode ist, als Arbeitszeitverkürzung bezeichnen? Die Buchdrucker werden also vermutlich im Jahre 1911 oder 1912 als letzte der großen Gewerkschaften den Kampf um die Beseitigung des Neunstundentages führen müssen!

Diese Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend um eine halbe Stunde wird außerdem in einer ganzen Reihe von Betrieben unmöglich sein und sich beispielsweise in den Zeitungs-Druckereien, wo die Arbeit am Sonnabend sich häuft, lediglich dadurch bemerkbar machen, daß die Ueberstunden-Entschädigung um eine halbe Stunde früher eintritt. Eine geringfügige Lohnzulage also statt einer sozialen Wohltat, und das gerade an einer Stelle, wo wahrhaftig die verkürzte Arbeitszeit noch weit wichtiger als die kleine Einkommensvergrößerung wäre.

Bedauerlich ist auch, daß der neue Tarif noch Kost und Logis (!) vorsieht, für die der Unternehmer bis zu 11,50 M. in Abzug bringen darf. Dafür liegt gar kein Bedürfnis vor.

Neu eingeführt ist außerdem für die Maschinenseher die Akkordarbeit und die Leistungsklausel, die unseres Wissens bisher nur im Berliner Maurergewerbe bestand und dort in hohem Maße böses Blut erregt hat. Der Maschinenseher soll auf der Linotype 6000, auf der Monoline 5000, dem Typograph 4200 Buchstaben pro Stunde leisten. Einer Kontrolle auf ihre Leistungen sollen sich auch die Handseher unterziehen!

Die Maschinenseher sind damit all den Nachteilen der Akkordarbeit unterworfen worden. Bisher hielt der Arbeitgeber das schlechte Manuskript von der Maschine sorgfältig fern; nicht um der Seher willen — so hoch versteigt das soziale Verständnis der Buchdruck-Unternehmer sich nicht. Aber die Maschine rentierte sich dann nicht! Jetzt wird man den Sehern überlassen, sich entweder im Akkord mit schlechtem Manuskript abzufinden und den widerlichen Streit wegen des Aufschlages zu führen oder man zwingt ihn im Gewehrgeld zur Leistung des vorchriftsmäßigen Minimums — zwei gleich verlockende Aussichten.

Die Leistungsklausel und die Kontrolle im neuen Tarif machen die zehnprozentige Lohnerhöhung desselben nahezu wieder wert! Was man der Gehilfenschaft widerwillig mit einer Hand gab, hat man ihr eifertig mit der anderen genommen. —

Wir sind nicht der Meinung des „Korrespondent“ vom 28. August, daß lediglich die Ablehnung der materiellen Forderungen der Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe eine Zeit zerklüftender und zerrüttender Kämpfe heraufbeschwören werde; aber das jeden sozialen Verständnis bare, lediglich den eigenen Vorteil rücksichtslos wahrnehmende Vorgehen des Unternehmertums war es, das in den Buchdruckerparlamenten vom Sonntag den Anschein erweckte, als komme sie auch im Buchdruckgewerbe, die Zeit „mit wildwühendem Vordringen und ehernen Sandalen an den Füßen!“

Die neue Ära sozialen Wirkens.

Kun bringt die diesjährige Revision des Tarifes im Buchdruckgewerbe eine Neuerung, die schon lange angestrebt worden ist: den Abschluß des Tarifes von Organisation zu Organisation.

Neu ist ein Abschluß in dieser Form eigentlich nur für das Buchdruckgewerbe. Im übrigen ist er in allen Berufen üblich. Darin kann man also die „neue Ära sozialen Wirkens“ nicht entbeden, von der der „Korrespondent“ spricht.

Oder sollte die neue Ära in dem Organisationszwang liegen, den der § 4 des Vertrages ausdrückt?

Er lautet:

Der Tarifvertrag verpflichtet:

- Die Mitglieder des „Deutschen Buchdruckervereins“, nur solche Gehilfen einzustellen, die dem „Verbande der Deutschen Buchdrucker“ angehören;
- Die Mitglieder des „Verbandes der Deutschen Buchdrucker“, nur in solchen Buchdruckerereien tätig zu werden, deren Inhaber dem „Deutschen Buchdruckervereine“ angehören.

Auch diese Bestimmungen bieten nichts Neues. Die Arbeiterchaft hat auf diesem Gebiete schon ihre Erfahrungen gemacht — und sehr bittere Erfahrungen — wollen wir hinzufügen. Tarifverträge mit gegenseitigem Organisationszwang haben bereits die Metallarbeiter in Nürnberg, Fürth, Schwabach abgeschlossen, engbegrenzte Berufe in einem eng begrenzten Bezirk, die für einen Vergleich mit dem Buchdruckgewerbe nicht in Betracht kämen. Dagegen könnte man sehr wohl den Tarif der Chemigraphen zur Betrachtung heranziehen.

Dieser hegte die Organisation in Kämpfe mit anständigen und tarifmäßig zahlenden Unternehmern hinein, die lediglich der ganzen Art ihres Betriebes nach dem Unternehmerverbände nicht angehören konnten und deswegen nicht angehörten. Sie waren womöglich gar in anderen Unternehmerorganisationen vollberechtigte Mitglieder, standen also dem Organisationsgedanken selbst durchaus nicht fern.

In dieselbe Verlegenheit wird der Organisationszwang auch die Buchdrucker bringen.

Viele größere Betriebe, die einen starken Verbrauch an Druckmaschinen haben, namentlich aber Karton- und Buchfabriken, haben eigene Hausdruckereien. Auch in großen Versandgeschäften ist das der Fall.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die jedesgelaltene Kolonnenzeile über deren Raum 20 Wg. für halbtägige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preisrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland.

Die „Deutsche Tageszeitung“ leitartikelt über die Veröffentlichung aus dem Tagebuch Onkel Chlodwigs. Sie bringt es in diesem Artikel fertig, die Besetzung des famosen Rückversicherungsvertrages mit Rußland als einen „folgschweren Schritt“ zu bezeichnen, der Rußland in die Arme Frankreichs getrieben habe. Als der im Jahre 1890 abgelaufene Rückversicherungsvertrag hätte erneuert werden sollen, sei die Kanzlerkrise eingetreten. Trotzdem hätte das anfangs verschämpte Rußland die Bereitwilligkeit gezeigt, auch mit Caprivi diesen famosen Vertrag von neuem abzuschließen. Zu seinem Erstaunen habe jedoch Sadowalow erfahren müssen, daß der Vertrag von deutscher Seite mit der Begründung zurückgewiesen worden sei, daß Deutschland diese „komplizierte Politik“ nach zwei Seiten hin nicht fortsetzen, sondern sich einfach auf sein Dreibundsverhältnis beschränken wolle. Dadurch sei denn Rußland zu einer Alliance mit Frankreich gedrängt worden.

Es ist ja begreiflich, daß das Junkerorgan die damalige Juridweiheung Rußlands noch heute schmerzhaft empfindet. Unglaublich ist es nur, daß das Blatt die Behauptung aufzustellen wagt, Rußland sei durch die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages zur Alliance mit Frankreich gedrängt worden. Diese Alliance Rußlands mit Frankreich war aber gerade das ureigenste Werk Bismarcks, der durch die Annexion Elsaß-Lothringens die unnatürliche Verbindung der westeuropäischen Republik mit dem westasiatischen Kriemerkönig herbeiführte. Bereits in den 70er Jahren begann die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich; der im Jahre 1879 abgeschlossene Zweibund zwischen Deutschland und Oesterreich, aus dem dann im Jahre 1883 durch den Eintritt Italiens ein Dreibund wurde, war erst die Folge der Annäherung zwischen Rußland und Frankreich. Wie sehr nun Bismarck selbst der Tragfähigkeit des Dreibundes mißtraute, beweist ja die Tatsache, daß er später hinter dem Rücken der verbündeten Mächte den ungeheuerlichen Rückversicherungsvertrag mit Rußland abschloß. Dieser ebenso törichte wie gewissenlosen Politik setzte der Herr des 19. Jahrhunderts dann im Jahre 1896 dadurch die Krone auf, daß er durch sein Leiborgan, die „Hamburger Nachrichten“, die Existenz dieses Rückversicherungsvertrages aller Welt verkünden ließ. Wenn es irgend ein Mittel gab, der Reichspolitik Knüppel zwischen die Beine zu werfen und den Dreibund zu sprengen, so war es dieser geradezu hochverräterische Akt des „großen“ Kanzlers!

Als im November 1896 die skandalöse Enthüllung Bismarcks im Reichstag zur Sprache kam, übernahm es Herr von Marschall, nachzuweisen, wie vernünftig seinerzeit Caprivi gehandelt habe, als er bei seinem Amtsantritt auf die von Bismarck beliebten diplomatischen Mogeleyen verzichtete. Herr von Marschall führte damals aus, daß die Ansicht, durch ein ganzes Neb von Defensivverträgen könne der allgemeine Weltfrieden dauernd gesichert werden, doch dem Zweifel begeben müsse, ob mit der Mehrheit der Bündnisse und Verträge auch der innere Wert jedes einzelnen sich steigern oder ob nicht umgekehrt die Gefahr bestehen könne, daß unter den mehrfachen Sicherungen im entscheidenden Augenblicke gerade die versage, auf die es ankam.

Die „hohe“ Politik unseres neuen Kurfürsten hat sich wahrhaftig niemals durch übermäßige Genialität ausgezeichnet. Durch ewiges Schwanken, durch täuschendes Liebeslos heute und brüsternde Schärfe morgen hat unser neuer Kurs überall Mißtrauen gesät und keinen einzigen zuverlässigen Verbündeten erworben. Aber daß der neue Kurs seinerzeit die ebenso kindische wie törichte Mogelpolitik mit Rußland zurückgewiesen hat, ist vielleicht auch sein einziger diplomatischer Ruhmestitel, der uns leider durch die neuesten Machenschaften mit Vätern mehr und mehr wieder verschärzt worden ist.

Arbeiterbewegung und Sozialismus.

London, 8. Oktober. (Eig. Ber.)

England steht gegenwärtig im Zeichen sozialistischer Diskussionen. Der unerfahrene Leser der englischen Presse könnte glauben, wir befänden uns hier am Vorabend der sozialistischen Revolution. Die Konferenzen gewerkschaftlicher Organisationen werden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Gewerkschaftsführer, die sich unter das sozialistische „Joch“ nicht beugen wollen, werden als Retter der Gesellschaft gefeiert. Liberale Führer blasen Sturm und die gelbe Presse befindet sich in ihrem Elemente — im Elemente der Sensation.

Ran wird gut tun, sich dieser Agitation gegenüber ruhig zu verhalten. Sie bedeutet vorläufig nur soviel, daß einige arbeiterscheunliche Liberale über den beginnenden Zusammenbruch ihrer sozialliberalen Theorien entrüstet sind. Die politische Verfestigung eines Teiles der organisierten Arbeiterklasse kommt ihnen wie eine Rebellion vor. Der Lärmschläger ist der Master of Elbank (Alexander O. Murray), der parlamentarische Sekretär (Whip) der schottischen Liberalen. Murray ist Impressionist und läßt sich von momentanen Eindrücken hinführen. Er war es auch, der während des russisch-japanischen Krieges allerlei Unheil für England prophezeigte, da dieses in eine Allianz mit Japan eingegangen war. Ihm schlossen sich nunmehr sein Kollege J. A. Pease, ebenfalls Whip, und der Kriegsminister Mr. Haldane an. Alle drei sprachen vor einigen Tagen in einer liberalen Versammlung in Schottland. Haldane ist selbstredend für parlamentarische Arbeitervertreter, nur mühten sie mit den Liberalen zusammenzugehen und im Sinne der liberalen Bestrebungen und Ideale tätig sein. „Wenn sie sich aber“, meint Haldane, „dem Führer der Arbeiterpartei, Mr. Hardie, anschließen und solche abstrakte Forderungen vertreten, wie Verstaatlichung des Grund und Bodens, des Kapitals usw., so muß die liberale Partei den Kampf aufnehmen. Solange Mr. Hardie indes diese Forderungen in Volkssprechungen ausstellt, so gehen sie die liberale Partei nichts an. Ich fürchte nicht, daß der Liberalismus in Sozialismus ausarten würde. Der Mann, der sozialistische Ansichten vertritt, hat einen sehr engen Gesichtskreis und kennt nicht die Realitäten des Lebens noch die Bedeutung der menschlichen Natur. Ein solcher Mann ist gegen seinen eigenen Willen ein Materialist, und der Materialist hat keine Ahnung vom Menschentum oder vom Weltall.“ Haldane ist der Philosoph der liberalen Partei; ihm fällt also die Aufgabe zu, den Sozialismus philosophisch zu widerlegen. Nach Haldane sprach Murray, der die liberalen Arbeiterführer Bell Fenwick, Burt und Maddison lobte, aber den Sozialisten, die den Liberalismus untergraben, den Krieg erklärte. Im

Die Gehilfen in diesen Druckereien werden teilweise besser bezahlt als in gewöhnlichen Abzindendruckereien, ihre Stellung ist eine selbständige, angenehme. — Nach Inkrafttreten des Vertrages werden sie dieselbe verlassen müssen oder fliegen aus dem Verbanne hinaus, dem sie angehörten, um für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen!

Mehrere Gewerkschaften haben eigene Druckereien. — Der Verband deutscher Buchdrucker wird ihre Betriebe sperren, wenn ihre Leiter nicht dem Unternehmerverbande beitreten!

Hundert von Buchdruckern, vielleicht schon Tausende arbeiten in Parteibetrieben. Mutet man auch diesen zu, die Organisation der Unternehmer verstärken zu helfen? Oder wenn man sie nun sperren, die dort beschäftigten Verbandsmitglieder ausschließen wollte? Es gibt doch Buchdrucker, die nebenher auch noch Parteigenossen sind! Werden diese ruhig zusehen, wenn ihre Parteiorgane nicht erscheinen sollen? Wir glauben es nicht. Nicht einen Tag wird die Parteipresse ihr Erscheinen aussetzen! Dann hat man den Kampf in der Gehilfenschaft.

Und wofür? Um die Unternehmer zu organisieren! Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so zweifelhaft wäre!

Und wer ist der andere Kontrahent, wer ist der „Deutsche Buchdruckerverein“? Umfaßt er die Mehrheit der Betriebe? Umfaßt er auch nur ihre Hälfte?

Nein! Zwei Drittel der Prinzipale stehen ihm noch fern; die soll ihm die Gehilfenorganisation zutreiben; das Geld, das sie spart, indem sie dem Kampfe für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus dem Wege geht, soll sie verpulvern, indem sie ihren Mitgliedern die Arbeitsplätze sperrt und ihnen Unterstützungen zahlt, damit die Unternehmerorganisation gedeihe!

Das ist die neue Aera sozialen Wirkens! Die Arbeiterorganisation als Exekutor des Unternehmertums.

Auch in anderer Beziehung: Der Entwurf sieht nämlich auch vor, daß die Organisationen gegenseitig haftbar sind für den Schaden, den ihre Mitglieder einander verursachen:

Der Verein, dem der Schädiger angehört, haftet dem Geschädigten für Ertrag des ihm entstandenen Schadens insoweit, als sein beteiligtes Mitglied gesetzlich dazu verpflichtet ist.

Der Taff-Bale-Entscheid redivivus! Was die englischen Arbeiter mit allen Mitteln als gewerkschaftsfeindlich bekämpft haben, führt der Deutsche Buchdrucker-Verband für sich freiwillig ein!

Ob das die neue Aera sozialen Wirkens ist? — Wird der Vertrag zwischen beiden Organisationen, so wie er vorliegt, Gesetz für die Buchdrucker, dann hat der Verband sein Erstgeburtsrecht dem Unternehmerverein verkauft. Und für weniger als ein Pfennig!

Ran will mit dem Unternehmerverein einen Vertrag schließen, und er sagt verbindlich: Bitte, wenn die Gehilfenschaft zehn Jahre lang nichts fordert!

Man verlangt die Anerkennung der Gehilfenorganisation, und die Unternehmer sagen: Bitte, wenn die Gehilfenschaft uns eine Organisation schafft!

Für die Verpflichtung seiner Mitglieder zur Tarifstreue verlangt der Unternehmerverein Gerichtsvollzieherdienste!

Ohne Schamröte erklären die Prinzipalsvertreter sich für verpflichtet, an der Unterstützung der Arbeitslosen teilzunehmen — eine Verkürzung der Arbeitszeit lehnen sie ab!

Wird die Gehilfenschaft das Judasgeld annehmen, mit dem man sie um eine wirkliche soziale Wohltat betrog? —

Der „Korrespondent“ sagt in seinen Betrachtungen über den Vertrag:

„Heute kann jedoch ohne Übertreibung gesagt werden, daß die deutschen Buchdrucker dem Wirtschaftslieben gezeigt haben, wohin eine konsequent und logisch geleitete Arbeit führt, und daß nicht eine flüchtige Form, sondern der Sinn, der Geist, das Wesen einer Sache das Entscheidende ist. Und weil es mit der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker an dem ist, konnte sie zum Vornemträger einer gewerblichen Friedensära werden, immer mehr den einigenden Momenten den Vortrang sichern und aus einer Politik des Waffenstillstandes eine Politik der Verständigung machen.“

Auch wir sind der Meinung, daß nicht die Form, sondern der Sinn, der Geist, das Wesen einer Sache das Entscheidende ist. Und darum erscheint uns die Tarifgemeinschaft nicht ein Waffenstillstand, noch weniger ein Akt der Verständigung zu sein, als vielmehr die Hinüberleitung des Kampfes vom offenen Schlachtfeld auf den Parkettboden der Diplomatie.

Möchte der Verband deutscher Buchdrucker auf diesem glatten Boden nicht straucheln!

Die russische Revolution.

Der Ruin.

Im Gouvernment Nishni Nowgorod, dessen Budget eine Million erreicht, konnten bis zum Ende vorigen Jahres 480 000 Rubel von der Semstwoverwaltung nicht eingetrieben werden. Im Petersburger Gouvernment wurden im Laufe dieses Jahres statt drei Millionen Rubel nur 800 000 Rubel eingetrieben, im Semstwo von Wlajka gingen bloß 26 Proz. aller Steuern ein.

Um eine richtige Idee von dem Grade des Geldmangels, an dem die Kassen der Semstws leiden, zu erhalten, muß man an die Rückstände erinnern, die die Semstws im vorigen Jahre zu verzeichnen hatten. In 84 Semstws, deren jährliches Budget 106 Millionen Rubel erreicht, stiegen die Rückstände am 1. Januar 1906 bis auf etwa 70 Millionen Rubel.

Die Semstws begannen darum, aus den Versicherungskapitalien zu borgen, zinstagende Papier zu verpfänden, Anleihen bei Privatpersonen und Anstalten zu machen. Das Semstwo von Saratow ist der Russischen Bank für auswärtigen Handel 125 000 Rubel schuldig. Der Zahlungstermin ist schon eingetreten, so daß, wenn die Bank keine Stundung bewilligt hätte, alle Einkünfte des Semstws mit Beschlagnahme belegt worden wären und seine Tätigkeit ganz hätte eingestellt werden müssen.

Aus allen Ecken Rußlands, selbst aus den Gouvernements, deren Semstws als sehr wohlhabend angesehen wurden, kommen Mißnachrichten. Das Moskauer Gouvernment-Semstwo hat schon alle ihm gebührenden Kapitalien verpfändet, und beschleunigt reichlich die ihm zur Verfügung stehenden Mittel nur, um die Gage der Angestellten bis Januar zu zahlen. Das Saratowsche Gouvernment-Semstwo hat die Zahlungen für Versicherungsunfälle eingestellt. Das Awerche Bezirks-Semstwo zahlt den Lehrern und Ärzten schon seit einigen Monaten kein Gehalt, das Gouvernment-Semstwo hat die Bezahmung der Arzneimittel sistiert und ist außerstande, 300 000 Rubel Versicherungsprämien auszubahlen. Im Gouvernment Woroneß zahlt ein Semstwo den Ärzten und Angestellten keine Gage, ein anderes schiebt die Volksschulen und die ärztlichen Ambulanzstellen, ein drittes verzichtet auf die Errichtung der notwendigen Bauten. Den Angestellten des Kollowascher Semstws wird nur die Hälfte der ihnen zustehenden Gehälter ge-

zahlt. Das Semstwo Tscherepowoh hat den Lehrern schon seit dem Monat Mai keine Gage gezahlt. Das Kreiskrankenhaus des Semstws von Wolodga entbehrt aller Medikamente: der ihm bewilligte Kredit ist schon erschöpft, und die Moskauer Drogenhandlungen lehnen jede weitere Verabfolgung der Medikamente auf Konto ab. Usw. usw. bis ins Unendliche.

Ran wirft sogar in Ernste die Frage auf, ob man die Schulen und Krankenhäuser nicht schließen sollte! Im Gouvernment Twer hat man schon angefangen, die Schulen zu schließen. In jedem Kreise gibt es bereits einige geschlossene Schulen, im Kreise von Nowotorsch sind sogar 22 Schulen geschlossen, und es werden dort auch die Krankenhäuser geschlossen.

Also das, woran man früher nur mit Entsetzen dachte, ist Wirklichkeit geworden. Selbst die allernotwendigsten Bedürfnisse werden nur unvollständig befriedigt: in einem Orte wird die Tätigkeit der Ackerbaubesserungsanstalten eingestellt, in einem anderen werden selbst die Gesundheitsämter ganz abgeschafft, in einem dritten die ärztliche Hilfe eingeschränkt. Jetzt ist die Reihe an das Schulrestort gekommen, und bald wird auch die Existenz der Semstws selbst fraglich werden.

Die „Russische Korrespondenz“ bringt folgende Aeußerungen des Professors am Petersburger Polytechnikum, R. Friedmann: „Das soeben veröffentlichte Schreiben des Herrn Kotosoffow an den Ministerpräsidenten enthält das Geheimmittel, dank dem der Finanzminister die verlotterte russische Staatswirtschaft vom Krache zu retten meint. Dieses Mittel ist durchaus nicht neu und wird schon lange angewandt. Es besteht im folgenden: Im Auslande werden energisch günstige Auskünfte über die Finanzlage Rußlands verbreitet, man scheut dabei weder die Presse zu kaufen, noch persönlich den ausländischen Korrespondenten wissenschaftlich der Wirklichkeit unadäquate Mitteilungen zu machen; sobald der Boden solchermaßen bearbeitet ist, bemüht man sich, eine mehr oder weniger bedeutende Anleihe im Auslande abzuschließen, um damit die papierne Wohlfahrt der russischen Staatswirtschaft noch für einige Zeit aufrecht zu erhalten.“

Legen jedoch die unabhängigen Journalisten und Gelehrten dar, es sei angezeigt, nicht zu einer so ungesunden Entwicklung hinzutreten, sondern zur Aufrichtung des Volkswohlfandes; behaupten sie, daß Armut und Hunger im Reiche wachsen und daß die Last der Verschuldung je länger desto härter auf dem Volke drückt, da die durch Anleihen aufgetriebenen Gelder nicht zur Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse des Volkes dienen, — dann wird das Finanzministerium schredlich böse, und die ihm gehorsamen Reptilien, über den Widerstand gegen die Pläne des Finanzministers aufgebracht, erheben ein gewaltiges Geschrei und widerholen die Vorwürfe des Finanzministers: die unabhängige Presse unterwühle den vaterländischen Kredit, sie bezeuge ihren Mangel an Patriotismus und ihre revolutionären Bestrebungen.

Die Resultate beider Systeme erscheinen jetzt in vollem Lichte. Den ausländischen Gläubigern ist es handgreiflich geworden, daß der russische Finanzminister zwei Rache, zwei Wahrheiten hat, daß er ganz optimistisch angehaucht ist, so lange er sich an die Gläubiger wendet, daß ihn jedoch ein unsägliches Pessimismus überwaltigt, sobald er offenerherzig und ohne sich zu genieren seinen Ministerkollegen seine Ansichten kundtut! Wird die Enthüllung dieser „Politik“, dieser Taktik nicht einen tausendmal mehr unheilvolleren Einfluß auf den Staatskredit ausüben als das aufrichtige Bekenntnis, daß die Finanzen Rußlands sich in einer schaurigen Lage befinden? Und ist denn die Wohlfahrt des Landes nicht unangeheuer bedroht von der schrecklichen Schuldenlast, zu deren Tilgung jahraus, jahrein 350 Millionen Rubel erforderlich sind? Es wäre doch endlich Zeit, die für unproduktive Zwecke borgenommenen Anleihen zu sistieren und zur Einschränkung der unnötigen und schädlichen Ausgaben zu schreiten. Und wenn dessenungeachtet wieder neue Anleihen gemacht werden müssen, so sollen sie doch nur nach erfolgter Genehmigung durch die Volksvertreter abgeschlossen werden; diese werden als unbedingte Forderung aufstellen, daß die so aufgetriebenen Gelder nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Hauptmasse der Steuerzahler, der Bauern, d. h. zur Verbreitung der Bildung und Erweiterung des Landbesitzes, verausgabt werden.“

Wichtiger Protest.

Lebz, 9. Oktober. Wegen des Lagens der Feldkriegsgerichte sind heute die Arbeiter von sämtlichen Fabriken in den Ausstand getreten. Es herrscht große Erregung, viele Straßen sind militärisch abgesperrt.

„Schlagt die Juden tot!“

Odeffa, 10. Oktober. Die reaktionären Agitatoren Dubrowin und Bulazel sind wieder abgereist. Bei der Abfahrt vom Bahnhof ereigneten sich heftige Szenen. Die Mitglieder des Verbandes des russischen Volkes trugen Fahnen mit der Aufschrift: „Schlagt die Juden tot!“. Der Passagiere auf dem Bahnhofsplatze bemächtigte sich große Panik, da die fanatisierte Menge zu johlen und zu schießen anfing. Die Polizei verhielt sich vollständig untätig.

Die „Kadetten“.

Helsingfors, 9. Oktober. Die Opposition gegen die vom Komitee des Kadettenkongresses beantragte Resolution teilt sich in zwei Gruppen, deren eine die vollständige Verwirklichung des Wiborger Programms fordert, während die andere die Steuererleichterung für notwendig erklärt, die Verweigerung der Rekrutengestellung aber nicht für zweckentsprechend hält, da die Rekruten nach ihrem Eintritt in die Armee die alten Soldaten gewinnen würden.

Helsingfors, 10. Oktober. Das Exekutivkomitee der Kadettenpartei dementiert die von der Regierung verbreiteten Gerüchte von einem bevorstehenden Verfall der Partei. Auch Riljukow erklärt, niemals die Aeußerung getan zu haben, er halte vorläufig die Schlacht für verloren.

Die Bauernagrarkbank.

Der Ackerbauminister a. D. N. Kutler hat in der Zeitung „Njesch“ eine Reihe von Artikeln über die Tätigkeit der Bauernbank veröffentlicht, deren Ergebnisse sehr interessant sind. Die Operationen der Bank, meint Kutler, haben als einziges Resultat ein Anhäufen des freien Landes. Das hätte an und für sich willkommen sein können, da es die zukünftige Verwirklichung der Agrarreform beschleunigt hätte. Aber diese vorteilhafte Seite der Banktätigkeit wird vollständig annulliert durch die Bedingungen, unter denen die Bank die Privatländerereien erwirbt. Die Bank bezahlt den Gutbesitzern einen so hohen Preis, daß sie nachher nicht imstande ist, den Bauern die Güter so abzutreten, daß jene Vorteil daraus ziehen können; die Bank arbeitet also nicht daran, den Landbesitz der Bauern zu regulieren, sondern sie ist bei der Liquidation des Privatgutbesitzes behilflich.

Die Preise des mit Hilfe der Bauernbank von den Bauern erworbenen Landes sind so hinaufgeschraubt, daß ein bedeutender Teil der von der Bank in der letzten Zeit den Bauern für Landankauf gewährten Anleihen ohne Zweifel unwiederbringlich verloren sein wird. Infolge der großen beliebigen Preise zu zahlen, da sie hoffen, in der Zukunft irgend welche Erleichterungen zu erringen. Außerdem kommt die Bank hauptsächlich den wohlhabenderen Bauern zu Hilfe. Alles in allem genommen, trägt die Bank nach der Ansicht von Kutler nicht nur nicht dazu bei, die Agrarreform vorzubereiten, sondern sie erschwert noch ihre Verwirklichung in der Zukunft.

selben Sinne sprach Bease, der Kollege Murray, der seine Partei aufforderte, den Sozialisten keinen Pardon zu geben.

Diesen liberalen Führern antwortete heute Genosse William Thorne im „Standard“. Er meint, die Aufregung der Liberalen übertrage ihn nicht; die liberale Arbeiterfreundlichkeit mühte früher oder später ein Ende nehmen. Man könne die Arbeiter nicht immer unter Chloroform halten. Die Liberalen machten den Arbeitern allerlei Versprechungen, die sie nicht einlösen können, da die herrschenden Kreise der liberalen Partei kapitalistisch seien. Solange die Arbeiter unselbständig waren, nahmen sie die liberalen Worte für bare Münze; jetzt aber, wo die Liberalen zur Honorierung ihrer Wechsel gezwungen werden, schieben sie die Ursachen ihrer Infolgen auf die Sozialisten. Alle diese Wandel werden auf dem nächsten Kongresse in Belfast (Januar 1907) zur Sprache kommen.

Genosse Curran sprach gestern über dasselbe Thema in einer öffentlichen Versammlung in Bradford. Er sagte: „Ich erinnere mich an eine Vorlesung, die Mr. Galdane in der „Sobian-Society“ gegeben hat und in der er sagte, eine konstitutionelle Entwicklung zum Kollektivismus sei unvermeidlich. Jetzt aber erklärt er, diese Fragen seien unparlamentarisch. Aber wir werden sie trotz alledem parlamentarisch machen.“

Auch die Gräfin Warwick beschäftigte sich gestern mit diesem Thema in einer Versammlung von Ladengehülfen in Leeds und wandte sich besonders gegen die Presse, die die sozialistischen Diskussionen dazu benutzte, das Publikum in eine Panik zu treiben.

Von den Konservativen sprachen vorläufig nur zwei: Lord Lansdowne und Lord Kildare, die sich über die Verlegenheiten der liberalen Partei lustig machten, aber doch den Ernst der Lage betonten.

Es fehlt indes nicht an beachtenswerten Stimmen. Im tausendsten Heft der liberalen „Independent Review“ erinnert Chiozza-Roneh, der liberale Abgeordnete für Paddington (West-London), daß nach Professor Dicey (in seinem, auch unseren Lesern bekannten Werke „Law and Opinion“) die Tendenz zum Kollektivismus in der englischen Gesetzgebung sich schon seit dem Jahre 1865 bemerkbar machte und daß während dieser ganzen Zeit sich Kollektivismus und Liberalismus gut mit einander vertrugen; auch John Stuart Mill, einer der glänzendsten liberalen Geister, neigte zum Kollektivismus.

Die „Daily News“ und der „Morning Leader“ protestierten gegen die Reden von Murray und Bease. Die Whips hätten kein Recht, sich in Parteiangelegenheiten in so entschiedener Weise zu mischen. Die Aufgabe der Whips sei, die verschiedenen Elemente zu vereinigen und versöhnend zu wirken; deshalb dürften sie auch nicht — dem Parteibruch gemäß — im Parlamente sprechen. Nebenbei seien sie nicht maßgebend. Solange nicht Sir Henry Campbell-Bannerman das Wort ergreife, bleibe alles beim alten. Im ähnlichen Sinne sprach sich die „Westminster Gazette“ aus.

Wie man sieht, ist die Diskussion über das Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialismus eine recht lebhaft. Unseres Erachtens befinden sich sowohl die Lärm schläger wie die Beschwichtiger im Irrtum. Wahr ist nur, daß wir gegenwärtig den Anfang einer sozialistischen Arbeiterbewegung haben. Aber eine sozialistische Arbeiterbewegung hat sehr viele innere und äußere Schwierigkeiten zu überwinden und nimmt nie einen geraden, direkten Lauf. Auch die neue britische Arbeiterpartei wird noch viele Krisen durchzumachen haben, ehe sie zu jener Macht wird, als welche sie schon jetzt von Murray und Bease betrachtet wird.

Als der Liverpooler Trade-Unionkongress eine Resolution annahm, die sämtliche parlamentarischen Arbeitervertreter aufforderte, sich der Arbeiterpartei anzuschließen, schrieben wir, die Resolution sei vorläufig aussichtslos. Manche englische Beobachter beschuldigten uns des Pessimismus, aber schon wenige Wochen darauf zeigte es sich, daß an eine Einigung der parlamentarischen Arbeitervertreter vorläufig nicht zu denken ist. Die wichtigste Organisation, die noch außerhalb der Partei steht, ist der Verband der Vergleute Großbritannien. Die Vergleute sollten darüber abstimmen, ob sie sich der Arbeiterpartei anschließen sollen. Und was war das Resultat ihrer Urabstimmung?

Der Verband zählt ungefähr 500 000 Mitglieder; davon beteiligten sich rund 194 000 an der Urabstimmung — etwa 40 Proz. Schon die geringe Beteiligung zeigt, wie gering noch das politische Interesse ist. Davon stimmten 101 714 gegen, 92 222 für den Anschluß — also kaum ein Fünftel der Vergleute sind für politische Selbständigkeit. Die Vergleute bleiben demgemäß auch noch fernherhin außerhalb der Partei. Sie haben 9 Parlamentsabgeordnete, von denen nur 2 mit der Arbeiterpartei zusammengenommen. Die Vergleute von Northumberland und Durham haben 5 Abgeordnete, von denen nur einer in Sympathie mit der Arbeiterpartei ist.

Dann hatten wir auf der Konferenz der Eisenbahner eine Ausstrahlung der Schwierigkeiten, die der Arbeiterpartei im Wege liegen. Richard Bell, der Generalsekretär der Eisenbahner, ist einer der Gründer der Partei; und im Jahre 1901 unterstützte er Reich Gardie, als dieser eine sozialistische Resolution im Unterhause zur Sprache brachte. Jetzt aber wendet er sich gegen die Partei und findet viel Unterstützung in seiner Gewerkschaft.

Man muß schließlich bedenken, daß die Trade-Unionkongresse dreißig Jahre lang unter liberalem Einflusse standen und daß ein großer Teil der Gewerkschaftsführer ihre Bildung aus der liberalen Presse und aus liberalen Schriften schöpften.

Es dürfte also noch viel Propaganda und Erfahrung nötig sein, ehe wir berechtigt sein werden, von einer starken sozialistischen Arbeiterpartei in England zu sprechen.

Deutsches Reich.

Öbliche Unterwerfung.

Die Kritik des Goslarer nationalliberalen Parteitages zeigt, daß fast in der gesamten Presse, mit Ausnahme einiger Blätter vom Schlage des „Verl. Tagebl.“ die Tagung als ein starker Sieg der „Alten“ ausgeführt wird. Die linksliberalen Zeitungen sind mit dem Ergebnis denn auch wenig zufrieden, während die konservativen Blätter die Fogen „Einigung“ mit Genugtuung und mit freundlicher Anerkennung der hohen politischen Qualitäten der alten parlamentarischen Führer begrüßen.

Nach den Mitteilungen der „Deutschen Ztg.“ scheint sogar die Niederlage der „Jungen“ eine noch weit gründlichere zu sein, als in den Medien und vornehmlich in der Ablehnung der jung-nationalliberalen, eine erneute Festlegung der nationalliberalen Grundsätze auf dem nächsten Parteitag fordernden Resolution mit circa 580 gegen 20 Stimmen zum Ausdruck kommt. Nach dem genannten Blatt sollen die „alten Herren“ den „Jungen“ in Aussicht gestellt haben, daß, wenn sie in ihrer scharfen Opposition fortführen, man sie aus der Partei ausschließen werde. Darauf sollen die Führer der Jungen die halbe Nacht in Goslar zusammengesessen und schließlich den weissen Entschluß gefaßt haben, den „Vogel nicht zu überspannen, sondern den Wünschen der „Alten“ nachzugeben! Am anderen Tage — Sonntagvormittag — hielt dann Dr. Warwib aus Briedenan seine schöne Rede, in der er nach einigen tabakalisierenden Nebensätzen geordnet umschwenkte.

Interessant ist, daß gewissermaßen als Entgelt für ihre Unterwerfung die Jungen die Forderung stellten, daß die national-

liberale Partei bei den nächsten Reichstagswahlen in Westfalen keine Wahlkompromisse mit dem Zentrum schließe. Aber selbst zu einer derartigen Zusicherung wollten sich die „Alten“ nicht verstehen, und schließlich begnügten sich die Jungen auch ohne solches Zugeständnis und zogen sich auf die „bewährten Grundlagen“ zurück. —

Der Ausschluß der „Cumberlander“.

Die Konservativen und liberalen „Reichsfreunde“, die in den letzten Wochen immer wieder berichtet haben, daß im Interesse der Existenz des geeinigten deutschen Vaterlandes kein Spross des weissen Königshauses den braunschweigischen Herzogthron bestreiten dürfe, wenn nicht zuvor der „Cumberlander“ formell auf den hannoverschen Thron verzichte, haben eine Genugtuung zu verzeichnen. Die „Herrschaft“ über das getreue braunschweigische Volk bleibt einem „deutschführenden“ und „deutschdenkenden“ Prinzen vorbehalten, wahrscheinlich dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe, dem die Betätigung seiner Herrscherqualitäten bisher durch die Sukzession der Wiesfelder Linie im Lippeschen Lande versagt geblieben ist. Der „Cumberlander“ hat zwar in einem Brief an den Kaiser und Reichskanzler sich erboten, daß er und sein ältester Sohn auf seine fogen „Rechte“ auf Braunschweig verzichten wollen, wenn sein jüngster Sohn, der Prinz Ernst August, zur Thronfolge zugelassen werde; doch der Kaiser hat es abgelehnt, auf dieses Anerbieten einzugehen, da die durch den Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 geschaffene Rechtslage, solange nicht der formelle Verzicht auf Hannover erfolge, unverändert fortbestehe.

Der Herzog von Cumberland hat nach Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ am 2. d. M. an den Kaiser geschrieben:

„Es ist mein Wunsch, eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum Braunschweig auf dem Wege herbeizuführen zu sehen, daß ich und mein ältester Sohn Prinz Georg Wilhelm unsere Rechte auf die Regierung im Herzogtum auf meinen jüngsten, nach braunschweigischem Hausgesetz volljährigen Sohn Prinzen Ernst August übertragen, und daß dieser als Herzog die Regierung übernehme. Mir und meinem ältesten Sohne, sowie dessen Descendenz würde die Sukzession in Braunschweig für den Fall vorbehalten bleiben, daß die Linie meines jüngsten Sohnes erlöschen sollte.“

Die Verzichtleistung auf den braunschweigischen Thron würden ich und mein ältester Sohn ausprechen, sobald die Gewissheit besteht, daß der Regierungserben meines jüngsten Sohnes keine Hindernisse entgegenstehen.“

Auf diesen Brief, von dem zugleich eine Abschrift an den Reichskanzler gesandt worden ist, antwortete am 6. Oktober der Kaiser:

„Die Regierung in Braunschweig ist durch Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 in der, nach Lage der Verhältnisse, durch die Interessen des Reichs gebotenen Weise geregelt. Als berufener Hüter dieser Interessen muß ich Anstand nehmen zu einer Neuregelung die Hand zu bieten, solange die Sach- und Rechtslage, die zu dem gedachten Bundesratsbeschluss geführt hat, unverändert fortbesteht. Der Inhalt Eurer königlichen Hoheit Schreiben bietet aber keinen Grund, diese Lage als verändert anzusehen. Ich sehe mich daher außerstande, der mir von Eurer königlichen Hoheit ausgesprochenen Bitte näher zu treten.“

Und in des Reichskanzlers Antwort heißt es:

„Was Eurer königlichen Hoheit Wunsch nach Mitteilung dieses Schreibens an den Bundesrat betrifft, so muß ich mir eine Entscheidung darüber vorbehalten. Dagegen sehe ich mich zu meinem Bedauern außerstande, die gewünschte Unterstützung des von Eurer königlichen Hoheit Sr. Majestät dem Kaiser unterbreiteten Vorschlags zuzusagen. Die Gesichtspunkte, nach welchen ich als Reichskanzler wie als preussischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten pflichtmäßig die braunschweigische Frage zu behandeln habe, sind in zwei in dieser Eigenschaft von mir mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers an die Herzoglich braunschweigische Regierung gerichteten, inzwischen der Öffentlichkeit übergebenen Schreiben dargelegt. Von dem in diesen Schreiben eingenommenen Standpunkte aus glaube ich in Eurer königlichen Hoheit Vorschlag eine für die Reichsinteressen annehmbare Lösung nicht erblicken zu können.“

Die Hintertürpresse gegen die Immunität der Abgeordneten.

Die „Tägliche Rundschau“ macht gegen die Anerkennung der Befreiung der Abgeordneten von der Zeugnisspflicht mobil.

Sie behauptet „an maßgebender Stelle besteht kein Zweifel“, daß unter allen Umständen diese bereits von Windthorst im Jahre 1886 geforderte Anerkennung „von der Reichsregierung versagt werden wird.“ Und sollte der Reichstag „trotzdem die Ausdehnung der Immunität auf die Zeugnispflicht beschließen, was keineswegs ausgeschlossen ist, und dazu eine Abänderung der Verfassung herbeizuführen beabsichtigen, so ist anzunehmen, daß die Reichsregierung einem derartigen Beschluß ihre Zustimmung versagen wird, da die Befreiung von der Zeugnispflicht dem Demuziantentum, wie es schon jetzt in höchst unerfreulicher Weise in die Erscheinung getreten ist, noch weiter Vorschub leisten würde. Auch auf Seiten der Abgeordneten liegen in dieser Frage keine so wichtigen Interessen vor, daß eine Verfassungsänderung zu rechtfertigen wäre.“

Von wem die „Tägl. Rundschau“ über die Absichten der Regierung unterrichtet ist, wird verschwiegen. Ausgerechnet die „Tägl. Rundschau“, das Blatt, dessen Hintertürinformation bei Gelegenheit des Tappelskrah-Koloniallandals in helles Licht gestellt wurde, und das durch seine Hege zur Gewaltanwendung am 21. Januar seine Hinterleute deutlich gekennzeichnet hat, als Kämpfer „gegen das Demuziantentum“ ist eine köstliche Figur. Die „Tägl. Rundschau“ hat offenbar die Aufgabe übernommen, die an sich klare Rechtslage zu verwirren. Wie liegt denn die? Ganz abgesehen davon, ob — wie mit Recht betont wird — schon der Wortlaut des Art. 30 der Verfassung den Abgeordneten von der Zeugnispflicht in allen Dingen befreit, die sich auf seine Tätigkeit als Abgeordneter beziehen, folgt aus dem Begriff der Immunität selbst und aus allgemeinen Grundsätzen, daß schon heute die Befreiung des Abgeordneten von der Zeugnispflicht geltendes Recht ist. Ein Recht, das aus allgemeinen Grundsätzen folgt, bedarf keiner ausdrücklichen Satzung. Das Straf- und Disziplinarverfahren darf als ein Verfahren, das auf Rechtsfindung, mit Ermittlung der Wahrheit und Sühne des Unrechts abzielt, nicht selbst auf einem Unrecht, einer Immoralität, einem Verstoß gegen Treu und Glauben, auf einer Verletzung zum Treubruch, wie die Zeugnispflicht es wäre, sich aufbauen. Das wird von Lebaud im Gegensatz zu allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen verkannt. Mit vollem Recht debütierte Windthorst im Jahre 1886, daß die bestehende Reichsverfassung deshalb die Zeugnispflicht bereits eliminiert. Die Abgeordneten, die in der Kolonialoffäre glauben, Zeugnis ablegen zu müssen, übersehen, daß diese Rechtsgrundsätze allgemein anerkanntes Recht sind. Nicht nur das ausdrücklich Geschriebene, sondern ebenso oder in erster Reihe das aus allgemeinen Grundsätzen folgende ist geltendes Recht. So hat z. B. das Reichsgericht stets anerkannt, daß ohne geschriebenes Recht der Grundgesetz no bis in idem (nicht zwei Verfahren wegen derselben Straftat) Geltung hat. Es hat auf dem Gebiete des Zeugnisrechts anerkannt, daß ein Richter trotz fehlender aus-

drücklicher Bestimmungen über die Vorgänge im Beratungszimmer Zeugnis nicht abzulegen hat. Das folge aus dem Grundsatze der Nichtöffentlichkeit der Abstimmung. Genau so steht es mit der Immunität der Abgeordneten. Hätte die „Tägl. Rundschau“ recht, so würde beispielsweise auch ein unverantwortlicher Souverän zur Zeugnisabgabe durch Geldstrafe und Haft gezwungen werden können. In den Prozeduralgesetzen ist der Souverän nicht als eidesverweigerungsrechtlich aufgeführt. Es ist da nur von der Form seines Eides die Rede. Trotzdem kann auch ein nicht preussischer Richter gegen den preussischen Souverän wegen Verweigerung des Zeugnisses nicht vorgehen, weil leider der preussische Grundsatz der Unverantwortlichkeit und Unberücksichtigung des preussischen Königs auch für nicht preussische Staaten als der höhere Grundsatz gilt, mit dem die Zeugnispflicht nicht zu vereinbaren ist. Ober erachtet das Blatt einen bayerischen Richter für befugt, den preussischen König, dem kein Reichsgesetz das Recht der Zeugnisverweigerung ausdrücklich einräumt, durch Zwang zur Zeugnisabgabe anzuhaken? Ob die bürgerlichen Parteien auch in diesem Punkte vor dem Eingriff in die Vollrechte zurückweichen werden? —

Die Gescheiterten gegen die Geschorenen.

Bekanntlich hatte das Zentrum auf seiner Essener Parade die Parole „Wider den Umsturz“ ausgegeben und sich als zuverlässigsten Bekämpfer des Umsturzes einem verehrlichen Publikum empfohlen. Diese Parole hat nun die Gescheiterten schwer verbrochen. Dem Umsturz sind ja auch sie nicht grün; aber daß die Geschorenen sich annähern, ganz allein mit den Moten fertig werden zu wollen, das hat in die Brust unserer braven protestantischen Ordnungsbefürworter den Stachel schmerzlichen Konkurrenzneides gedrückt. Die in Graudenz tagende Generalversammlung des Evangelischen Bundes hat deshalb folgenden Beschluß gefaßt:

Der Essener Katholikentag hat die Lösung ausgegeben: Zusammenbruch der Gott- und Christusgläubigen aller Konfessionen zum Kampfe wider den Unglauben und Umsturz.

Demgegenüber geben wir zur 19. Tagung des Evangelischen Bundes versammelten Protestanten folgende Erklärung ab: Mit den Christen aller Kirchen und Konfessionen, die in dem Herrn Christus allein das Heil sehen, fühlen wir uns im Geiste eins. Jene Essener Lösung ist indessen nur eine Wiederholung der seit Gründung der konfessionellen Zentrumspartei stets von ihr erlassenen Aufforderung zum politischen Zusammenschluß der „gläubigen Christen“.

Dieses Anstimmn weisen wir als verhängnisvoll für unser Vaterland und unsere evangelische Kirche zurück. Wir erachten es vielmehr als Gewissenspflicht, unsere evangelischen Volksgenossen und insbesondere die von jener Seite als „gläubig“ angesprochenen Kreise vor einem Eingehen auf das angebotene Bündnis zu warnen. Denn bei aller Anerkennung der Ehrlichkeit, mit der viele fromme Katholiken meinen, uns auf diese Weise die Hand zu bieten, können wir doch in jener Tendenz des Katholikentages nichts anderes erkennen als den geschilderten Versuch, die Macht der römischen Interessen in erster Linie vertretenden Zentrumspartei zu stärken und „jene Freiheit der Kirche“ erobert zu lassen, die unvereinbar ist mit den Grundlagen des souveränen nationalen Staates und eine beständige Bedrohung des konfessionellen Friedens bedeutet. Unsere evangelische Lösung dagegen ist:

Freie Entfaltung der Lebenskräfte der Reformation, welche sich von jeher als volks- und staatserkhaltend erwiesen haben; Zusammenarbeiten mit allen Schaffenskräften, welche dem Vaterlande dienen wollen, auf allen Gebieten der christlichen Gesehung und Volkswohlfahrt. Aber kein Bündnis mit dem Zentrum und keinerlei politische Unterstützung dieser parlamentarischen Interessenvertretung der römischen Kirche. Denn die römische Kirche ist kein Volkwerk gegen Revolution und Umsturz und „noch jeder politische Verbündete des Ultramontanismus war schließlich der Verräter.“

Uebrigens hat Wilhelm II. auf das von der Generalversammlung des Evangelischen Bundes ihm zugefandte Duldigungstelegramm folgende Antwort gegeben:

Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen der dort tagenden Generalversammlung des Evangelischen Bundes für den treuen Gruß und Segenswunsch bestens danken.

Auf Allerhöchsten Befehl v. Ducanus. Auch die Essener Zentrumspartei dürfte sich eines ähnlichen, mindestens ebenso warmen Danktelegramms rühmen! Wilhelm II. hat zwar seinerzeit das Wort gesprochen: „Den Umsturz überlassen Sie mir“, allein heute läßt er sich die Unterstützung des Zentrums gegen diesen Umsturz gern gefallen. —

Fleischsteuerung.

Die Fleischpreise sind nach dem Ausweise der „Stat. Korresp.“ im Monat September wiederum in den meisten größeren Markorten Deutschlands gestiegen; und zwar beträgt die Steigerung des Durchschnittspreises der berücksichtigten 24 Ortschaften bei Minderfleisch 8 Pf., bei Minderfleisch 4 Pf., bei Hammelfleisch 1 Pf. pro Kilogramm. Auch die Preise für Speck und Schmalz sind um 3 Pf. in die Höhe gegangen. Im Vergleich zu den Fleischpreisen der ersten acht Monate des laufenden Jahres sowie der Jahre 1901/05 stellen sich die Septemberpreise folgendermaßen (pro Kilogramm):

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Kalb-	Hammelfleisch
	v. d. Reule	v. Bande	fleisch	fleisch
September 1906	167	143	173	169
August	164	140	170	165
Juli	161	137	166	163
Juni	167	133	161	162
Mai	158	133	164	162
April	157	134	172	164
März	157	134	173	162
Februar	157	134	172	161
Januar	157	135	171	162
Kalenderjahre 1905	151	129	156	153
„ 1904	143	121	132	144
„ 1903	142	121	130	143
„ 1902	140	119	130	139
„ 1901	138	118	141	135

Leider beschränkt sich die Preissteigerung nicht auf Fleisch; auch die Preise für Eibutter und Eier haben erneut angezogen. —

Spotten ihrer selbst . . .

Der ultramontanen „Saarpf.“ wird aus Gewerkschaftskreisen geschrieben:

„Die herrschende Teuerung macht es allen Saarbergleuten zur Pflicht, energisch eine Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse anzustreben. Unerschwinglich hoch sind die Preise für die notwendigsten Lebensmittel geworden. Der Saarbergmann, der früher stets sein warm und beköndenes Stückchen Fleisch essen konnte, muß heute ganz oder doch teilweise infolge der Teuerung auf dieses wichtige Nahrungsmittel verzichten. Die Arbeiterklasse der übrigen Berufe sowie viele Beamtenkategorien haben durch ihre starken Organisationen viele Lohnerhöhungen beziehungsweise Teuerungszulagen gesichert. Nur bei den Bergböllern, die doch in erster Linie kräftiger Nahrung bedürfen, merkt man nichts von einer der Teuerung entsprechenden Lohnaufbesserung.“

Um diesen und anderen Missetänden abzuhelfen, fordert das Blatt auf zum Beitritt in den christlichen Bergarbeiterverband. Da ist wohl die Frage erlaubt: Wer sind es denn, die als Schleppeutrage des Zentrums, dieser auf Lebensmittelmater verpflichteten Partei, die Politik der Agrarier gefördert und damit zur Ausschöpfung der deutschen Arbeiterkraft beigetragen haben? Wer anders als die christlichen Gewerkschaften. Und wer sind es, die an der Zerstückelung der Arbeiter wirken und sich ihrer Einigung entgegenstemmen, zur Freude des Unternehmertums, das der uneinigen Arbeiterkraft die geschlossene Macht des

Kapitals entgegen? Wer anders wiederum als die vom Zentrum beeinflussten Führer der christlichen Gewerkschaften! Diese Organisationen stärken heißt die Arbeiter ihren eigenen Feinden ausliefern! —

Der „prämierte“ Volksverein.

In einer Zentrumsversammlung in Wittlich, Regierungsbezirk Trier, redete Pfarrer Rixen über den Volksverein für das katholische Deutschland. Dabei sagte er, wie wir dem Bericht der „Trier. Landeszeitung“ entnehmen:
„Respekt soll man vor uns haben! Und den hat man vor dem katholischen Volksverein mit seinen mehr als 1/2 Million Mitgliedern. Durch diese 1/2 Million fällt er in die Wagschale mit seinen Forderungen, seiner Stimme, seinem Urteil, zumal nachdem man seine herrlichen Prinzipien erkannt hat und er auf den Ausstellungen zu Paris und Brüssel prämiert worden ist.“

Weiter meinte der Redner:
„Den Volksverein hassen die Sozialdemokraten, weil er aufhört über die Schlagwörter der Gegner. Hat doch Weber eine eigene Agitationsreise im Rheinland gemacht gegen den Volksverein.“
Das stimmt nun nicht ganz. Weber hat vor der letzten Reichstagswahl im Sommer 1908 eine Agitationsreise durch die Rheinprovinz gemacht. Es versteht sich, daß sich seine Reden hauptsächlich gegen das Zentrum richteten und daß er dabei auch der Agitation und der Flugblätter des Volksvereins gedachte. Aber mag der Volksverein auch auf Ausstellungen prämiert sein, so viel Bedeutung mißt ihm die Sozialdemokratie doch nicht zu, daß sie ihm zu Ehren besondere Agitationsreisen veranstaltet. Das mögen die Moselfrauern glauben, außerhalb der Dörschacher Gefilde aber wird solches Gerede wohl nur einem Lächeln begegnen.

Husland.

Ungarn.

Die Korruption der bürgerlichen Presse und — der Regierung.

Budapest, 10. Oktober. (Abgeordnetenhaus.) Ministerpräsident Bekere beantwortete heute eine Interpellation des Abg. Mikolauz Szemere betreffend die Korruption, indem er erklärte, die Zustände seien unhaltbar, da sowohl die Regierung als auch die finanziellen Etablissements allzu große Opfer für die Erhaltung der Presse bringen müßten, durch die sie gewissermaßen besteuert seien! Die Regierung werde alles aufbieten, um die Presse von unlauteren Elementen zu säubern. Die Regierung gehe soweit, daß sie eine offiziöse Zeitung als Regierungsorgan nicht unterhalte, da sie nur auf das Urteil derjenigen Presse Wert lege, die in Wirklichkeit die öffentliche Meinung darstelle. Der Ministerpräsident fügt hinzu, daß eine Verbesserung der Zustände in der Presse nur teilweise von der Regierung abhängt; auch die Gesellschaft und die Vertreter der Presse müßten aus eigener Entscheidung mitwirken. Von der Antwort des Ministerpräsidenten nahm das Haus Kenntnis. —

Norwegen.

Der Kampf um den Sonntag.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde im norwegischen Storting von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Abschaffung der Sonntagsarbeit in den norwegischen Cellulosefabriken eingebracht. Bekanntlich ist gerade der Cellulosearbeiter der Gefahr gesundheitlicher Schädigung durch seine Tätigkeit in viel höherem Grade ausgesetzt als der Arbeiter der meisten anderen industriellen Betriebe, und es sind z. B. in Deutschland von Staatswegen schon zahlreiche Cellulosefabriken geschlossen worden wegen Vergiftung von Luft und Wasser in einem Umkreise von vielen Kilometern.

Es ist nun höchst interessant und instructiv, zu beobachten, welches Jammergeheul von Unternehmerseite im „freihetlichen“ Norwegen erhoben wird beim geringsten Versuch, dem Cellulosearbeiter nur einen einzigen Tag in der ganzen Woche als Ruhetag von seiner aufreibenden Tätigkeit zu sichern. Man höre: Direktor Lagermar (Waldalens Cellulosefabrik, englisches Unternehmen) macht sich in Nr. 40 des „Fjormand“ vom 6. Oktober 1908 im folgenden Ergüsse Luft:

„Es ist Aufgabe einer jeden Industrie, ihre kostbaren Maschinen so viel wie möglich auszunutzen und durch größtmögliche Produktion die Generalverlusten zu vermindern. Die norwegischen Cellulosefabriken repräsentieren ein bedeutendes Kapital von nicht geringer nationalökonomischer Bedeutung und geben einer beträchtlichen Menge Arbeiter Unterhalt, deren ganze Erziehung vom Wohlstand der Fabrik abhängt. Wird nun dieser Fabrik nicht Gelegenheit gegeben, vollen Nutzen aus ihren Maschinen zu ziehen, so ist damit die Fabrik resp. das Wohl der Arbeiter sehr bedroht resp. untergraben und wankend. (1) Dies wird ja ohne Zweifel der Fall sein, wenn man der Fabrik gesehlich verbieten sollte, die Mittel voll auszunutzen, welche ihr zu Gebote stehen, um die Produktion zu steigern resp. den Verdienst für die Arbeiter und für das ganze Land. (Unter „Arbeiter“ sind hier vermutlich auch Arbeiter zu verstehen, da letztere nicht besonders genannt sind.) Man bringt die norwegische Celluloseindustrie hierdurch dahin, daß sie in der Konkurrenz mit anderen Ländern unterliegt, wo die Arbeit intensiver und ohne Ansehen eines Hemmschuhes in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse betrieben wird.“

Die tollende norwegische Celluloseindustrie! Mit obiger Expektation des Herrn Direktors vergleiche man den gegenwärtigen Stand der norwegischen Celluloseindustrie und die zur Verteilung gelangenden Dividenden! In Nr. 88 des „Kristiania Kurierblatt“ vom 6. Oktober 1908 z. B. findet man unter der Aufschrift der Celluloseindustriellen Notierungen wie die folgenden: Raifos Cellulosefabrik 10 Proz., Skien 10 Proz., Skofelsen 10 Proz., Rindalen 25 Proz.; der Nennwert der Rindalen-Cellulose-Aktien ist 5000 Kronen, dieselben werden indessen jetzt zu 18 500 Kronen, also für mehr als das Dreifache des Nennwertes verkauft. Solche Zahlen sprechen für sich selbst.

Trotzdem aber finden sich immer noch Leute, die den Versuch wagen, der nicht eingeweihten Allgemeinheit einzureden, daß 62 Ruhetage für den Arbeiter pro Jahr die norwegische Celluloseindustrie ruinieren könnten! —

Amerika.

Amnestie.

Havana, 10. Oktober. Last hat eine Amnestie erlassen für alle Vergehen, die im Zusammenhang mit dem Aufstand stehen, einschließlich der Tötung des Kongressmitgliedes Villacuras im Jahre 1906. Man erwartet von dieser Maßnahme eine Erleichterung der Aufgabe Magoons, der zur Übernahme der Regierungsgeschäfte hier eingetroffen ist. —

Gewerkschaftliches.

Die Kinder des Proletariats.

Erbarmen kennt das Kapital nicht. Wenn es zur Erreichung seiner Zwecke, zur Niederwerfung der Arbeiterorganisationen Tausende von Arbeitern aufs Pflaster wirft, dann schon ist es auch die unschuldigen Kinder nicht. Was scheren Weib und Kind des Proletars den Unternehmer, der Wehrwert aus den Knochen seiner Kulis pressen will, was schiert ihn gar die Kinderschar derer, die sich nicht gutwillig ausbeuten lassen. Der Hunger der Kinder soll dem Unternehmer ja eine Waffe sein gegen die Eltern; zu der gräßlichen äußeren

Not des Augenblicks, welche die Ausperrung an sich bringt, fügt er demütig die Peinigung, die der Anblick der leidenden Kinder dem Elternherzen berührt.

Da bietet die belgische Arbeiterschaft uns ein Beispiel dafür, wie auch in solchen Zeiten der rote Riese Proletariat den Eltern die Pflicht erleichtert, ihnen ihre Kost tragen hilft und die Kinder des Proletariats vor dem Elend schützt, dem sie der Kapitalismus überliefert. 20 000 Weber sind nun in Verviers die dritte Woche ausgesperrt. Mit ihnen leiden ihre Kinder. Und das belgische Proletariat sammelt nicht nur für die Ausgesperrten, man nimmt sich auch in besonderer Weise der Kinder an. Hunderte von Kindern ausgesperrter sind in verschiedenen Städten Belgiens von Parteigenossen aufgenommen worden, erhalten dort Wohnung und Verpflegung, so gut man es zu bieten vermag.

Auch die Genfer Parteigenossen wollten es sich natürlich nicht nehmen lassen, nach besten Kräften ihr Teil dazu beizutragen. Am Sonntagvormittag kam mit dem Zuge aus Verviers eine Anzahl Kinder in Gené. Viele Tausende Parteigenossen und Genossinnen hatten sich am Bahnhof versammelt, um sie zu empfangen. Die Masse begleitete sie in feierlichem Zuge nach „Ans Luis“, dem Volkshaus, wo sie zunächst bewirtet wurden, um dann ihren Pflegeeltern übergeben zu werden. Eine Enttäuschung war es, daß nur 52 Kinder gekommen waren, obwohl sich so viele Parteigenossen zu ihrer Aufnahme bereit erklärt hatten, daß über 350 hätten Unterkunft finden können. So mußte mancher leer ausgehen, der gern einen oder mehrere Pflegekinder aufgenommen hätte.

Das belgische Beispiel verdient sicher für ähnliche Fälle auch unsere Beachtung!

Berlin und Umgegend.

Ausperrung im Automobilbau bei Siemens u. Halske. Wegen Verweigerung von Ueberstunden sind gestern sämtliche 142 Arbeiter in der Autoabteilung der genannten Firma ausgesperrt worden. Der Betrieb in dieser Abteilung ruht vollständig.

Streik der Werkzeugmacher. In der gestrigen Versammlung der Werkzeugmacher wurde bekannt gegeben, daß bisher nur zwei Firmen der in Betracht kommenden Spezialbetriebe die am Montag eingereichten Forderungen unterschrieben anerkannt haben. Die übrigen Firmen erhoben mehr oder weniger weitgehende Einwendungen und erklärten meistens, noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt zu haben. Schroff ablehnend verhielt sich nur die Firma Jander u. Opitz in der Stallstraße. Es ist dies ein wegen seiner ungewöhnlichen Lehrlingsverhältnisse allgemein bekannter Betrieb, in welchem nur 6 Werkzeugmacher, dagegen aber 25 Lehrlinge beschäftigt sind. Bei Ueberreichung der Forderungen benahm sich der Inhaber dieser Firma nicht sehr vornehm. Unter nicht wiederzugebenden Kunstaussprüchen entließ er denn auch gleich drei Mann, worauf die anderen drei ebenfalls gingen. Dem etwas sehr aufgereizten Herrn dürfte nunmehr wohl eine längere Zeit zur Beruhigung seiner Nerven gegeben werden, indem ihn die Werkzeugmacher vorläufig mit seinen Lehrlingen allein lassen lassen. Im übrigen beschloffen die vollständig Versammelten wie am Sonntag einmütig, überall da, wo die Forderungen nicht anerkannt worden sind, am heutigen Donnerstagmorgen in den Streik zu treten.

Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter. Eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung der in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter fand gestern Abend im Gewerkschaftshause statt. Der zweite Bevollmächtigte Handtke vom Metallarbeiterverband besprach in einem längeren Vortrage die mißliche Lage und die so wenig zeitgemäßen Verdienste der Arbeiter dieser Branche. Sind doch Wochenlöhne von 18 M. in Berlin gar nichts seltenes, und recht häufig ereignet es sich, daß verheirateten Arbeitern noch Stundenlöhne von 30 und 40 Pf. bei elfstündiger Arbeitszeit angeboten werden. Leider hat sich ein großer Teil der Gold- und Silberarbeiter bisher aus falschem Verstandes der Organisation ferngehalten. Deshalb konnten auch nur außerordentlich bescheidene Forderungen aufgestellt werden, um überhaupt erst einmal zu einer einheitlichen Regelung, zu einer gewissen Grundlage auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Branche zu kommen. Die Versammlung war sich denn auch klar darüber, daß endlich einmal etwas geschehen müsse, um dem nur so äußerst notwendig überdrückten Stand dieser Arbeiterkategorie abzuhelfen. Infolgedessen wurde beschlossen, mit nachstehenden Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und gleichzeitiger Erhöhung der Löhne um 15 Proz. Ferner ein Minimallohn von 21 M. pro Woche für Angelernte und 24 M. für Gehülften im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit. Schließlich ein Ueberstundenzuschlag von 25 resp. 50 Proz. — Im Hinblick darauf, daß in verschiedenen Städten Süddeutschlands bereits bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen wie in Berlin, so beauftragte die Versammlung den Metallarbeiterverband, zur Durchführung vorstehender Forderungen die nötigen Schritte einzuleiten.

Zum Streik der Setzleier. Gestern haben sämtliche Streikende ihre Papiere in Empfang genommen und ihre Arbeitsgarden abgeholt. Bemerkenswert ist, daß auch heute noch zehn Reviere, also circa 150 Säulen, seit Freitag, den 23. September, nicht gesetzt sind. Wir wissen nicht, ob dieses dem Magistrat bekannt ist. Können aber nicht annehmen, daß unsere Kommuneverwaltung mit dem Gelde der Steuerzahler Verträge bezahlt, welche nicht innegehalten werden.

Ächtung, Steinbrücker-Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Bei der Firma Varnia reichten sämtliche Schleifer die Kündigung ein. Der Grund ist darin zu suchen, daß der Oberdrucker, Herr Ehrcke, der ja den Steinbrücker und Lithographen sowie den Steinbrücker-Hülfsarbeitern und Arbeiterinnen von der Firma Priker u. Eid bekannt sein wird, von den Schleifern verlangte, jetzt die Steine mit Lappen abzuwaschen, wogegen dieselben 20 Jahre und darüber mit Schwämmen abgewaschen wurden. Die Ausgabe für Schwämme beträgt jährlich vielleicht 30 M. Jeder Schleifer sowie Drucker und Lithograph wird uns zugeben, daß es nicht möglich ist, ohne einen Schwamm einen gut getriebenen Stein zu liefern; auch Herr Ehrcke wird dieses nicht fertig bringen. Wir betrachten die Entziehung der Schwämme, da weder Einrichtungen zum Abspülen der Steine, noch genügende Licht in der Schleiferei vorhanden sind, als eine Verwässerung der Arbeitsbedingungen und ersuchen alle Steinbrücker Berlins, bevor sie Stellung bei obiger Firma annehmen, Erkundigungen in unserem Bureau, Alexandrinenstraße 44, einzuziehen. Die Verwaltung.

Denische Stahlwerke Scharnebeck. Die Former obiger Werke haben am Dienstag wegen Preisreduzierung die Arbeit eingestellt. Bei Rehting u. Thomas streiken seit Montag die Aermacher. Zugang ist fernzuhalten.

Dreibierverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Deutsches Reich.

Zum neuen Buchdruckertarif

nahm eine zahlreich besuchte Buchdrucker-Versammlung in Würzburg Stellung. Sie bewachte in einer Resolution das geringe Entgegenkommen der Prinzipale in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung und Aufbesserung der über Minimum Entlohnten und erklärte, daß sie nur durch die unentbehrlichen Fortschritte, die der neue Tarif in materielle wie organisatorischer Beziehung bietet, veranlaßt seien, ihm zuzustimmen.

Messerschleiferstreik in Solingen. Wie die „Adnische Volkszeitung“ meldet, hat der etwa 1000 Mitglieder starke Messerschleifer-Berein, der in gemeinsamer Sitzung mit dem Fabrikanten-Berein ein neues Preisverzeichnis vereinbart hatte, durch das ein Preisausschlag von 10 Proz. vorgehoben wird, heute vormittag bei 23 Firmen in Solingen, Wald, Ohligs und Hühlscheid den Streik erklärt, weil diese das neue Preisverzeichnis nicht anerkannt haben.

Plumper Schwindel.

Aus Anlaß der Bewegung unter den Bergarbeitern wird über deren Lohnverhältnisse in den Bergblättern das tollste Zeug gesammelt — druckt. So schreibt z. B. die „N. W. Ztg.“:

„Die Preiserhöhung von 50 Pf., welche das Kohlenyndikat am 1. April 1908 hat eintreten lassen, ist von den gesteigerten Löhnen fast völlig verzehrt worden.“

Unter Berücksichtigung der außerordentlich gesteigerten Koks-erzeugung und der stark ausgedehnten Nebenproduktion, wodurch ein erheblicher Teil der Belegschaft von der eigentlichen Kohlengewinnung abgehalten wird, stellt sich die tägliche Leistung pro Mann auf annähernd eine Tonne. Nach der Behauptung der „N. W. Ztg.“ müßte demnach der Lohn um mindestens 40 Pf. gestiegen sein. Tatsächlich beträgt die Steigerung im I. Quartal 1908 gegen IV. Quartal 1905 nach den amtlichen Angaben aber nur 10 Pf. Da sieht man, wie geschwindet wird.

Die Hüttenarbeiter in Rote Erde hielten am Dienstag drei nach Verbänden getrennte Versammlungen ab, in welchen in gehemmer Abstimmung über Abbruch oder Fortsetzung des Kampfes entschieden wurde. Das Ergebnis war, daß für die Aufnahme der Arbeit nur 142 Stimmen votierten. Alle anderen stimmten dagegen. In Frage kommen nach Abzug der Abgereisten etwa 2000 Streikende und Ausgesperrte. Der Kampf geht also weiter.

Der Ausbruch der Textilarbeiter in Gussirichen, der bereits über drei Monate dauert, wurde gestern nach langen Verhandlungen beigelegt. Bei der Schlussabstimmung war ein großer Teil der Arbeiter für eine Fortsetzung des Ausstandes, aber die Mehrheit entschied sich für seine Beendigung.

Kampf in der Offenbacher Metallindustrie. Am Mittwochmorgen traten nach vorher erfolgter Kündigung in Offenbach 350 Metallschleifer in den Ausstand, welchen am 13. Oktober noch 1200 andere Arbeiter, Wälzler, Presser, Metalldrücker, Galvanisierer folgten, die ausgesperrt wurden. Die Forderungen sind neunstündige Arbeitszeit, Anfangslöhne, generelle Lohnaufbesserung um 10 Proz. für Lohn- und Akkorbarbeiter, Verzählung der Ueberstunden. Die Unternehmer bewilligten nur Nebenständiges. Die neunstündige Arbeitszeit besteht schon in einer Reihe von Betrieben, so daß dieses Zugeständnis den Unternehmern nicht schwer gefallen ist. Im letzten Augenblick haben sie noch 5 Proz. Lohnaufbesserung zugesagt. Daß dadurch der Kampf noch in zwölfster Stunde vermieden wird, ist zweifelhaft, weil die Zulage nicht von Bedeutung ist, schon wegen der überall vorhandenen Akkorbarbeit, ein Stundenlohn den Akkorbarbeitern aber nicht garantiert ist. — Zugang ist streng fernzuhalten. Die Parteipresse wird um Abbruch gebeten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Forderungen der Bergarbeiter.

Böhm, 10. Oktober. (B. Z. V.) Die Siebenertkommission wird morgen früh dem Bergbauverein und den einzelnen Bergbauverwaltungen folgende Forderungen überreichen:

1. Daß die Löhne aller unter und über Tage auf den zugehörigen Werken beschäftigten Arbeiter durchschnittlich um mindestens 15 Proz. erhöht werden, gegenüber dem Stand der Löhne in den letzten drei Monaten, und daß die Löhne im Gebirge eine bessere Regelung infoloren erfahren, als nach erfolgter 15prozentiger Lohnreduzierung nicht mehr so tief unter dem Durchschnitt stehende Löhne vorkommen, als es bisher der Fall war.
2. Daß die vielfach bestehende Sperre zwischen den betreffenden Werken beziehungsweise Revieren aufgehoben wird, damit auch für die im Bergbau tätigen Arbeiter die durch das Sperrsystem entzogene Freizugigkeit endlich wieder gänzlich hergestellt und garantiert wird.

Diesen Forderungen, die sich mit den im Saarbrücker Kohlenrevier aufgestellten decken, wird eine kurze Begründung beigegeben.

Die „höhere Tochter“.

St. Johann (Saar), 10. Oktober. (B. Z.) Hier schenkte dieser Tage eine kaum 14 Jahre alte „höhere Tochter“ einem Wollingspaar das Leben. Als Vater gilt ein Unterprimaner, der Sohn eines angesehenen Kaufmannes. („Z. Ztg.“)

Bergarbeiterlohn.

Langendrees, 10. Oktober. (B. Z.) Auf Schacht 2 der Zeche „Herlohn“ wurde ein verheirateter Bergmann von Gesteinsmassen erschlagen.

Die Furcht vor den Truppen.

Petersburg, 10. Oktober. (B. Z.) Der Kriegsminister ordnete an, daß bei den bevorstehenden Rekrutenaushebungen mit der größten Genauigkeit vorgegangen werden solle. Personen, welche sich an Unruhen beteiligt haben, sollen nicht bei den Linienregimenten eingestellt, sondern Disziplinarausschüssen überwiesen werden.

Ein hochlotterter Reaktionsär.

Petersburg, 10. Oktober. (B. Z.) Die Studenten der Moskauer Universität beschlossen, den Professor Sinzjan, Präsidenten der medizinischen Prüfungskommission, angeblich wegen seines schroffen Verhaltens gegenüber Studenten und Patienten zu hochlotterieren. In Wirklichkeit aber richtet sich der Haß der Studenten gegen ihn wegen seiner reaktionären Gesinnung.

Revolutionäre wie Hunde verscharrt.

Lebz, 10. Oktober. (B. Z. V.) Eine große Menge verscharrte sich heute an einem Orte, an dem 5 Terroristen hingerichtet worden waren. Die Leichen wurden ausgegraben, um sie in Särgen zu begraben. Militär zerstreute die Menge mit der blanken Waffe, dann wurden die Leichen wieder am Hinrichtungsorte begraben.

Galkfreundschaft.

Wolfsau, 10. Oktober. (B. Z. V.) Der Generalgouverneur hat dem Bericht des Stadthauptmanns in bezug des Verbotes von öffentlichen Ehrungen für die hier erwartete englische und italienische Deputation zugestimmt, und der Stadthauptmann hat infolgedessen eine öffentliche Ehrung dieser Deputationen verboten.

Verhaftete Organisatoren.

Wien, 10. Oktober. (B. Z. V.) Die Polizei hat heute hier das ganze Personal der Vereinigung für die revolutionäre Propaganda in der Armee verhaftet. Unter den Verhafteten, deren Zahl 23 beträgt, befinden sich auch ein Offizier und 2 Soldaten.

Der italienische Parteitag.

(Erster Tag.)

Rom, den 7. Oktober. (Fig. Ver.)

Genosse Camerini eröffnet den Parteitag, indem er den Delegierten den Willkommensgruß der römischen Parteigenossen ausdrückt. Er bittet den Kongress, nicht zu vergessen, daß die Kraft der Partei nicht in ihren Theorien besteht, sondern in der intuitiven Wahrheit des Sozialismus, in dem Glauben, den seine Ideale auf die Massen ausüben. In den Massen, sagt der Redner, liegt die Kraft unserer Bewegung, nur soweit sie dazu dient, das Vertrauen der Massen und zu sichern, befinden wir uns auf dem rechten Wege. Camerini weist dann auf die Notwendigkeit der Einigkeit hin und fordert den Kongress auf, einträchtig und brüderlich zu arbeiten.

Es folgt die Konstituierung des Bureaus. Ein lebhafter Beifall begrüßt unseren Genossen Andrea Costa, den man, wie stets auf den italienischen Kongressen, durch Klamation zum Präsidenten wählt. Bei der Ernennung seines Stellvertreters fordert Costa die Genossen auf, eingebend zu sein, daß das Proletariat den Ausgang der Verhandlungen erwartet, nicht mehr als eine halb unbewußte Masse, sondern als der strengste Richter seiner Vertreter. Hierauf werden die Vizepräsidenten Guarini (Syndikalist), Ciotti (Reformist), Colli und Dentini (Integralisten) gewählt sowie vier Schriftführer.

Genossin Valabanoff, als Delegierte der russischen Partei, wird von einem nicht endenwollenden Beifall begrüßt. Sie sagt, sie sei weit entfernt, wägen zu wollen, daß sie hier Vertreter sein könne jener gewaltigen Partei, die in Rußland den ungeheuren blutigen Kampf auskämpft, den größten Kampf, den bis heute die Geschichte gesehen hat. Wenn sie trotzdem das Wort ergreift, um zum Kongress zu sprechen, so ist es, um dem italienischen Proletariat Dankesworte zu bringen für das, was es für die russische Revolution getan, mehr noch für das, was es für sie gefühlt hat. Die Seele des italienischen Proletariats vibriert im Einklang mit der des russischen, das italienische Volk fühlt, daß die Revolution in Rußland auch seine Sache ist, wie sie Sache ist des gesamten Proletariats. Die Genossin schließt mit einem Gruß der russischen Sozialisten und einem Wunsch für fruchtbringende Arbeit.

Es wird darauf durch Klamation ein Sympathiebotum für die russische Revolution angenommen.

Als nächster Gast spricht die Genossin Sorgue als Delegierte der französischen Partei, deren Gruß sie in französischer Sprache überbringt.

Dann wird die Mandatsprüfungskommission ohne weitere Zwischenfälle gewählt, aber die Verammlung nimmt sofort eine sehr erregte Physionomie an, sobald Modigliani für die Zulassung der autonomen Zirkel spricht. Er sagt, die Zirkel beanspruchten nicht, ihre Stimmenzahl in der vollen Höhe ihrer Mitglieder ins Gewicht fallen zu lassen, sondern beanspruchten nur das Minimum von zehn Stimmen für jeden Delegierten. Redner bittet, die Frage der Mandatsprüfungskommission zu überweisen. Labriola vertritt die Ansicht, daß die Kommission nie und nimmer die Kompetenz hat, über die Zulassung von Personen zu entscheiden, die außerhalb der Parteioorganisation stehen. Modigliani bittet, die Kommission wenigstens die Frage entscheiden zu lassen, welche autonomen Zirkel aus der Partei angezogen sind und welche ihr nie angehört haben. Die letzten haben auch nach Dafürhalten des Redners kein Anrecht auf Zulassung. Es sprechen unter wachsender Unruhe der Verammlung für und gegen die Zulassung Cattaneo, Berenini, Basile und Mariani.

Der Parteitag beschließt mit geringer Mehrheit — durch Erheben von den Sägen — entgegen dem Vorschlag Labriola — die Frage der autonomen Zirkel der Kommission zu überweisen. Labriola protestiert dagegen, daß Turati, der auch Mitglied der autonomen Zirkel ist, an der Abstimmung teilnimmt. Turati, von lebhaftem Beifall begrüßt, sagt, er habe geglaubt, da es sich nicht um namentliche Abstimmung gehandelt habe, berechtigt zu sein in seiner Eigenschaft als Abgeordneter mitzusprechen. Wenn der Parteitag andere Ansicht hege, sei er bereit, sich dem Beschluß unterzuordnen. Er wolle immer duldiam, aber nie geduldet sein.

Das Präsidium entscheidet in dem der Auffassung Turatis entgegengegesetzten Sinn.

Es folgt der Rechenschaftsbericht des Zentralsekretariats, den wir bereits — als Auszug aus dem gedruckten Referat — den Lesern übermittelt haben. Genosse Mongini gibt einen kurzen Ueberblick über den Parteistand und die Klassenlage der Partei.

Nun kommt es zum ersten Vorstoß der Integralisten. Sie beantragen, die Tagesordnung zu ändern und zunächst die Frage der politischen Aktion der Partei zu behandeln, zu dem offensichtlichen Zweck, die Frage des Ministerialismus und Antiministerialismus zurückzubringen, um sie vor Schluß des Parteitages im Handumdrehen abzuhandeln.

Labriola bekämpft diesen Vorschlag:

Ihr wollt doch sonst immer die akademischen Diskussionen vermeiden und praktische Fragen vorstellen? Warum will man jetzt die Rechenschaftsfrage der Fraktion, die über einen Parteitagbeschlus hinweggeschritten ist, nicht entgegennehmen? Wenn der Vorschlag der Umstellung angenommen wird, so bleibt der Partei nichts anderes übrig, als zu denken: die Fraktion hat nicht den Mut, ihre Aktion vor dem Kongress zu vertreten. Ihr, die Ihr Euch Praktiker nennt, warum schüchtet Ihr heute hinter die akademische Diskussion? Der Wunsch der Umstellung ist der Wunsch, die Zweideutigkeit und Konfusion zu verlängern. (Beifall.)

Vissolati erklärt im Namen der Reformisten, die Abgeordneten seiner Tendenz seien bereit, sofort Rede zu geben. (Beifall.) Gerade über das Verhalten der Fraktion — Verhöhnung der reformistischen Doktrin — müsse ein entscheidendes Wort fallen.

Die Unterstützung des Kabinetts Sonnino solle sofort diskutiert werden: hier liege die ganze Frage der Tendenzen, hier liege der ganze Reformismus. Wenn die Integralisten die Umstellung der Tagesordnung wollen, so liegt der Umstand zugrunde, daß dieser Vorschlag in akademischer Diskussion als Einheit erscheinen zu können, während er vor der rauhen konkreten Frage auseinanderfällt. Wenn hierbei der Parteitag sich in zwei Häften spaltet und die Reformisten die Mehrheit sein sollten, so könnte es sehr wohl sein, daß die unterliegende Minderheit nicht mehr das Bedürfnis fühlt, die Hefeln ihr widersprechender Methoden zu tragen. Was wenigstens die Reformisten betrifft, so würden sie aus ihrer Niederlage diese Folgerung ziehen, da sie nicht Lust haben, die Verantwortung zu teilen für den Gebrauch von Methoden, die sie für verderblich halten.

Camerini befürwortet die Umstellung. Den Integralisten hätte jedes Bestreben fernzulegen, Unklarheit zu stiften oder zu vermehren.

Ferri spricht in gleichem Sinne. Es handle sich um keine machiavelistischen Manöver. Die Genossen müßten nach der langen Diskussion in der Parteipresse längst wissen, was sie wollen. Er habe nicht die Absicht, dem Urteile des Parteitages zu entsprechen, er, der „Avanti“, hätte ja die Initiative zur Unterstützung Sonninos ergriffen. Er hätte dies in den letzten unerklärlichen Glauben getan, im Interesse des Proletariats zu handeln. (Anderer Beifall.) Zwischenruf Labriola: Ferri ist zum Reformismus übergegangen.) Darüber, lieber Labriola, sprechen wir an anderer Stelle. — Die Umstellung habe für ihn und die anderen Integralisten den Zweck, gerade das zu vermeiden, was Vissolati will, die Spaltung. Dies gerade sei die Aufgabe und der Zweck des Integralismus.

Leone bekämpft in längerer Rede die Umstellung und greift den Integralismus an als Ausfluß einer vagen Sentimentalität.

Es kommt darauf zur Abstimmung nach Delegierten, nicht nach der Zahl der vertretenen Mitglieder. Reformisten auf der einen, Syndikalisten und Revolutionäre auf der anderen Seite stimmen zusammen. Mit knapper Mehrheit geht die Forderung der Integralisten, die Tagesordnung umzustellen, durch.

In der Nachmittagssitzung spricht Robert Michels, der den Gruß der deutschen Genossen überbringt und sich dann kurz mit dem Streitpunkt beschäftigt, der die Partei in Italien durchzieht. Er schließt mit dem Wunsch, daß die Italiener deutsche Hartnäckigkeit mit italienischem Schwung und italienischem Dypsermut verbinden möchten.

Costa verliest darauf Begrüßungstelegramme der russischen Partei — gezeichnet Plechanoff —, der polnischen Genossen, des internationalen Bureaus in Brüssel usw.

Der Parteitag tritt dann in den Punkt ein: „Politische Aktion der Partei.“

Leone schlägt vor, daß die Integralisten, die kein gedrucktes Referat vorgelegt haben und deren Stellungnahme noch unbekannt ist, zuerst das Wort ergreifen. Es stellt sich heraus, daß ihr Referent, Genosse Morgari, gar nicht zugegen ist. (Unruhe.) Während die Reformisten und Syndikalisten diese Abwesenheit kommentieren, erscheint der Vermittelte und ergreift, von anhaltendem Beifall begrüßt, offenbar unvorbereitet, das Wort.

Morgari, an dem Presetisch schwer verständlich, illustriert die Tagesordnung der Integralisten, die erst morgen im Druck erscheinen wird. Diese Fraktion, sagt er, ist den Wahlbündnissen mit anderen Parteien nicht abgeneigt, aber gerade, wenn die Partei Bündnisse eingeht, muß sie die charakteristischen Merkmale des Sozialismus hervorheben und betonen. Die Ultrareformisten haben dies nicht immer getan sondern vielmehr diese Merkmale zu verwischen gesucht. Die Integralisten werfen ihnen ferner vor, sich in verschiedenen Gelegenheiten scheinbar aber wirklich mit der Monarchie abgefunden zu haben. Dann geht Morgari zu Auseinandersetzungen mit dem Syndikalismus über. Woher an Zahl sind die Abweichungen nach links, in der Richtung des Anarchismus.

Wie verwerfen nicht den Generalstreik (Zwischenruf Labriola: Ihr habt ja selbst drei geleitet). Jawohl, aber wir wollen nicht eine normale Waffe daraus machen, sondern nur seiner uns bedienen, falls die herrschende Klasse unsere Rechte, vor allem das Wahlrecht antastet. Aber im Gebrauch des Generalstreiks liegt keine Antriebskraft zu der Anschauung des allmählichen Werdens der Revolution. Auch die direkte Aktion schließt nicht die indirekte aus; sie ist an sich nicht anarchisierend sondern wird es nur, sobald sie jede parlamentarische Aktion verwirft. Redner weist dann die Auffassung zurück, daß die Sozialgesetzgebung den nicht Kapitalprofit antaste. Auch erscheint es ihm ein Rückschlag in das veraltete Kur-Gewerkschaftertum, wenn die Syndikalisten nur die als Genossen anerkennen wollen, die Schwielen auf den Händen haben. Vielleicht muß der Sozialismus sich vertiefen durch eine zeitweilige Uebernahme der Produktion durch die Gewerkschaften, aber diese Uebernahme ist noch nicht der Syndikalismus selbst. Der Sozialismus ist mehr als dies.

Deegleichen haben die Reformisten unrecht, sobald sie die sozialistischen Merkmale fallen lassen, um in einer radikalen Aktion aufzugehen. Beide Flügel in der Partei haben echt sozialistische Elemente, beide weichen aber von der Richtung des Sozialismus ab, sobald sie nur Syndikalisten oder nur Reformisten sein wollen.

Die Integralisten wollen die Einheit, aber nicht in ihrer heutigen Form, in der die verschiedenen Tendenzen einander beschimpfen, verhöhnen, den Glauben des Proletariats und das Forum der Partei erschüttern. Sie wollen ein wirkliches, lebendiges, fruchtbares Zusammenarbeiten der verschiedenen Tendenzen, eine Einheit, die den Frieden zur Arbeit läßt, an der jeder nach seiner Ueberzeugung mitwirken möge. (Beifall.)

Als nächster Redner tritt der reformistische Referent Modigliani die Tribüne. Er fragt zunächst, wie in aller Welt Reformisten und Integralisten sich unterscheiden? Einzelne Integralisten können vielleicht Abweichungen aufweisen, aber die große Mehrheit und ihr Wortführer Morgari zeigt kein abweichendes Merkmal. Morgari hat den Reformisten vorgeworfen, sich mit der Monarchie abgefunden zu haben. Welches sind nun die beiden Fälle, die dieser Anschuldigung zuzurechnen liegen? Doch die „Immanitaris“ Geld zum Königsempfang bewilligt hat und daß der Reformist Turati in den König auf einem Rundgang im Hafen von Genua begleitet hat. Das seien beides Vagabunden und individuelle Angelegenheiten. Die Uebildung, die die Arbeiter dem König im Hafen dargebracht haben, barte zur Folge, daß das Hafenmonarchium in Genua in seiner heutigen Form verfiel. (Zwischenruf.) Ja, für Euch ist das nichts. Für uns ist das ein Stück Sozialismus. (Oh! Oh! Unruhe.) Zweitens hat Morgari den Reformisten vorgeworfen, bei den Bündnissen die sozialistische Eigenart nicht gewahrt zu haben. Das heißt die Frage verwechseln. Sind Bündnisse vereinbar mit der sozialistischen Methode oder nicht, darum handelt es sich. Andere Anschuldigungen gegen den Reformismus habe ich bei Morgari nicht gefunden. Auch die Möglichkeit, für ein Ministerium zu stimmen, hat Morgari nicht ausgeschlossen, sondern dies Votum nur von einem Beschluß durch Abstimmung abhängig gemacht. Das Referendum, das er vorschlägt, ändert den Kern der Sache nicht. Eine Differenz zwischen Reformisten und der Mehrheit besteht nicht, sondern lediglich eine solche zwischen Reformisten und Syndikalisten. Redner analysiert dann des längeren die verschiedenen Tagesordnungen, die in den Sektionen als „integralistisch“ angenommen worden sind.

Gegen die Syndikalisten gewendet fährt Modigliani fort, daß auch ihre heutige bedingte Annahme des Parlamentarismus mit der Zeit fallen werde und allmählich der klare Anarchismus zutage treten würde. Es sei dies eine historische Notwendigkeit.

Deute sei der Kampf des Proletariats in Italien nicht mehr so einfach, wie vor fünf Jahren. Die Streiks sind schwer zum Siege zu führen, die Zeit der leichten, glänzenden Siege, des in die Augen fallenden Erfolges ist vorbei. Daher haben die Syndikalisten leichtes Spiel, alles zu kritisieren, alles zu verlächen und den periodischen Generalstreik zu predigen, der etwas vorstellt, ohne die lange mühevoll vorbereitete zu fordern, die die sozialistische Aktion fordert. In der Theorie mögen die Syndikalisten recht haben, in der Praxis haben sie unrecht, weil die Syndikate heute eine unpolitische, zum Teil unbewußte Masse bilden. Wären die Gewerkschaften sozialistisch, so könnte man den Syndikalismus annehmen. Aber unvereinbar bleiben die Methoden der Syndikalisten und die der Reformisten. Geheiß, die direkte Aktion haben auch die Reformisten immer angewendet. Aber die Syndikalisten sprechen der Partei die Daseinsberechtigung ab. (Zwischenruf Labriola.) Sie sprechen also auch der Eroberung der politischen Macht jede positive Bedeutung ab, sie betrachten die soziale Bewegung mit Misstrauen. Hier liegt eine Unvereinbarkeit vor: Eure Aktion ist das Gegenteil der unsrigen, beide sind unvereinbar. Sozialismus ist eine allmähliche, diegestaltige Bewegung, Syndikalismus ist eine plötzliche, Übergangsphase Aktion. Die Reformisten lassen das soziale Werden als einen natürlichen Prozeß auf. Stillschweigend wird der Sozialismus nicht von den Sozialisten gemacht; er schreitet auch über uns fort, wenn wir ihm den Weg verperren. (Beifall.) Redner beschäftigt sich dann mit den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses und des Parteitages von Jena, um daraus den Schluß zu ziehen, daß die kräftigen, gut gefügten Gewerkschaften den Generalstreik ablehnen. Auch die italienischen Gewerkschaften haben unlängst in Mailand die Syndikalisten mit gewaltiger Mehrheit niedergestimmt. Das Proletariat hat also nicht die Eile, die die Syndikalisten haben, oder es hat wenigstens nicht die Illusion, den Gang der Dinge beschleunigen zu können.

Für uns befehle nicht die sozialistische Bewegung den Gang der geschichtlichen Ereignisse nicht. Der menschliche Wille ist nicht der Faktor, sondern das Produkt der sozialen Verhältnisse. Wir lehnen

nicht die außergerichtliche Aktion ab, aber nur, wenn uns die Bourgeoisie, indem sie selbst den Weg der Legalität verläßt, dazu zwingt. Aber an die Gewalt als erwerbende Kraft glauben wir nicht. Der Sozialismus teilt langsam, von Tag zu Tag, allmählich, organisch, in den Eingeweiden selbst der Gesellschaft.

In Morgari und zum Integralismus zurückkehrend, schließt Modigliani mit der Erklärung, daß zwischen Reformisten und Integralisten kein Unterschied besteht, seit die Gewalt der Tatsachen die Tagesordnung von Bologna vernichtet, zermalmt hat.

Eine Möglichkeit des Zusammenlebens mit den Syndikalisten besteht für den Redner nur in einer völligen Autonomie der Organisation. Hier trenne er sich ganz und gar von Morgari. Mit sentimentalen Abschwächungen der Wirklichkeit läßt sich keine Einheit schaffen. Ohne Freiheit der Organisation muß es jetzt zur Spaltung kommen. Auch in Rußland ist die revolutionäre Bewegung keine organisatorische Einheit: Raum ist für alle, für jede Energie, aber Freiheit und Autonomie, damit nicht der eine den andern hemme, ein Streben das andere ertöte. (Anderer Beifall.)

Nach dieser mehr als zweistündigen Rede verlegt sich der Kongress auf morgen zur Fortsetzung der Diskussion über die politische Aktion der Partei.

Rom, 10. Oktober, 6 Uhr 20 Min. nachm. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.)

Der Parteitag erachtet nach der gestrigen Abstimmung alle Fragen als im Sinne der Rechten gelöst; er erledigt daher alles ohne Notum und überweist die Frage wegen der autonomen Zirkel dem neuen Parteivorstand, der aus 35 Mitgliedern — teils Reformisten, teils Integralisten — besteht. Genosse Costa hielt die Schlußrede.

Die Parteipresse zum Parteitag.

„Hamburger Echo“:

„Außerordentliche Ruhe und Sachlichkeit!“ Das ist das Kennzeichen der 1906er Tagung der deutschen Sozialdemokratie. Raum ein heftiges Wort wurde gehört. Der Form nach war der Mannheimer Parteitag sicher einer der besten, den wir erlebt haben. Ob auch nach der Sache, das wird und kann sich erst herausstellen, wenn die Masse der Parteigenossen ihre Anschauungen über die in der pfälzischen Metropole behandelten Thematia zum Ausdruck bringt. . . .

Der „Vorwärts“-Konflikt, mit dessen breitetester Behandlung die Liebhaber des Ständals gerechnet haben, wurde nur ganz nebenbei erwähnt, und die Entschlossenheit des Parteitages, sich keinerlei Krakeel gefallen zu lassen, zeigte sich von Anfang an so deutlich, daß eine etwaige Absicht, die Angelegenheit noch einmal recht ergiebig auszuwickeln, sofort ausgegeben werden mußte. Genau so ging es mit dem am Vorabend des Parteitages gemachten Versuch, durch mit viel größerem Eifer als Genauigkeit zusammengestellte Zitate das Zentralorgan als Wetterfahne erscheinen zu lassen. Zwar gab es hierüber eine Debatte, an der sich zu beteiligen auch dem Verantwortlichen des „Vorwärts“, obwohl er nicht Mitglied des Parteitages war, gestattet wurde. Wohl flogen dabei einige Anzüglichkeiten und Dornbüchsen hinüber und herüber; aber der Parteitag bewies Takt genug, um der Sache nicht eine Wichtigkeit beizumessen, die sie nicht hat. Die notwendigen Ausführungen und Entgegnungen wurden angehört, und dann hieß es: „Genug!“

In dieser langen und gründlichen Debatte (über den Massenstreik, R. d. V.) zeigte sich eine merkwürdige Erscheinung. Obwohl im wesentlichen der Sache durchaus Einigkeit bestand, wie allseitig versichert wurde, fehlten sich doch erhebliche Schwierigkeiten heraus, als es galt, dieser Einigkeit auch formalen Ausdruck zu geben, und zwar in der für unsere Parteitage üblichen Form der Resolution.

Differenzen waren vorhanden, sind vorhanden, und die Aufgabe, sie abzuschwächen, geschweige denn aufzuheben, erschien von vornherein nicht leicht.

Da sind die in der Partei zahlreich vertretenen Teilnehmer am Kölner Gewerkschaftskongress und ihre Freunde, die begreiflicherweise den hiesigen Beschluß nicht kurzweg aufgeben wollten, zumal sie sich — nach unserer Auffassung mit Unrecht — durch die Vorgänge unmittelbar nach dem Kölner Tag bis in die jüngste Zeit verletzt fühlen. Aus dieser Stimmung heraus erklärt es sich, daß eine bestimmte Jurisdiktion jenes Passus, der das Propagieren des Massenstreiks behandelt, von ihnen nicht zu erlangen ist. Und doch sehen sie gewiß alle ein, daß in wichtigen Fragen Widerspruch zwischen Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen nicht bestehen darf. Was nun? Das bekannte und beliebte Mittel, den Widerspruch zu lösen, ist die Interpretation, und dagegen ist auch nichts einzuwenden, wenn sie vom Einigungsbedürfnis getragen wird. Aber hier ist eben die Form sehr wichtig, und diese ist in der Resolution Bebel-Regien sicherlich sehr ansehbar. Vielleicht hätte schon das eine Wort „Erklärung“ statt „Feststellung“ die Situation wesentlich gebessert; aber dazu hat sich die eine Seite offenbar nicht verstehen wollen. Die andere Seite aber sah es als unmöglich an, einen Widerspruch aufzuheben durch die „Feststellung“, er bestehe nicht. Von wem geht die Feststellung aus? Wie und wo erfolgte sie? Soll etwa die Auffassung erregt werden, der Parteitag habe die Feststellung getroffen? Das ist natürlich nicht der Fall, aber es ist eine alte Erfahrung, daß der Wunsch der Reiter des Gehaltens ist. Diese Erwägungen veranlaßten eine nicht unbedeutliche Minderheit des Parteitages, zu diesem Passus der Resolution Nein zu sagen.

Dann gab es noch eine andere Schwierigkeit. Durch das Amendement Kautsky zur Bebel'schen Resolution sollte scharf betont werden, daß die gewerkschaftliche Bewegung von sozialdemokratischem Geist erfüllt sein müsse und daß die Genossen die Verpflichtung hätten, in diesem Sinne zu wirken, was dann im letzten Teil des Amendements noch deutlich ausgeführt wurde. Wegen des Amendements wurden lediglich Zweckmäßigkeitsgründe ins Feld geführt, Zweckmäßigkeitsgründe, auf die wir nicht näher eingehen brauchen. Indessen lagen noch eine redaktionelle Veränderung des ersten Teiles diese Bedenken unseres Erachtens nicht mehr vor. Da von allen Seiten zugestanden wurde, daß die Darstellung des Amendements im Prinzip das Richtige, das allgemein in der Partei anerkannte treffe, so hätte eigentlich auf eine glatte Annahme gerechnet werden müssen. Aber die Auffassung, mit dem Amendement solle einigen in den Gewerkschaften besonders tätigen Genossen ein Tadel ausgebrütet werden, war trotz ihrer Grundlosigkeit hart verbreitet. In Wirklichkeit betraf die ganze Resolution Kautsky doch nur die künftige Betätigung aller Genossen in der Gewerkschaftsbewegung. Doch angesichts der Unmöglichkeit, die unrichtige Auffassung gründlich zu zerschlagen, mußte im Interesse eines einheitlichen Beschlusses der letzte Teil der Resolution zurückgezogen werden.

So kam dann die Bebel'sche Resolution mit dem Amendement Bebel-Regien und dem verbleibenden Teil von Kautsky's Amendement zur Annahme. . . .

„Volksblatt für Halle“:

„Mit gerechter Genugtuung darf die deutsche Arbeiterklasse auf die Tagung ihrer Vertreter in Mannheim blicken. Der feste Vorsatz, die Förenden und das innere Parteilieben schädigenden Episoden lehrreicher Parteitage unter allen Umständen zu vermeiden, ist durchgeführt worden. Die persönlichen Empfindungen und Interessen wurden der gemeinsamen Sache untergeordnet. Der Verein Arbeiterpresse war mit gutem Beispiele vorgegangen. Er hatte in seiner Generalversammlung, die am Eröffnungstage des Parteitages stattfand, einstimmig beschlossen, seinerseits den vorjährigen „Vorwärts“-Konflikt nicht aufzurufen. Auch die entlassenen „Vorwärts“-Redakteure verzichteten lieber auf die Gelegen-

heit, sich von den gegen sie erhobenen Vorwürfen zu reinigen, als daß sie die damit untrennbar verbundene Gefahr herausbeschwören möchten, neue leidenschaftliche Auseinandersetzungen herbeizuführen, in denen nicht nur der „Vorwärts“-Konflikt, sondern gar manches andere noch zur Sprache kommen wäre. Nicht den Gegnern zum Gaudium sondern der Arbeiterklasse zum Vorteil sollte der Parteitag verlaufen. Deshalb sagte sich jeder, was vergangen sei, müsse vergangen und abgetan bleiben. Wer geirrt und gefehlt habe, der solle und werde das in Zukunft vermeiden. Jedem wurde zugute gerechnet, er habe geglaubt, auf seine Art das Interesse der Partei am besten zu wahren. Irrungen und leidenschaftlichen Wallungen sei im höchsten Maße jeder ausgeführt; nachträglich abwägen zu wollen, wer sich dabei am weitesten vergehen habe, sei zwecklos. Das Proletariat fordere gezielte Arbeit von seinem Parteitage und lehne sich nach sachlichen Beratungen und Beschlüssen.

Dieser berechtigten Forderung mußte nachgegeben werden. Und Mannheimer hat das getan. Der einzige Zwischenfall, der aus grundsätzlichen Erwägungen zur Sprache gebracht werden mußte, nämlich das Verhalten des „Vorwärts“ gegen den Genossen Stämpfer, wird auf Antrag Stämpfers durch ein Schiedsgericht zur Entscheidung gebracht worden. Grundsätzlich wichtig ist dabei die Frage, ob auch in Zukunft noch ein Parteiblatt aus einem Parteiblock als Fälschergeheime und dunkler Ehrenmann bezeichnet, der Verdächtige soll geziehen werden dürfen, ohne daß die, welche ein so moralisch vernichtendes Urteil über einen Parteigenossen fällen, zugleich die Pflicht haben, seinen Ausschluß aus der Partei zu beantragen, damit die Berechtigung oder Nichtberechtigung der erhobenen Vorwürfe von Unbeteiligten nachgeprüft werden kann. Da weder von der „Vorwärts“-Redaktion noch von anderer Seite ein Antrag auf Ausschließung Stämpfers gestellt worden ist, wird Stämpfer selbst eine genaue Untersuchung provozieren. Er ist sicher, daß kein Schiedsgericht, wie immer es auch zusammengesetzt sein möge, dem Urteile des „Vorwärts“ beipflichten wird.

Abgesehen von dieser einen Episode ist der Parteitag in kräftiger und reinigender Einmütigkeit verlaufen.

Das Hauptinteresse richtete sich auf die Debatten über den Massenstreik und das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei. Auch der auf diesem Gebiete reichlich angehäufte Müllschutt gelangte nicht zur Explosion. Sachlich scharf, aber ohne persönliche Spitze, wurde die anderthalbtägige Diskussion geführt. Das Entgegenkommen Bebels erleichterte die beiderseitige Verständigung. Kautsky verfuhr vergebens, durch ein Amendement eine Verschärfung der Resolution durchzusetzen, mit 322 gegen 69 Stimmen fiel das Amendement in dem Teile, der neue Konflikte hätte erzeugen müssen. Die bündigen Erklärungen mehrerer Gewerkschaftsführer, die Feststellung, daß in dem Kölner Beschluß kein Gegenfuß zur Jenaer Resolution gefunden werden solle, und die ausdrückliche Einschränkung, den Massenstreik nur als Abwehrwaffe, nicht auch als Angriffsmittel benutzen zu wollen, ermöglichten die Annahme der veränderten Bebel'schen Resolution mit 586 gegen 5 Stimmen.

Der Antrag Ein, die Lokalorganisierten als Träger der anarcho-sozialistischen Bewegung aus der Partei auszuschließen, wurde durch motivierten Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Anarchos werden aber damit rechnen müssen, daß sie über kurz oder lang vor die Wahl gestellt sind, entweder nicht mehr den sozialdemokratischen Organisationen angehören zu dürfen, oder wieder voll unser Parteiprogramm anerkennen zu müssen.

„Vollstimmte“ (Stettin):

„Gerade der Punkt der Tagesordnung, auf den die Gegner ihre größte Hoffnung gesetzt hatten, führte zu einer fast vollständigen Einigung, wie sie in einer tatsächlichen Frage von solcher Tragweite nicht oft erreicht worden ist. Erzielt wurde sie dadurch, daß sich die drei Richtungen auf die Jenaer Resolution einigten, deren Sinn und praktische Tragweite durch die vorangegangene Diskussion in allen Punkten erhellt worden war. Den ursprünglichen Gegnern der Jenaer Resolution, wie Legien, A. Schmidt, Körsten usw., wurde die nachträgliche Zustimmung ermöglicht durch die Erklärung Bebels, daß derjenige Teil der Jenaer Resolution, der von der Erroberung neuer Rechte mittels des Massenstreiks spricht, eine praktische Bedeutung vorläufig nicht habe, da der Massenstreik als Angriffswaffe noch nicht in Betracht kommen könne. Wir wollen die Frage unerörtert lassen, ob diese Erklärung eine Abweichung von dem ursprünglichen Sinn der Jenaer Resolution darstellt oder nicht; jedenfalls ermöglichte sie es den ehemaligen Gegnern des Massenstreiks, nunmehr auch für die Jenaer Massenstreikresolution zu stimmen, da die Preisgabe des Massenstreiks als Mittel zur Erroberung neuer Rechte den wichtigsten Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt hatte.

Es läßt sich aber gar nicht verkennen, daß auch die früheren Massenstreikgegner durch das klare und unzweideutige Zugeständnis, Attentate gegen das Reichstagswahlrecht oder Koalitionsrecht durch den Massenstreik abwehren zu wollen, ihren Teil zur Einigung beigetragen haben. Auch hier wollen wir nicht untersuchen, ob die uneingeschränkte Anerkennung des Massenstreiks als ein Mittel der energischen Verteidigung bereits vorhandener Freiheitsrechte in Einklang mit früheren Reden und Erklärungen zu bringen ist. Jedenfalls fällt nunmehr, da auch die früheren Gegner des Massenstreiks erklärt haben, sie erkennen den Massenstreik als ein wichtiges Mittel, um Reichstagswahlrecht oder Koalitionsrecht gegen reaktionäre Anschläge zu verteidigen, unbedingt an, jeder Grund fort, die Kölner Resolution in Gegensatz zur Jenaer zu bringen, denn nicht auf den Wortlaut einer Resolution, sondern auf deren unbefristete Auslegung kommt es am letzten Ende an. Und so bleibt das große Werk des Mannheimer Parteitages, den Massenstreikresolutionen der Partei und der Gewerkschaften eine feste, übereinstimmende, klare Auslegung gegeben zu haben.

Vielfachen Widerständen war in Mannheim die Auffassung der dritten Richtung in der Massenstreikfrage ausgeht, die die am 21. Januar so kraftvoll begonnene Wahlrechtsbewegung mit verschärften Mitteln fortzusetzen entschlossen war. Diese Richtung, der auch die pommerischen Delegierten angehörten, charakterisiert sich dadurch, daß sie dem Massenstreik auch in Angriffskampfe eine aktuelle Bedeutung beimißt, freilich nicht in dem ihr häufig unterstellten Sinne, daß die Proklamation des Massenstreiks nun schon in diesem oder nächsten Jahre erfolgen müsse, sondern in der besonnenen Auffassung, daß man die Massen durch zeitlich beschränkte Arbeitsentstellungen, wie z. B. allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai, Demonstrationssammlungen innerhalb der Arbeitszeit (Halbtagsstreik) usw. auf den politischen Generalstreik vorbereiten und dadurch der Sozialdemokratie eine ihrer gegenwärtigen Größe und Stärke entsprechende erhöhte Schlagfertigkeit im Angriffskampfe geben müsse. Von der ökonomisch-historischen Auffassung ausgehend, daß die an der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts am meisten interessierte Gesellschaftsschicht, das ostelbische Junkertum, eine an Macht und Einfluß notwendigerweise zurückgehende Klasse ist, deren ökonomische Basis durch die Entwicklung Deutschlands zu einem gewaltigen Industriestaate mehr und mehr geschwächt wird, hält diese dritte Richtung den Kampf gegen das preussische Junkertum keineswegs als ein hoffnungsloses Unterfangen, da sie von der streng marxistischen Auffassung beherrscht wird, daß keine politische Gewalt ohne ausreichende ökonomische Grundlage sich dauernd aufrechterhalten kann. Die Herrschaft des ostelbischen Junkertums über den hochentwickelten Industriestaat Preußen-Deutschland ist bereits ein historischer Konsum geworden. Freilich wissen auch die Vertreter dieser dritten Richtung, daß das ostelbische Junkertum nicht isoliert dasteht, sondern in den Industriebaronen und Schlotjüngern des Westens eine kraftvolle Stütze findet. Aber die Land- und Schlotjunker bilden zusammen doch nur den kleineren Teil der herrschenden Klasse, denen die große Masse der mittleren Industriellen und Kaufleute in Interessensrichtung gegenübersteht. Nebenbei hat auch der Kampf um die Kanalvorlage gezeigt, daß

ledigt das Schotjunkerum durch die unerwartigende politische Macht, die das Dreiklassenwahlrecht den Landjunkern verleiht, schwer geschädigt werden kann. Die Reden der Vertreter der Industrie und des Handels im preussischen Landtage können in gewisser Einschränkung auch als Beweis dafür angeführt werden, daß eine flug geführte Wahlrechtsbewegung nicht notwendigerweise die ganze herrschende Klasse gegen sich aufzubringen braucht, vielmehr ein Teil von ihr durch eine gewaltige in gesellschaftlichen Formen sich vollziehende Volksereignis zu Konzessionen bestimmt werden kann.

Es kann nun nicht bestritten werden, daß die Zahl der Delegierten, die eine Fortsetzung der Wahlrechtsbewegung mit dem Ziel des politischen Generalstreiks als letztes, äußerstes Mittel befürworteten, eine verschwindende Minderheit darstellten. Die überwältigende Mehrheit des Parteitages sah die Wahlrechtsbewegung mit der „ergebnissen“ Petition an die Junkerkammer als abgeschlossen an und konnte sich für ihre Wiederaufnahme in verschärften Formen nicht erwärmen. Aber auch die kleine Minderheit, welche die Gegenwartsbedeutung des Generalstreiks als Angriffswaffe hochhielt, konnte der Jenaer Resolution mit der neuen Auslegung ihre Zustimmung geben, da diese den politischen Generalstreik im Angriffskampfe nicht prinzipiell verwirft, sondern nur für absehbare Zeit als nicht anwendbar betrachtet. Aufgehoben ist nun bekanntlich nicht aufgehoben, und deshalb kann auch die kleine Minderheit die begründete Zuversicht hegen, später einmal zur Mehrheit zu werden. Denn das Junkertum wird schon hinreichend dafür sorgen, daß die Empörung der Massen gegen die Dreiklassenmacherei nicht schwindet. Früher oder später muß daher der Tag kommen, wo die Frage der Anwendung des politischen Massenstreiks im Angriffskampfe wieder auf die Tagesordnung eines Parteitages kommt. Bis dahin aber gilt es, das Proletariat mit Siegeszuversicht zu erfüllen, die Massen zu organisieren und disziplinieren.

Aus der Partei.

Vorkampf gegen den Lebensmittelwucher.

Der Parteivorstand beschloß, der Fraktion zu empfehlen, sofort nach Zusammentritt des Reichstags eine Interpellation über die Lebensmittel- bezw. Fleischsteuerung einzubringen.

Die Parteiorganisationen und der Parteitag.

Die Magdeburger Genossen haben am Sonntag die abgebrochenen Verhandlungen über den Parteitag und den unferen Lesern bekannten Parteitagsartikel der „Vollstimmte“ beendet. Zu Beginn der Diskussion gab der Vorsitzende der Prekominmission, Genosse Lüddecke, folgende Erklärung ab:

Die Prekominmission hat sich gemeinsam mit der Redaktion in eingehender Aussprache mit dem Artikel „Das Mannheimer Ergebnis“ beschäftigt. Die Prekominmission hat das Erscheinen des Artikels einstimmig beurteilt. Genosse Vater hat erklärt, er hätte sich, wenn er gewußt hätte, daß der Artikel Nichtstimmung in den Reihen der Magdeburger Genossen hervorrufen würde, vorher mit der Prekominmission in Verbindung gesetzt. Die Prekominmission hat Vorkehrungen getroffen, daß Mißbilligkeiten ähnlicher Art nicht wieder vorkommen. Ich möchte Sie daher ersuchen, bei der Diskussion auf diese meine Erklärung Rücksicht zu nehmen.

Aus der Diskussion seien folgende Äußerungen hervorgehoben: Genosse Deder: ... Er müsse in bezug auf die Erklärung Vaders, der nicht geglaubt habe, daß der Artikel Anstoß erzeuge, sagen, daß die Redaktion nicht mit den Massen in Kontakt stehe, sonst seien solche Artikel nicht möglich. Wir alle haben den Wunsch gehabt, daß der „Vorwärts“-Konflikt in Mannheim nicht zu Auseinandersetzungen führen möge. Er müsse auf den Artikel, soweit er sich auf die „Vorwärts“-Redaktion beziehe, erklären, daß er mit der „Vorwärts“-Redaktion immer einverstanden gewesen sei. ... Die Revolutionsromantik habe nur in den Köpfen der Literaten gepulst, die Arbeiter haben nicht an einen Massenstreik gedacht.

Genosse Holzappel: ... Darüber, daß der Parteivorstand die von Legien verlangte Erklärung nicht abgeben wollte, herrschte auf dem Parteitag einmütige Zustimmung. Die Bemerkung des Artikels darüber ist daher unzutreffend. ... Nicht richtig ist, daß vornehmlich Berliner für das Amendement Kautsky eintraten. Es waren noch sehr viele andere Delegierte dafür, selbst Gewerkschaftsführer. Nur weil man annahm, daß das Amendement in der praktischen Arbeit Schwierigkeiten hervorrufen könne, ist es nicht zur Annahme gelangt. Davon kann keine Rede sein, daß das eine Glied der Arbeiterbewegung sich dem andern unterordnen soll. ... Die Berliner Genossen haben von je großen Opfermut bewiesen. Das muß anerkannt werden.

Genosse Haupt: ... Wir sind alle erfreut, daß nun auch in den Kreisen der literarischen Arbeit über den Massenstreik herrscht. Die Diskussion des Massenstreiks, die der Kölner Gewerkschaftstages verboten wurde, sei notwendig. Schon den Friedeburgern gegenüber, die den Parlamentarismus für überflüssig, ja für schädlich hielten, sei das nötig. Andererseits seien Strömungen besonders in Gewerkschaftskreisen, die nach rechts drängen wollen. Redner verliest zur Bekräftigung mehrere Zitate aus Artikeln Bringmanns vom Zimmerverband und Hues vom Bergarbeiterverband. Da sei es kein Wunder, wenn selbst tüchtige Genossen zu den Lokalorganisierten gehen. Ueber die Opferwilligkeit der Berliner sei gar nicht zu reden, sie sei allerseits anerkannt.

Genosse Dr. L. Heising nimmt Stämpfer gegen Deder, der ihn der Fälschung geziehen, in Schutz. Er ist mit dem Artikel nicht einverstanden, verteidigt aber den Verfasser, weil der Redakteur das Recht haben müsse, seine Meinung zu vertreten. Die Prekominmission gehe zu weit, wenn sie selbst Stimmungen kontrollieren wolle.

Der Genosse Vater hatte folgende Resolution eingebracht: Die heute im großen Saale des „Luisenpark“ tagende außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins erklärt sich mit dem Ergebnis des Mannheimer Parteitages befriedigt und spricht den Delegierten Brandes und Holzappel wegen ihrer Haltung in den einzelnen Punkten ihre Zustimmung aus.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Ergebnisartikel der hiesigen „Vollstimmte“ nicht einverstanden und bedauert dessen Erscheinen.

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß schon im vorigen Jahre die Redaktion der „Vollstimmte“ mit ihrer Beurteilung des Jenaer Parteitages zu harten Auseinandersetzungen Veranlassung gegeben hat.

Später hat Vater den letzten Satz zurückgezogen. Genosse Redakteur Müller erklärt sich gegen die Resolution. Die Versammlung könne erklären, daß sie mit dem Artikel nicht einverstanden sei, sie dürfe aber die Redaktion nicht vor dem ganzen Lande demütigen. Sonst mache sie den Rücktritt der Redakteure nötig. Vater stehe mit dem Artikel in der Redaktion allein.

Genosse Fabian: Müller sagt, daß wir durch die Annahme der Resolution die Redaktion vor ganz Deutschland blamieren. Aber was für Staub hat der Artikel in ganz Deutschland aufgewirbelt! Eine große Anzahl Exemplare der Nummer mit dem Ergebnisartikel ist von Berlin aus verlangt worden für das Parteiarchiv, vom Parteivorstande und von der Berliner Agitationskommission. Ich bestreite, daß die Resolution ein Mißtrauensvotum ist.

Genosse Deder: Wenn die Genossen ihrer gegenteiligen Meinung Ausdruck geben, so sei kein Grund vorhanden, empfindlich zu sein. Er verwalte sich dagegen, den Redakteuren vorzuschreiben zu wollen, wie sie schreiben sollen, aber wer den Empfindungen der Parteigenossen nicht Rechnung trage, müsse sich eben eine andere Wirkungsstätte suchen.

Genosse Vater: Die Resolution Vater bringt zum Ausdruck, daß Sie mir Ihr Vertrauen entziehen. Alle Redner haben gegen den Artikel Stellung genommen. Der Bericht kommt in die

Zeitung und damit überall hin, wo auch der Artikel gelesen wurde. Da befaßt es nicht mehr einer ausdrücklichen Resolution. Die Resolution enthält für uns eine Demütigung. Und wenn man einem Vertrauensmann eine solche Demütigung antut, dann sagt man ihm, daß er die Tür von außen zumachen soll. Und ich wäre ein Lump und ein ehroser Nicht, wenn ich nicht die Konsequenzen zöge, sobald Sie die Resolution annehmen.

Genosse Haupt: Die Redakteure sollten doch nicht überempfindlich sein.

Genosse Vater: Die ewigen Drohungen unserer Redakteure werden mir doch bald zu bunt. Ich bestreite, daß in meiner Resolution der Redaktion ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird. Es steht nur drin, daß wir den Artikel bedauern. Ich sehe gar keinen Grund ein, daß wir die Resolution nicht annehmen, nachdem fast alle Redner den Artikel verurteilt haben. Wenn die Redaktion meint, daß sie dann die Tür von außen zumachen hätte, so ist das ihre Sache. Nehmen Sie meine Resolution an und lassen Sie sich durch die Drohungen der Redakteure nicht abschrecken.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Als erster erhält das Schluswort

Genosse Brandes: Er verleihe nicht, daß die Redakteure gegen die abgeänderte Resolution Vater seien, die nur das Fazit der heutigen Verhandlung darstelle. Vater und Müller haben keine Ursache, hieraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Ein Mißtrauen solle nicht ausgesprochen werden. Wenn ein Redakteur das Recht habe, seine Meinung auszusprechen, so haben auch die Parteigenossen das Recht, ihre Meinung zu äußern. Er bitte, die Resolution von Vater anzunehmen, allerdings mit der ausdrücklichen Versicherung, daß die Versammlung damit ein Mißtrauensvotum gegen die Redakteure nicht ausgesprochen wolle.

Genosse Holzappel: Wenn hier von Vater und Müller die bestimmte Erklärung abgegeben wird, daß sie bei Annahme der Resolution der Partei ihre Ämter zur Verfügung stellen, dann meine ich, das können wir nicht wollen. Alle Redner haben sich gegen den Artikel erklärt; das sollte genügen. Darum möchte ich Sie bitten, die Resolution Viktorius anzunehmen im Interesse der Parteientwicklung.

Vorsitzender Genosse Thielsh: Der Vorstand ist der Meinung, daß alle Resolutionen, mit Ausnahme des zweiten Teiles der Resolution Vater, sich deden. Der Vorstand hält die Resolution Viktorius für die beste. Ich werde über sie abstimmen lassen und dann über den zweiten Teil der Vaterschen Resolution eine gesonderte Abstimmung vornehmen.

Die Resolution Viktorius wird mit großer Mehrheit angenommen. Vor Abstimmung über den zweiten Teil der Vaterschen Resolution beantragt Genosse Brandes folgenden Zusatz:

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß damit gegen die Redaktion kein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden soll.

Genosse Vater protestiert gegen den Zusatz; das sei von ihm und anderen Rednern bereits ausdrücklich hervorgehoben worden.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des zweiten Teiles der abgeänderten Vaterschen Resolution einschließlich des Zusatzantrages Brandes. Die endgültige Resolution hat also folgenden Wortlaut: „Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend ist mit den beiden Referenten einer Meinung darüber, daß die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages im Sinne der hiesigen Parteigenossen erfolgt sind und daß die Beschlüsse und die Verhandlungen des Parteitages von hohem Werte für die deutsche Arbeiterbewegung sein werden.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Ergebnisartikel der hiesigen „Vollstimmte“ nicht einverstanden und bedauert dessen Erscheinen.

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß damit gegen die Redaktion kein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden soll.“

Damit war die Tagesordnung erschöpft und trat Schluß der Versammlung ein.

Die Genossen der beiden im Verbreitungsgebiete der Magdeburger „Vollstimmte“ liegenden Städte Schönebeck und Staffurt haben auch bereits die Berichterstattung vom Parteitage entgegengenommen. In Schönebeck berichtete Genosse Schinkel-Thale, der am Schluß ausführte:

Man sollte denken, der Parteitag hätte nun Ruhe geschaffen und alle Streitigkeiten geschlichtet, aber leider ist es nicht der Fall, in Magdeburg ist man im besten Gange, den Parteitag herabzuwürdigen.“

In Staffurt wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. Oktober tagende Versammlung der Volksvereinsfiliale Staffurt erklärt sich für sehr befriedigt von dem Verlauf des Mannheimer Parteitages und den von ihm gesuchten Beschlüssen. Ebenso erklärt sie sich mit der Stellungnahme des Delegierten unseres Kreises einverstanden. Dagegen mißbilligt die Versammlung auf das entschiedenste den Artikel in der „Vollstimmte“ über das Ergebnis des Mannheimer Parteitages.“

Die Parteigenossen der beiden Leipziger Reichstagswahlkreise nahmen am Dienstag abend in einer äußerst stark besuchten Versammlung den Bericht über die Verhandlungen entgegen. Genosse Schöpflin, der berichtete, schilderte die große Bedeutung des Parteitages in Mannheim. Der Hauptpunkt war das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Mit der Lösung dieser Frage könne man einverstanden sein. Der Versuch, Frieden zwischen der Lokalorganisation und den Zentralverbänden zu schaffen, sei dem Parteivorstand und der Generalkommission überwiesen worden. Mit Recht sei dabei aber auch die Meinung vertreten worden, daß, wenn man nach links reinen Tisch machen wolle, dies auch nach rechts geschehen müßte; denn die Stänkerei von rechts sei ebenso schlimm. Nachdem er die übrigen Punkte gestreift hatte, forderte er dazu auf, die großen Referate über Volksziehung, Volksbildung sowie über die Strafreform usw. recht genau im Protokoll nachzulesen.

In der sehr lebhaften Debatte stimmten die Genossen im wesentlichen mit den Beschlüssen und Arbeiten des Parteitages überein.

Die obligatorische Einführung der Parteipresse ist seit 1. Oktober im sozialdemokratischen Verein Wahrenth durchgeföhrt. Jedes Mitglied der Parteiorganisation ist verpflichtet, auch Abomment der Parteizeitung, hier der „fränkischen Volkstimme“, zu sein. In der letzten Mitgliederversammlung konnte berichtet werden, daß die Durchführung der Maßregel auf keine erheblichen Schwierigkeiten stieß. Nur ein kleiner Bruchteil der Vereinsmitglieder verweigerte die Annahme des Parteiblattes. Die Stimmigen werden nochmals in persönlicher Rücksprache zur Erfüllung ihrer Parteipflicht aufgefordert, später sollen ihre Namen veröffentlicht werden.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich hat die in den Streitdebatten des Kantonsrates von unseren Genossen Grenlich, Lang, Warrer Pflüger und Dr. Farbstein gehaltenen Reden in 100 000 Flugblättern im ganzen Kanton verbreitet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Wahlrechtsflugblattprozeß vorm Reichsgericht.

Das preussische Wahlrechtsflugblatt enthält keine Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gemühtlichkeiten gegeneinander. Diese für die Wahlrechtsprozesse in Preußen wichtige Entscheidung fällt am Dienstag der vierte Strafsenat des Reichsgerichts. Genosse Ullensbaun, Geschäftsführer der „Freien Presse“ in Warmen-Eberfeld, der 600 000 Exemplare des Flugblatts drucken ließ, war vom Landgericht Eberfeld von der Anklage der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten freigesprochen worden. Der Staatsanwalt legte Revision ein. Vor dem Senate erklärte in der Sitzung am 9. Oktober der Referent, daß der Oberreichsanwalt die Revision des Eberfelder Staatsanwalts nicht unterließe.

Diese Revision meint nämlich, daß das Urteil auf falscher Anwendung des § 130 beruhe. Das Gericht habe gemeint, daß der Schluß des Flugblattes keine Aufreizung bei den Lesern hervorrufen müsse. Das sei irtümlich. Es seien vor dem Flugblatt nicht

*) Das ist ein Zertum des „Vollstimmte“, Red. d. „V.“

Hoch zwei leidenschaftliche Artikel in der „Vergifteten Arbeiterstimme“ und der „Freien Presse“ erschienen, die in ihrer Wirkung auf die Leser des Flugblattes berückichtigt werden müßten, sondern in dem Flugblatt selber werde auch der Ruf zur Erhebung laut und zwar unter Hinweis auf Ausland, Polen und Oesterreich. Es sei deshalb als natürlich anzusehen, daß der Leser das Flugblatt als Aufruf zu Gewalttätigkeiten auffassen konnte. Es genüge aber zur Erfüllung des § 130, daß man diese Anzeigen herauslesen kann. Eine direkte Aufforderung zu Gewalttätigkeiten mit ausdrücklichen Worten sei im Gesetz nicht gefordert.

Das Reichsgericht konnte sich diesen Ausführungen des Oberfelders Staatsanwalts nicht anschließen, da sie noch weit über die Schlussfolgerungen des bekannten Milchmädchens hinaus phantastieren, das eine Million Schadenersatz für eine umgegoßene Kanne Milch mit der Ausführung verlangte: Durch den Milchverkauf hätte ich 20 Pf. verdient, dann abermals Milch ein- und verkauft, hierbei 40 Pf. verdient, wieder Milch ein- und verkauft, 80 Pf. verdient usw. Genosse Menbaum und damit das preussische Wahlrechtsflugblatt bleibt freigesprochen. Das war also am Rhein wieder einmal eine verpuffte Staatsaktion.

Soziales.

Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung in der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Herr Dr. Freund, der Vorsitzende der Versicherungsanstalt Berlin, hat schon des öfteren wegen seiner Anschauungen über politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse zur Kritik herausgefordert. Es ist noch in aller Gedächtnis, wie er glaubte, durch die Vereinerung des Berliner Gewerkschaftshauses mit den Mitteln der Versicherungsanstalt einen Einfluß auf die politische Haltung der Arbeiter ausüben zu können. Als das Gewerkschaftshaus seine Räume auch politischen Versammlungen zur Verfügung stellte und er ein sah, daß die Arbeiter sich nicht durch eine aus ihren Geldern gegebene Hypothek zum Verzicht auf politische Betätigung bewegen ließen, da litt es Dr. Freund nicht länger, daß der Kammer der Versicherungsanstalt als Hypothek auf dem Gewerkschaftshaus stehen bleibe. Er arbeitete so lange an der Aenderung des Zustandes, bis die städtische Sparkasse diese Hypothek ablöste.

Auch in der Anstalt Lichtenberg steht Dr. Freund auf Ordnung und politische Stabilität. Nichts von Politik oder Gewerkschaften darf dort laut werden und was er aus eigener Anschauung nicht weiß, das wird ihm von „ordnungsliebenden“ Leuten aus der Anstalt bereitwillig zugetragen. Ein Wärter der früher im Gemeindearbeiterverbande organisiert war, wurde zum Renegaten und verfuhr dann, seine früheren Kollegen „hineinzulegen“, indem er sie bei der Kriminalpolizei und als das nichts nützte, bei der Verwaltung der Versicherungsanstalt wegen „hochverrätherischer politischer“ Gespräche, die man in den Pausen ausgetauscht, denunzierte. Dr. Freund, den man auf einer höheren Warte vermuten sollte, wenn es sich um Angehörigen eines Nebelgebirges handelt, hielt nun fürchterliche Musterung unter den Angestellten; einige angeblich unzufriedene Elemente wurden bei passender Gelegenheit gefündigt. Damit die anderen den Ernst der Situation begreifen konnten, wurde noch folgender Mias angehängt:

Verfügung.

Jede Betätigung, Agitation usw. auf politischem, wie auf dem gewerkschaftlichem Gebiet ist dem Personal innerhalb der Anstalt strengstens untersagt. Bei Zuwiderhandlungen tritt Entlassung ein.

Dem Personal ist ferner streng verboten, Vorkommnisse und dergleichen, welche sich innerhalb der Anstalt ereignen, und an welchen die Anstalt interessiert ist, außerhalb derselben öffentlich zur Sprache zu bringen. Dergleichen Sachen sind stets und nur im Bureau der Betriebsverwaltung vorzubringen.

Es wird von dem Personal erwartet, daß es jederzeit und allerorts treue Anhänglichkeit an das Haus bekundet, in welchem es wirkt. Jeder muß das Ziel seines Strebens sein lassen, das Beste der Anstalt auch seinerseits nach Kräften zu fördern und Schaden von derselben abzuwenden. Seine Vorgesetzten muß es überall mit Achtung und Vertrauen begegnen und ihnen die Erfüllung ihres Dienstes durch Aufmerksamkeit und Ergebnisse erleichtern. Es wird dann unabwieslich freundliches Wohlwollen und diejenige Berücksichtigung finden, welche die Anstalt zu gewähren im Stande ist.

Lichtenberg, den 15. September 1906.

Die Betriebsverwaltung.

Dieser Mias entspricht dem, was man von Dr. Freund zu erwarten berechtigt war.

Die Arbeitervertreter dürften wohl im Vorstand und im Ausschuss Gelegenheit nehmen, über diesen Mias sich zu unterhalten.

Wir wollen jedoch dringend wünschen, daß die Arbeitervertreter der Versicherungsanstalt einmal mit dem Direktor wegen seiner erbauenden Verordnungsmanie gezielende Zwiesprache führen. Bei dieser Gelegenheit mag auch aufgeklärt werden, wie es kommt, daß bei Personalentlassungen infolge Erkrankungen verschiedener Verfahren wird. Nichtorganisierte werden wochenlang in der Anstalt verpflegt, während andere Angestellte, die zufällig organisiert sind, gleich nach Krankmeldung entlassen werden.

Unter allen Umständen muß verlangt werden, daß in der Heilstätte Lichtenberg den organisierten Arbeitern und Pflegern das Maß persönlicher Freiheit gewährt wird, das sie von einer sozialpolitischen Zweck dienenden Anstalt billigerweise erwarten können.

Die Verwaltung der Versicherungsanstalt steht dem Vorstand und dem Ausschuss, nicht dem bezahlten Direktor allein zu. Sind

in der Berliner Versicherungsanstalt wie anderwärts durch den Geschäftsplan des Vorstandes dem Direktor zu viel Rechte eingeräumt, so wäre es an der Zeit, das Statut zu ändern und den nicht beamteten Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber das Maß von Einwirkung einzuräumen, das einer wirklichen Selbstverwaltung dem nicht beamteten Teile zukommen muß, damit die Verwaltung nicht eine rein autokratische und bürokratische werde.

Schadenersatzpflicht des Prinzipals für gestohlene Garderobe.

Dem Expedienten Karl H. war während seiner Tätigkeit im Engros-Warenhause von Goldfeder u. Meyerheim in der Geschäftsgarderobe eine Hose gestohlen worden. Er machte in der gestrigen Verhandlung einen Schadenersatzanspruch von 15 Mark geltend; der Chef erhob hiergegen vorerst den Einwand der sachlichen Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts und wies im übrigen den Anspruch des Klägers zurück. Es sei Ende vorigen Jahres im Geschäft sehr viel gestohlen worden. Die durch den Kriminalkommissar Klinghammer geleiteten eingehenden Untersuchungen sowie die Anstellung eines Detektivs hätten nicht zur Entdeckung der Täter geführt. Er habe dann eine neue sichere Garderobe bauen lassen, die morgens, mittags und abends von Vertrauensangestellten kontrolliert und verschlossen wurde, anherdem wurden die Angestellten selbst beim Fortgehen auf etwaige Gegenstände hin, die ihnen nicht gehörten, beobachtet. Der Beklagte behauptete, damit alles getan zu haben, was in seinen Kräften stand und bestritt schließlich auch die Notwendigkeit für den Kläger, im Geschäft die Hose zu wechseln. — Die letztere Behauptung wurde durch Zeugenaussagen widerlegt. Die meisten Angestellten, sogar die Damen, ziehen sich um, da das Personal viel mit fettigen und schmutzigen Produkten, wie Del, Petroleum, Mehl usw. zu hantieren hat, auch wurde festgestellt, daß die Garderobe nicht immer vor der offiziellen Öffnung verschlossen war.

Das Kaufmannsgericht erklärte sich für zuständig. Der Verwahrungsvertrag der Garderobe falle mit in den Rahmen des Dienstverhältnisses. Im übrigen wurde die Beklagte Firma verurteilt, an den Kläger 15 M. zu zahlen, da sie die erforderliche Sorgfalt bei Aufbewahrung der Garderobe außer acht gelassen habe. Angestellte müßten gegen Entwendung von Sachen geschützt werden. Das hätte die Beklagte bewerkstelligen können, indem jeder Angestellter einen verschließbaren Schrank zur Garderobe erhielt. Die Beklagte ist gemäß §§ 275 und 280 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Auch das Umziehen des Klägers im Geschäft war angeklagt der Staubentwidelung und Schmutzgefahr eine berechnigte Vorsicht.

Diese vom Kaufmannsgericht zutreffend entwickelten Rechtsgrundsätze treffen auch auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis zu.

Aus Industrie und Handel.

6 Prozent Bankdiskont.

Die Bank von England ist über den am 13. September beschlossenen Satz von 4 Prozent nicht hinausgegangen. Die deutsche Reichsbank ist aber bei ihrem Satz von 5 Prozent nicht stehen geblieben. Die Ansprüche an den Geldmarkt sind außerordentlich stark gewesen, doch blieben sie vor Milano etwas unter der vorjährigen Grenze. Im vorigen Jahre verschlechterte sich der Status der Bank in der letzten Septembervwoche um 542 Mill. Mark, diesmal nur um 509 Mill. Mark. In der letzten Woche ist aber eine weitere Verschlechterung eingetreten. Der Metallbestand erfuhr in der vorigen Woche eine Zunahme von nur 889 000 M. gegen 22 900 000 M. im Vorjahre. Damit war der Metallbestand um 79 Mill. Mark unter den Status des Vorjahres gesunken und ist um 123 Mill. Mark kleiner als in der Vergleichszeit 1904. Es war deshalb mit einer weiteren Diskonthöhung zu rechnen. Die Hoffnung, daß die Bank zunächst mit einem 1/2-prozentigen Aufschlag vorgehen werde, hat sich nicht erfüllt, man hielt die sofortige Heraushebung auf 6 Proz. für erforderlich. Dieser Satz war im vorigen Jahre erst am 11. Dezember notwendig; am 11. September 1905 erfolgte die Heraushebung von 3 auf 4 Proz., dann folgte am 3. Oktober eine weitere Heraushebung auf 5 Proz. und am 4. November auf 5 1/2 Proz. Wie der Präsident der Reichsbank, Dr. Koch, ausführte, ist die Verschlechterung des Status lediglich auf die Ansprüche der inländischen Wirtschaft zurückzuführen, die Konstellation am internationalen Geldmarkt komme weniger in Betracht. Die Börse hat die diesmalige Erhöhung mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen. Das ist in der Hauptsache auf die optimistische Stimmung am Montanaktienmarkt zurückzuführen. Nur die Meldungen über die Bewegung unter der Ruhrbergarbeiterschaft wirkte etwas abflauend, Lauraaaktien dagegen erzielten eine Advance um 2 Proz.

Eine Jubelstunde mit erstem Unterton. Die Rh.-Westf. Ztg. veröffentlicht ein Stimmungsbild vom Eisenmarkt, das, so lächelt Farben es zeigt, doch eine scharfe Warnung enthält. Es heißt da: „Die Erhöhung der Hoheisenpreise um 10 M. geht etwas über den seitherigen Maßigungsrahmen hinaus, übersteigt die Verbraucher und bringt, soweit dieses nicht schon geschehen, die Preise in den abhängigen Fabrikaten denjenigen der letzten Hochkonjunktur bedenklich näher. Man murren in den Kreisen der reinen Walzwerke und wittert Verhängnis. Aber schließlich möchten die Werke ohne eine richtige Preishausse die gute Konjunktur doch nicht vorübergehen lassen und man treibt jetzt dahin, um sie ganz ausnützen zu können. An die eventuellen Kosten denkt man dabei nicht. Die Aussichten sind ja einstweilen noch so günstig. Auf allen Gebieten herrscht unerminderte Kauflust und bei

der außerordentlich starken Befehung der Werke sind diese in der glücklichen Lage, sich die Aufträge auszuwählen und die Preise vorzuschreiben. Was nicht genügt ist, wird ohne weiteres zurückgewiesen. Auf der anderen Seite, der der Abnehmer, hat man augenscheinlich die stärker aufstrebenden Preiserhöhungen den begreiflichen Wunsch, sich so viel wie möglich und auf recht lang Zeit mit Material zu versehen, um nicht höhere Preise anlegen zu müssen. Man ist hier froh, wenn man seinen Bedarf untergebracht hat, und geht auf die Arbeitsbedingungen gern ein. Unter solchen Auspizien treten wir in den Winter ein, und für die Fortdauer der guten Konjunktur wird es wesentlich darauf ankommen, ob der Bedarf sich auch während dieser Zeit auf der bisherigen Höhe halten wird. Bedeutende Materialverwertung schränkt den Verbrauch ja bekanntlich ein und schwächt die Unternehmungslust. Die Preise, die jetzt Platz greifen, können zum Teil schon als teuer bezeichnet werden, und damit tritt ein Umschwung auch schon mehr in den Gesichtskreis der nächsten Zukunft. Hier und da begegnet man einem gewissen Pessimismus bezüglich der Verlängerung des Stahlwertverbandes, und es läßt sich nicht leugnen, daß der Kampf zwischen den verschiedenen Kartellgruppen innerhalb des Verbandes eine nicht zu unterschätzende Bedeutung einnimmt.“

Zwischen den Zeilen liest man hier die Versicherung, daß man mindestens nahe dem Beginn des Abstieges sich befindet.

Wagenmangel. Ueber bedenklichen Wagenmangel klagt die Mannheimer Handelskammer. In ihren Eingaben um Abhilfe hat die Handelskammer den Wunsch ausgedrückt, daß die Generaldirektion mit Rücksicht darauf, daß in Baden der Wagenmangel einen weit größeren Umfang angenommen hat als in den übrigen des preussisch-hessischen Staatsbahnverbandes, erneute Verhandlungen zum Zwecke der Bildung einer Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen anregen möge.

Neues Syndikat. Nach der „Schlischen Zeitung“ verlaute, daß Bestrebungen im Gange seien, unter den Messingwalzwerken ein Syndikat zu bilden, welches den Verkauf von Messingblechen, -Drähten und -Nägeln nach Art des Kupferblechverbandes übernehmen soll.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin-Schöneberg, Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.) ist soeben das 2. Heft (2. Jahrgang, 3. Band) erschienen.

Wissens-Gesetz. Zur Frage der rechtsgesellschaftlichen Regelung der Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten. Preis 50 Pf. Verlag Karl Schick, Berlin.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandel). Rindfleisch Ia 69-74 pro 100 Pfd., IIa 63-68, IIIa 58-62, IVa 52-56. Kalbfleisch, Doppelfländer 105-115, Ia 82-88, IIa 72-81, IIIa 62-70, Ila 54-60. Dammfleisch Ia 75-80, IIa 64-74. Schweinefleisch 66-73. Rehbock Ia per 100 0,60-0,80, IIa 0,40-0,56. Rothwild Ia 0,90-0,48, IIa 0,20-0,28. Damwild 0,40-0,43. Wildschweine 0,15-0,45. Ferkel 0,00. Gänse p. St. 2,00-3,00, klein 1,00-1,90. Kanarienvogel per Stück 0,40-0,90. Rabbits per Stück 1,00-1,15. Ferkel 0,60. Besseln 0,30-0,50. Rehbock, junge Ia 0,55-1,00, junge IIa 0,50-0,70, alte 0,60-0,75, junge Kette 0,00. Kälber, alle per Stück 1,90-2,00, alte IIa 0,50-1,30, junge per Stück 0,50-0,82. Ziegen, junge per Stück 0,38-0,52, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,30-2,25, alte p. Stück 0,00. Hamburger, junge p. Stück 0,00. Gänse, Döberlauer, per Hund 0,40-0,55, dito Hamburger, junge 0,15, Ia per Stück 2,75-3,50, IIa 1,90-2,70. Ferkel per Stück 0,50-1,00, do. klein 0,50. Schafe per 100 Pfd. 111-118, kleine 0,00. Wollschaf 0,00. Schaf 102-124, kleine 140-150. Vieh 0,00. Kolo, groß 0,00, mittel 0,00, klein-mittel 0,00, unsortiert 0,00. Wägen, matt 29-40. Karren, unsortiert, Gollzer 0,00. 50er da 70-71, 100er da 0,00, 40er Schließliche 0,00. Barke, groß 0,00, klein 0,00. Karren 82-89, do. klein 0,00. Bels 0,00. Bunte Fische 70, matt 0,00. Amerikanische Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75. Spratten, Kieler, Wall 0,75-1,30, Danziger, Wall 0,70-0,80. Flumbers, pommerische Ia, per 100 Pfd. 9,00, do. pommerische IIa 2-4, Kieler, Etage Ia 4-6, do. mittel der Etage 2-3, Domb. Etage 5-6, halbe Etage 2. Schilling, per 100 Pfd. 1,00-1,30, Straußener 2,00-3,50. Kolo, groß per 100 Pfd. 1,10-1,30, mittel-groß 0,50-1,00, klein 0,50-0,60. Deringe per 100 Pfd. 4-5. Schweißliche Etage 4-5, do. 1/2, Etage 2. Kollan, p. 100 Pfd. 20-25. Heilbutt 0,00. Sardellen 1902er per 100 Pfd. 95, 1904er 90, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Heringe 1905 0,80, large 40-44, full 36-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Deringe, neue Ratjes, per 1/2, To. 60-120. Sardinen, russ., Maß 1,50-1,60. Braterringe, Schiffe (4 Liter) 1,50-1,75. Rumaugen, Schodaf 11, kleine 5-6, Kieler 14. Hummern, kleine, per 100 Pfd. 0,00. Krebse, per 100 Pfd. große 0,00, mittel 7,00, kleine 3,00, unsort. 0,00. Gollzer, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, per 100 Pfd. 3,00-4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 124-127, IIa 115-120, IIIa 110-114, abfallende 95-105. Saure Gärten Schod 3,50-4,00, Weisgerichten 3,50-4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. magnum bonum 2-2,25, Döberliche 2-2,25, Kolo 0,00, weiße 1,75-2,00, Salattartoffeln 4,00-5,00. Spinat per 100 Pfd. 10,00-15,00. Karotten per Schodfund 2,30. Sellerie, hiesige, per Schod 4,00-6,00, do. pommerische 4-5,00. Zucchini große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, do. kleine 2,50-3,00, do. hiesige (Berl.) 30-50. Charolten 50-60. Petersilie, grün, Schod 1,25, Kohlrabi per Schod 0,60-1,00. Rettig, bayr., per Schod 2,40-4,50. Radieschen per Schod 0,50-1,00. Salat, per Schod 1,50-2,00. Bohnen, grün, per 100 Pfd. 20-25. Bohnenbohnen 15-25. Weiße Bohnen 2-4. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10-14. Rotenrüben per 100 Pfd. 2,50-3. Zeltener Rüben p. 100 Pfd. 6-8. Blumenkohl p. 100 Pfd. 2,50-3,00. do. Ernter, Kopf 0,15-0,25. Blüthenkohl per Schod 4,00-7,00. Kohlkohl pr. Schod 3,00-7,00. Weiskohl pr. Schod 2,00-5,00. Rosenkohl pr. 100 Pfd. 25-30. Steinpilze p. 100 Pfd. 30-25. Gurken, Kerbler, Schod 0,00, do. Einlege, Schod 1,50-3,00, do. Rotenburger 0,00, do. Leichter 0,00, do. Einlege (Cent.) 8-18. Kohlrüben, Schod 2,50-4,00. Tomaten, hiesige 100 Pfd. 14-16. Kürbis 2-3. Birnen, ital. per 100 Pfd. 0,00, hiesige 7-25, 2* per 20-35. Böhmische 4-16. Äpfel, per 100 Pfd. hiesig, 4-20, Grauensteiner 12-18, Troler 15-30, do. in Bässen 15-25, do. Iose 12-13. Breitelbeeren 0,00, schwarze 23-24, Gelbe 25-30. Ballmüsse per Schod 1,00-1,50. Pfannkuchen, per 100 Pfd., hiesig 2-7, böhmische 2-4, do. große 8-10. Zitronen, Westfäl. 300 Stück 19,00-22,00, 300 Stück 12,50-20,00, 200 Stück 0,00, 420 Stück, klein 12,00-15,00, 500 Stück, klein 13-15. Pfirsiche, Berberliche per 100 Pfd. 10-30, Troler 0,00, italienische 50-70.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft

„Nordsee“

Filiale: Berlin C.2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis!

Verkaufs-Niederlagen:

Potsdamer Straße 112a
bei der Lützowstr. Tel.-Amt VI, 7190.

Madai - Straße 22
im Schlesischen Bahnhof.

Prinzen - Straße 30
am Moritzplatz.

Sandberger Straße 52/53
der Kurzen Straße gegenüber.

Seefische — Volksnahrung!

Besonders empfehlenswert:

Seelachs im Anschnitt **15** Pf. mit Kopf **20** Pf.

Alle übrigen Sorten **Seefische** zu billigsten Tagespreisen.

Ferner empfehlen wir:

Riesen-Lachsheringe 15 Pf. Stück

Sonnabend, den 13. Oktober, eröffnen wir im Hause **Wilmerdorferstr. III**, am Stuttgarter Platz, abermals eine neue Verkaufsstelle, worauf wir ein geehrtes Publikum Charlottenburgs ganz besonders aufmerksam machen.

A. WERTHEIM

PORZELLAN

weiss

Speiseteller tief 17, flach 15 Pf.
Dessertteller 11 Pf.
Kompotteller 9 Pf.
Suppen-Terrinen 1 Mk., 1.25
Kartoffelschüsseln 65, 80 Pf.
Saucieren 45 Pf.
Salatieren 15, 23, 30, 40 Pf.
Bratenschüsseln oval 20, 30, 45, 65 Pf.
Bratenschüsseln rund 30 Pf.
Kaffeekannen 30, 45 Pf.
Teekannen 28, 45 Pf.
Milchtöpfe 8, 15 Pf.
Zuckerdosens 15 Pf.
Ein Posten: Grosse Milchtöpfe 33 Pf.

weiss

Mit kleinen Fehlern:

Speiseteller 10 Pf.
Dessertteller 6 Pf.
Kompotteller 4 Pf.
Gezackte Teller 4, 6, 8 Pf.
Kuchenteller 10 Pf.
Kompottschalen 6 Pf.
Gemüseschüsseln tief und flach 25 Pf.
Obertassen 3 Pf.
Milchtöpfe 5 Pf.
Leuchter 10 Pf.
Kompottieren 10, 20 Pf.

bunt

Tassen mit Goldrand 22, 25 Pf.
Tassen dekoriert 35, 38 Pf.
Dessertteller 22, 25, 28 Pf.
Kuchenteller 57, 85 Pf., 1 Mk.
Satztöpfe 6 Stück 1.35, 1.60
Kaffee-Services
für 6 Personen, 9teilig 2.90, 4 Mk., 6.90
für 12 Personen, 16teil. 7 Mk., 8.50
Tafel-Services mit Goldrand
für 6 Personen, 23teilig 11.75
für 12 Personen, 60teilig 24.50

GLAS

Kompottieren gepresst 5 Gr. 8 b. 42 Pf.
Kompotteller gepresst 7 Pf.
Butterdosens gepresst 27 Pf.
Käseglocken gepresst 48 Pf.
Kuchenteller 35, 50 Pf.
Zuckerschalen gepresst 11, 20, 25 Pf.
Hyazinthengläser 7, mit Goldrand 12 Pf.
Goldrandbecher 7, 10 Pf.
Tee- u. Bierbecher mit Bordüre 12 Pf.
Butterglocken geschliffen 95 Pf.
Käseglocken geschliffen 1 Mk.
Sturzflaschen geschliffen 55 Pf.
Kuchenteller Olivenschiff 1.65 b. 2.40
Römer 23, 38, 45, 55 Pf.
Türschoner 35, 55, 65 Pf.

Trinkgarnitur „Schleifenmuster“

Rotweingläser 30 Pf.
Rheinweingläser 30 Pf.
Madeiragläser 28 Pf.
Bowlingläser 38 Pf.
Champagnergläser 38 Pf.
Likörgläser 25 Pf.
Biertulpen 42 Pf.
Selterbecher 25 Pf.
Teebecher 25 Pf.

STEINGUT

Majolika-Blumentöpfe 55 bis 3.30

Speiseteller blau Zwiebelmuster 12 Pf.
Dessertteller blau Zwiebelmuster 10 Pf.
Kompotteller blau Zwiebelmuster 9 Pf.
Kompottieren Satz 7 Stück 1.60
Milchtöpfe blau Zwiebelmuster 6 Größen 20 b. 48 Pf.
Waschgarnituren 2 teilig elfenbein 2.40, 5 teilig dekoriert 2.75, 3.25, 3.75, 4.75, 7.75 Mk.
Waschschüsseln dekoriert 1.60 Mk. Wasserkannen dekoriert 1.60 Mk.

EMAILLE

Schmortöpfe ohne Ring 5 Größen 45 Pf. bis 1.20 Mk.
Schmortöpfe mit Ring 6 Größen 65 Pf. bis 1.65 Mk.
Kasserollen ohne Ring 6 Größen 35 Pf. bis 75 Pf.
Kasserollen mit Ring 5 Größen 65 Pf. bis 1.10 Mk.
Ringtöpfe 6 Größen 65 Pf. bis 2.25 Mk.
Bratpfannen runde 6 Größen 22 Pf. bis 70 Pf.
Maschinentöpfe 10 Größen 10 Pf. bis 80 Pf.
Wasserkessel für Gas 5 Größen 50 Pf. bis 1.25 Mk.
Wasserkessel mit Absatz 4 Größen 60 Pf. bis 1.35 Mk.
Topfdeckel 10 Größen 10 Pf. bis 50 Pf.
Deckelhalter 6 und 9 teilig 75 Pf. bis 1 Mk.
Bratenschüsseln oval 6 Größen 50 Pf. bis 2 Mk.
Bratenschüsseln rund 40 Pf.
Gemüseschüsseln 4 eckig 4 Größen 45 Pf. bis 90 Pf.

Carl Stier

Berlin SO. Berlin W.
Oranienstr. 166 Potsdamerstr. 133a
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Zur Herbst- u. Winter-Saison

empfehle ich:

Jackett-Anz. 15, 17, 50, 20 bis 55 M.
Rock-Anzüge 27, 33 bis 60 M.
Gehrock-Anzüge 30, 36, 42 bis 66 M.
Herbst-Paletots 18, 20, 25 bis 50 M.
Winter-Paletots 18, 20, 25 bis 70 M.
Havelocks 8, 50, 12, 15 bis 35 M.
Pelerinen-Mäntel 25, 35, 40 bis 55 M.
Pelerinen 10, 50, 12, 15 bis 27 M.
Winter-Joppen 7, 50, 9 bis 25 M.
Beinkleider 3, 50, 4, 50 bis 18 M.

Vorrätig in allen Größen u. Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale als auch schlank, untersetzte und extra starke Figuren.

Großes Stofflager
Anfertigung nach Maß

Moderner Schnitt. Eleg. Ausführung
Garantie für guten Sitz

Knaben- und Jünglings-Anzüge, Paletots, Pelerinen, Joppen und Hosen
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Besichtigen Sie, bevor Sie Ihren Bedarf decken, mein auswahlreiches Lager. Nach außerhalb sende ich Muster und Maßanleitung, doch bitte ich, die ungefähre Preislage und Gattung des gewünschten Kleidungsstückes anzugeben.

Jena und Tilsit.

Anlässlich des 100-jährigen Gedenktages der Schlacht bei Jena und Auerstädt erschien in unterzeichnetem Verlage das Buch:

Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostpreussischer Vorkriegsgeschichte von Franz Mehring. X Preis 1 Mark.

Die aus allen Teilen Deutschlands und darüber hinaus eingelaufenen Bestellungen beweisen zur Genüge, dass der Inhalt des Buches für sich selbst spricht. Für Berlin und den Verbreitungsbezirk des „Vorwärts“ kann das Werk von der Buchhandlung Vorwärts sowie von den Zeitungspeditionen bestellt werden. Das Buch ist ferner vorrätig in allen Parteibuchhandlungen, kann jedoch auch direkt vom Verlage gegen Voreinsendung des Betrages (auch in Briefmarken) bestellt werden. Porto bei direkter Zusendung 10 Pf. Wir bitten zu verlangen: **Leipziger Buchdrucker Aktiengesellschaft** (Abteilung Buchhandlung), Leipzig, Tauchaerstr. 19/21.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2.85
Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 4.85 bis 8.75
Wolltuffas 5.25 bis 7.50
Bunte Normal-Schlafdecken 1.50 bis 2.50 bis 3.50
Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3.00 bis 4.00

Spezial-Haus **Emil Lefèvre**, Oranienstraße 158, Berlin S.

Morgen Freitag gibt es wieder Frische Blut- u. Leber-Wurst

in bekannter, tadelloser Qualität. Oranienstr. 103. Rich. Augustin Hof parterre. Frühstück- und Mittagstisch.

Säle und Vereinszimmer noch mehrere Wochenlang frei. Telefon: Amt IV, 5652.

Rote + Geld-Lotterie

Ziehung 23.-26. Oktober
15 750 Geldgewinne
Hauptgewinn: Mark 100 000

Originallosse à M. 3.50. (Porto u. Liste 30 Pf. extra.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin, Friedrichstr. 181 u. Andreasstr. 40a.

Zentral-Pfandleihe

Heinrichsplatz 1
Ecke Oranien-Strasse.
Täglicher Verkauf verfallener Pfänder, bestehend in: Betten, Teppichen, Uhren, Ketten, Ringen, Herren- und Damen-Garderoben.

Spezialität:
Gute getrag. Herren-Garderoben in jeder Weise. [29102]
Verdienst nur Zinsberechnung

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2, Uhr. Sonntag 5 1/2, Uhr.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden.
Nach besond. Engros-Saison auch Einzel-Verkauf enorm billig

Jackets
Paletots
Havelocks
Capes
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Pelz-Stolas

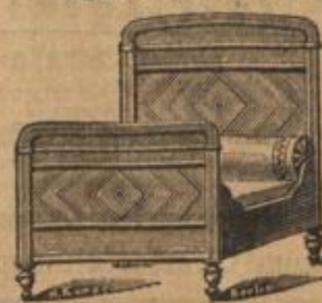
Robert Baumgarten
Hausvogel-Platz 11, 2. Etage (an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung d. Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, saubere, Zutsen, von 20 Mark an. **Maria Laband**, Oranienburger Strasse 4, 1.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehl. viel. Anzete u. Prof. grät. u. Dr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Neu! In Neu! (Nordbahn.)
Hohen-Neuendorf schönster Hochwald
mit Wassergraben
Quadrat-Rute von 12 W. an.
Nieschalke & Nitsche, Landsbergerstr. 66.



Möbelfabrik.

Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Berliner Nachrichten.

Im dritten Berliner Landtagswahlkreis

muß bekanntlich eine Ersatzwahl stattfinden. Bei dieser Ersatzwahl treten die in der allgemeinen Wahl am 12. November 1903 gewählten Wahlmänner wieder in Funktion. Inzwischen sind aber eine große Anzahl Wahlmänner aus dem Bezirk, in dem sie gewählt waren, verstorben; manche sind gestorben und wieder andere auf andere Weise ausgeschieden. Für diese Wahlmänner müssen neue gewählt werden und ist für diese notwendig werdenden Ersatzwahlen der Termin auf den 6., erforderlichenfalls auch auf den 7. und 8. November d. J. festgesetzt. Lange genug haben die Wähler des dritten Landtagswahlkreises warten müssen, bis ihnen der Termin bekannt gegeben wurde, an dem sie für den schon im Februar verstorbenen Abgeordneten einen anderen wählen sollen. Man hätte nun meinen müssen, daß nunmehr nach so langer Dauer auch alle Voraussetzungen erfüllt sind, um den Wählern Klarheit über das bei dieser Wahl zu befolgende Wahlverfahren zu verschaffen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Noch heute warten die Wähler auf die Bekanntgabe des Wahlreglements. Als wir vor Wochen auf die Langsamkeit in dieser Angelegenheit hinwiesen, wurde berichtet, daß das Wahlreglement im Ministerium des Innern in Ausarbeitung sei und über daselbe in einer „demnächst“ stattfindenden Sitzung des Staatsministeriums Beschluß gefaßt werde. Wir sind ja in die Geheimnisse unserer Ministerien nicht eingeweiht, um zu wissen, was man dort unter dem Worte „demnächst“ versteht. In unserem gewöhnlichen Untertanenverständnis nahmen wir an, daß unter „demnächst“ die nächsten Tage oder vielleicht auch noch die nächste Woche zu verstehen wäre. Wir haben uns geirrt und müssen geduldig warten, hoffentlich nicht bis nach dem ausgeschriebenen Wahltermin. Vielleicht macht die Ausarbeitung dieses Wahlreglements unseren Geheimräten großes Kopfzerbrechen und man dürfte uns so neugieriger sein, wie dieses Reglement aussehen wird.

Natürlich kann uns dieser Schlenker nicht veranlassen, um Gewehr bei Fuß zu stehen. Im Gegenteil! Diese Wahl gibt uns Gelegenheit, wiederum an viele Tausende von Wählern heranzutreten und ihnen das Skandalöse des Dreiklassenwahlrechts und die Volksfeindschaft des reaktionären Junkerparlamentes darzulegen. Das soll zunächst am nächsten Sonntag

geschehen. In einem Flugblatt sollen die Wähler aufgeklärt werden über die Arbeiterfeindschaft des Landtages und der dort herrschenden Junkerclique. Um diesen Zweck voll zu erreichen, ist es notwendig, daß sich die politisch organisierten Genossen recht zahlreich an der Flugblattverbreitung am Sonntag beteiligen und damit die Landtagswahlbewegung zu einer tiefgehenden und wirkungsvollen gestalten.

An der Wahl im dritten Landtagswahlkreis ist der gesamte sechste Reichstagswahlkreis und die 5., 6. und 7. Abteilung des fünften Reichstagswahlkreises beteiligt. Die Genossen des sechsten Kreises finden sich am Sonntag, freilich 8 Uhr, in ihren Bezirkslokalen ein und im fünften Wahlkreis bei Birck, Auguststraße 51, Wittchow, Elsserstraße 68 und Kürbis, Luisenstraße 26.

Genossen! Beteiligt Euch recht zahlreich an dieser Parteiarbeit. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, wird die Arbeit um so schneller und besser von statten gehen. Also: Auf, zum Eintritt in die Landtagswahlbewegung im dritten Wahlkreis!

Liberalismus und Sozialdemokratie in der Kommune.

Für die Stadtverordneten-Ersatzwahl, die im 8. Kommunal-Wahlbezirk (Stadtbezirke 67-74, Teil der Tempelhofer Vorstadt, zum zweiten Reichstags-Wahlkreis gehörig) am 23. Oktober vorzunehmen ist, hatte in der vorigen Woche eine öffentliche Wählerversammlung unseren Genossen Bildhauer Paul Dupont zum Kandidaten der Sozialdemokratie ernannt. Dupont hat jetzt vor den Wählern des 8. Wahlbezirks die Forderungen ediert, die die Sozialdemokratie im roten Hause vertritt und deren Verwirklichung sie dem Liberalismus in hohem Maße Schritt für Schritt abringt. In einer öffentlichen Wählerversammlung, die am Dienstag bei Thema in der Wäckerstraße unter dem Vorsitz des Genossen Berner tagte, sprach Genosse Dupont über „Unsere Kommunalverwaltung“.

Wie die Berliner Kommunalverwaltung ist, weil der Freisinn in ihr das entscheidende Wort zu sprechen hat, und wie sie wäre, wenn auch nur diejenigen Forderungen der Sozialdemokratie in vollem Umfange verwirklicht würden, die schon auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung von einer Kommune verwirklicht werden können — das zeigte Genosse Dupont, indem er einige besonders wichtige Zweige der Gemeindeverwaltung kritisch beleuchtete. Die Leistungen des Freisinn in der Kommune Berlin präsentieren sich als „großartig“, wenn man den Schilderungen glauben will, die der Freisinn selber von seiner „Kommunalverwaltung“ entwirft. Sie sind aber unzulänglich und dürftig, wenn sie gemessen werden an dem, was eine Großstadtkommune leisten soll und leisten kann. Es ist wahr, daß der Liberalismus früher einmal in der Berliner Gemeindeverwaltung den Fortschritt die Bahn gebrochen hat. Doch gegenüber den größeren Aufgaben, die den Kommunen durch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Zeit gestellt sind, erweist sich der Einfluß des Liberalismus, den das Dreiklassenwahlrecht des Stadtparlaments ihm gesichert hat, als eine hemmende Macht. Das im wahren Sinne fortschrittliche Element in der Berliner Kommunalverwaltung ist die Sozialdemokratie geworden, und lediglich ihrem Rufen und Drängen ist zu danken, was die neueste Zeit uns an nennenswerten Reformen gebracht hat.

Sehr überzeugend wies Dupont das nach an den Kämpfen, die die Sozialdemokratie im roten Hause seit einer langen Reihe von Jahren um die Ausgestaltung des Volksschulwesens gegen den Liberalismus zu führen gehabt hat. Die Volksschule liegt ja unseren Genossen im Stadtparlament besonders am Herzen. Sie ist die Schule nicht aller Kreise des Volkes, wie sie es sein sollte, sondern nur der minderbemittelten Volksschichten. Dementsprechend wird sie vom Liberalismus gern als Aschenbrödel behandelt. Im Gesundheitswesen sehen wir beim Stadtfreisinn dieselbe Fähigkeit in der Erfüllung der Pflichten, die die Kommune auf diesem Gebiete hat. Wir haben jetzt das neue Virchow-Krankenhaus, aber ehe wir es bekamen, hat Berlin ein Jahrzehnt hindurch unter einer Krankenhausbaut zu leiden gehabt,

die der Magistrat samt den Vorkämpfern der freisinnigen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung unseren Genossen stets und ständig abzustreiten versuchte. Die Krankenhäuser der Stadt werden ja freilich gleichfalls nur von der minderbemittelten Bevölkerung benutzt. Wie wenig dem Liberalismus das werktätige Volk gilt, das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit in dem Verhalten, das die Stadt ihren eigenen Arbeitern gegenüber für zulässig hält. Dupont kennzeichnete die echt kapitalistischen Grundzüge, die die Verwaltung unserer Stadt für die Behandlung ihrer Arbeiter aufgestellt hat und aufrecht zu halten sucht. Das wenige, was sie ihnen bisher gewährt hat, hat sie gewährt, weil die unermüdete Kritik der von ihr so bitter gehakten sozialdemokratischen „Deber“ sie dazu zwang. Man kann die sozialpolitische Rückständigkeit des Berliner Stadtfreisinn nur dann völlig verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Stadtverordnetenmehrheit sich aus Geldsackvertretern zusammensetzt. Die Rücksicht auf den Geldsack leitet sie, wenn sie über die Frage einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindegewerkschaften, dieselbe Rücksicht ist für sie ausschlaggebend, wenn sie für die bessere Ausgestaltung der kommunalen Einrichtungen, auf die die minderbemittelten Bevölkerungsschichten angewiesen sind, mit kurzer Hand nur das Allernötigste hergibt.

Um so mehr ist es zu wünschen, daß die Zahl der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung immer mehr zunimmt, und daß der zuletzt durch einen Sozialdemokraten betretene 8. Wahlbezirk auch diesmal wieder einen Sozialdemokraten ins rote Haus entsendet. Mit dieser Wohnung schloß unser Wahlkandidat Genosse Dupont, und diese Wohnung lang heraus auch aus den Worten aller Diskussionsredner, die die Ausführungen Duponts in zustimmendem Sinne ergänzten. Leider hatten wir nicht das Verlangen, auch einen Vertreter des Freisinn zu hören; trotz Auforderung meldete sich kein Gegner zum Wort. Der Freisinn liebt nicht die öffentliche Diskussion, er verläßt sich lieber auf die stille Kautalan, bei der ihm seine engen Beziehungen zu den Hausbesitzern wie zu den Kommunalbeamten zu statten kommen. Im 8. Wahlbezirk sind wir keineswegs sicher vor Ueberraschungen durch den Freisinn; das wurde von verschiedenen Rednern warnend betont. Jedem unserer Genossen im 8. Wahlbezirk und überhaupt jedem Wähler, der von der Sozialdemokratie eine Besserung unserer kommunalen Zustände erwartet, erwächst hieraus die Pflicht, am 23. Oktober zur Stelle zu sein und seine Stimme abzugeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Bildhauer Paul Dupont.

Zugunsten der Stadt ist jetzt der bekannte Prozeß mit den Anliegern der Schönhauser Allee in erster Instanz entschieden worden. Die Stadtgemeinde nimmt das Recht in Anspruch, die Anlieger der Schönhauser Allee auf der Strecke von der Oberwallstraße und der Danzigerstraße bis zur Ringbahn zu den Kosten der Regulierung und Entwässerung dieser Straßenstrecke im Betrage von etwa 300 000 M. heranzuziehen. Die Anlieger, die das Recht hierzu bestreiten, haben sich zusammengetan und mit ihrer Vertretung die Rechtsanwältin Justizrat Dr. von Gordon, Bergmann und von Jagow beauftragt. Es sollte zunächst ein Fall zur Entscheidung gebracht werden und das richterliche Urteil sollte dann auch für die anderen Eigentümer maßgebend sein. In diesem Rasterfall, dem des Hauseigentümers Prillwitz, fand am 9. Oktober wieder vor dem Bezirksauswahlschuss ein Termin statt, dem natürlich eine große Zahl von Hausbesitzern der Stadtgegend beiwohnte. Entgegen den Ausführungen der genannten Anliegerischen Vertreter hat in diesem Termine das Verwaltungsgericht mit dem Vertreter der Stadtgemeinde, Magistratsassessor Dr. Licht, für erwiesen erachtet, daß die erwähnte Straßenstrecke im Jahre 1877 noch nicht eine „vorhandene“ im Sinne des Flüchtlingsgesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts gewesen ist, und hat der Stadt das Recht zur Erhebung von Beiträgen zugesprochen.

Die Bautätigkeit

ist in Berlin naturgemäß da am lebhaftesten, wo noch größere Komplexe unbedauten Landes sich vorfinden und wo durch Regulierung neuer Straßen die anliegenden Grundstücke bebauungsfähig gemacht worden sind. Die Stadtteile, die hierfür in Betracht kommen, sind der Osten, der Nordosten, der Norden, der Nordwesten. Nachdem mehrere Jahre hindurch der Osten und der Nordosten weitaus am stärksten an der Bautätigkeit beteiligt gewesen waren, hat die letzte Zeit auch dem Norden und dem Nordwesten wieder eine sehr erhebliche Zahl von Neubauten gebracht. Ein Abbild dieser Entwicklung bietet sich uns in den Angaben über die Bauerlaubnisgesuche, die bei der Verwaltung der Straßenbau-Polizei in den letzten fünf Jahren eingegangen sind. Für ganz Berlin waren es im Jahre 1901 nur 2248, im Jahre 1905 aber 3315, also um ziemlich 50 Proz. mehr. Auf die 8. Bauinspektion, deren Bezirk im Osten und Nordosten der Stadt liegt, entfiel im Jahre 1901 die für damals recht beträchtliche Zahl von 682 Gesuchen, annähernd ein Drittel aller. Ebenso hoch war der Anteil des 8. Inspektionsbezirks in den Jahren 1902 und 1903, wo er mit 919 Gesuchen an der Gesamtzahl 2775 bzw. mit 1027 Gesuchen an der Gesamtzahl 3137, also beide Male mit fast einem Drittel, beteiligt war. Aber im Jahre 1904 trat hier eine Verminderung ein, und im Jahre 1905 entfielen dann auf die 8. Inspektion nur noch 834 Gesuche von überhaupt 3315, also nur noch ein Viertel aller. Dagegen waren aus dem 9. Inspektionsbezirk, dem Norden der Stadt, im Jahre 1901 nur 411 Gesuche eingelaufen, das war noch lange kein Fünftel aller Gesuche aus ganz Berlin. Die Vermehrung der Bauerlaubnisgesuche, die dann in diesem Bezirk eintrat, war so bedeutend, daß er im Jahre 1905 mit 816 Gesuchen an der Gesamtzahl beteiligt war, nahezu so stark wie der 8. Inspektionsbezirk. Ähnlich war die Vermehrung im Bezirk der 10. Bauinspektion, dem Nordwesten der Stadt. Im Jahre 1901 zählte man hier nur 399 Gesuche, im Jahre 1905 aber liefen von hier 716 Gesuche ein, nicht viel weniger als aus dem 8. Inspektionsbezirk. Auf das Gebiet der 9., 9. 10. Inspektion zusammen entfielen im Jahre 1901 nur 1502 Bauerlaubnisgesuche, im Jahre 1905 aber 2366. Dagegen hatte die ganze übrige Stadt, also der Südosten, Süden, Südwesten, Westen samt dem Zentrum im Jahre 1901 nur 746, im Jahre 1905 nur 949 Bauerlaubnisgesuche aufzuweisen, die von der Verwaltung der Straßenbau-Polizei zu bearbeiten waren.

Die Toilettenfrauen der Wäschereilokale kriegen — wie wir in Nr. 227 mitteilten — keinen Lohn, sondern sind lediglich auf Trinkgelber angewiesen und müssen von diesen obenein noch eine Pacht für die Toilette zahlen. Wir sagten, daß die Höhe dieser Pacht sehr verschieden ist und sich wohl nach der Stärke des Verkehrs wie nach der Qualität des Publikums richtet. Als Bei-

spiel führten wir einen Vertrag an, durch den die bedienende Toilettenfrau sich verpflichtet, für die von ihr bediente Toilette pro Monat 65 M. an den „Generalpächter“ Schubring zu zahlen. Herr Schubring hat seinerseits sämtliche Toiletten der Wäschereilokale gepachtet und zahlt hierfür eine Pauschalsumme an die Firma Wschinger. Zugewiesen ist uns mitgeteilt worden, daß in den Wschingerlokalen für die Toiletten noch ganz andere Pachtbeträge als 65 M. pro Monat gezahlt werden. Von verschiedenen Seiten wird uns berichtet, in dem Wschingerischen Ausschank Friedrichstraße Ecke Georgenstraße müsse die Toilettenfrau sogar monatlich 200 M. zahlen, 200 M. im Monat oder 2400 M. im Jahre für die Erlaubnis, den Gästen von Wschinger das Klosett reinigen zu dürfen! Da sind wir wirklich neugierig, zu wissen, was die Toilettenfrau dieses Lokals drüberbehält.

Wie gering manchmal der Reingewinn einer Toilettenfrau bei Wschinger sein kann, davon bekommen wir eine Vorstellung aus den genauen Aufzeichnungen, die herüber in einem Wschingerlokal mit anscheinend nicht sehr lebhaften Verkehr gemacht worden sind. Die Pacht betrug hier „nur“ 40 M. pro Monat, aber die Trinkgelber flossen spärlich. Eine Frau, die sich sonst mit der Nadel ernährte, hatte in der „stillen Zeit“ ihrer Branche nicht feiern wollen und war dann Herrn Schubring in die Hände geraten. Ihre Einnahmen bei Wschinger stellten sich bald als so gering heraus, daß ihr die Augen übergingen. In einem ganzen Monat hatte sie 73.50 M. Trinkgelber. Dafür waren pränumerando 40 M. Pacht gezahlt worden, auch hatte sie alle Materialien (Papier, Handtücher, Seife) samt den sonst noch erforderlichen Toilettengegenständen vertragsgemäß aus eigener Tasche geliefert. Für den Betrag, den sie darüber behielt, hatte sie Tag für Tag, Sonntags wie Wochentags, von mittags 2 Uhr bis „Schluß des Lokals“ in ihrem eigenen Käfig gesessen. Das Tollste ist, daß Herr Sch. noch vor Ablauf der ersten Woche ihr mitteilte, vom zweiten Monat ab erhöhe er die Pacht auf 45 M. Die Frau zog es vor, nach Ablauf des ersten Monats sich anderen Erwerb zu suchen. Sie war um eine Erfahrung reicher geworden. Sch. soll übrigens damals für sämtliche Toiletten die Pacht erhöht haben. Er war offenbar der Ansicht, daß die Frauen noch viel zu viel verdienten.

Von den Käfigen, in denen die bedienenden Frauen sitzen müssen, ist einer ausgemessen worden. Die betreffende Frau hat Maße herausbekommen, über die mancher den Kopf schütteln wird: 158 Zentimeter Länge, 120 Zentimeter Breite, 224 Zentimeter Höhe — das würde 4/5 Kubikmeter Luftraum ausmachen. In diesem Käfig hat sie täglich von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachts aushalten müssen. („Umherstehen im Lokal“ ist durch Vertrag verboten.) Bemerkenswert ist auch, daß den Frauen kein einziger Ruhetag im Jahre gewährt wird. Sie sind ja nicht Angestellte, sondern „Pächterinnen“, also sozusagen „selbständige Unternehmerinnen“. Wollen sie mal einen freien Tag haben, so müssen sie Vertretung beschaffen, die sie selber bezahlen. Nebenbei bemerkt: auch Essen kriegen sie bei Wschinger nicht etwa umsonst. Was sie nicht mitbringen, müssen sie bezahlen.

Wer möchte nach all dem noch bezweifeln, daß es eine „be-neidenswerte“ Stellung ist, Toilettenfrau bei Wschinger zu sein?

Warnung vor einem Kollortageroman. Der „Modern populäre Verlag“ macht gegenwärtig in der Presse, speziell der Arbeiterpresse, kolossale Reklame für einen Roman „Der Weltstreif“, der in der Zeitschrift „Das Leben“ erscheint. Auch im „Vorwärts“ ist vor einigen Tagen eine Annonce dieses Verlages veröffentlicht worden, in der das Opus als sensationeller sozialer Roman angepriesen wird. Außerdem verweist der Verlag Zirkulare, in denen er behauptet, daß die Vorwärts-Buchhandlung mit Anfang dieses Monats eine rege Tätigkeit für die Zeitschrift „Das Leben“ entwickeln werde. Es versteht sich von selbst, daß es dem Vorwärts-Verlag nicht eingefallen ist, dem „Modern populären Verlag“ eine derartige Zusage zu machen, zumal schon die Ankündigung des Romans „Der Weltstreif“ Mißtrauen erwecken muß. Wie sehr dies Mißtrauen berechtigt war, beweist uns die Nr. 40 der Zeitschrift „Das Leben“, in der mit dem Abdruck des sensationellen sozialen Romans „Der Weltstreif“ begonnen wird. Der Verfasser dieses Romans ist so vorichtig gewesen, seinen Namen zu verschweigen. Die Lektüre des veröffentlichten Teiles beweist, daß man es mit einem literarisch durchaus wertlosen Nachwerk zu tun hat, das den Titel eines sozialen Romans in keiner Weise verdient. Wir möchten deshalb die Arbeiter davor warnen, sich durch den Titel des Opus zu einem Abonnement auf die Zeitschrift „Das Leben“ verleiten zu lassen.

Sum Dach abgeführt. Ein Opfer seines Berufes wurde gestern der Zimmerer Schmitter aus Schöneberg. Er war auf dem Dache eines Neubaus in der Schönebergerstraße beschäftigt und wurde beim Verlegen von Balken nach dem Dachrand zu gedrängt. Er verlor infolgedessen das Gleichgewicht und fiel vom Dache herunter. Der Verunglückte zog sich schwere innere Verletzungen und Schenkelbrüche zu. Er wurde in das Krankenhaus eingeliefert, wo man an seinem Auskommen zweifelt.

Zwei Knaben unter Kohlen begraben. Zur Warnung für Schulkinder sollte ein Unglücksfall dienen, bei dem vorgestern zwei Knaben im Alter von sieben und neun Jahren schwer verletzt wurden. Die beiden waren am Kolthofer Damm unvorsichtigerweise dicht hinter einem Kohlenwagen hergelaufen; plötzlich riß die Spannweite, die das hintere Schuttbrett befestigte, das Brett löste sich infolgedessen und die Ladung stürzte vom Wagen herab. Beide Knaben wurden unter den Kohlenmassen begraben und mußte durch hinzueilende Passanten aus ihrer schrecklichen Lage befreit werden. Sie hatten erhebliche Verletzungen sowie Querschunden erlitten und erhielten die erste ärztliche Hilfe auf der Unfallstation in der Steinwegstraße.

Aus Nahrungssorgen in den Tod gegangen ist der 41jährige Arbeiter Paul Sch. aus der Fuldstraße 8. Sch. hand völlig allein da und war seit längerer Zeit arbeitslos, wodurch er in die größte Notlage geriet. Er wußte schließlich keinen anderen Ausweg, als sich das Leben zu nehmen. Gestern erhängte sich der Bedauernswerte an seiner Stubentür.

Beim Biljesuchen totgefahren wurde vorgestern ein unbekannter Berliner in der Nähe der Militärschießstände bei Gangelberg. Der Unglückliche war dorthin gefahren, um Bilje sammeln und beim Ueberschreiten der Eisenbahnstrecke wurde er von einem heranziehenden Güterzug erfaßt und überfahren. Der Oberkörper wurde in zwei Teile getrennt und ein Arm abgefahren. Neben der Leiche wurde eine mit Biljen angefüllte Ledertasche gefunden. Die Ledertasche enthielt ein Retourbillet nach Berlin. Der Tote zählte etwa 40 Jahre, trug blonden Schurrebart und gehörte seiner Kleidung nach den besseren Ständen an.

Zwei schwere Zusammenstöße verschiedener Fuhrwerke, bei denen mehrere Personen verletzt wurden, werden uns vom gestrigen Tage gemeldet. Gestern nachmittags gegen 4 1/2 Uhr bog ein Arbeitswagen der Firma Bergmann, Schönhauser Allee 67, aus der Wegerecke kommend, in die Weichenburgerstraße ein und krouete dabei unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen Nr. 1221 der Linie 68 das Gleis. Der schwere Lastwagen rief gegen die Vorderplattform des Motorwagens, welche vollständig zertrümmert wurde. Der Fahrer des Arbeitswagens, Wilhelm Wroß, und der Fahrführer Albert Reisch, wurden auf des Straßenpflaster geschleudert. Der erstere erlitt eine stark blutende Kopfverletzung und M. anscheinend innere Verletzungen. Beide wurden nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht. — Ein schwerer Zusammenstoß eines

Wienwagen mit einem Kraftwagen fand in Weiskes an der Ecke der Königs-Chaussee und Wörberstraße statt. Der Elektromotorwagen fuhr kreuzförmig gegen den Kraftwagen, an welchem die Seitenbäume zerbrochen wurden. Der Vierfahrer stürzte wurde vom Bod geschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus übergeführt.

Feuer auf dem Zentralviehhof alarmierte Dienstagabend um 9 Uhr die Feuerwehr. Als diese an der Brandstelle ankam, stand ein Schuppen auf dem Viehhof in Flammen. Um diese zu löschen, nahm der 7. Zug mehrere Schlauchleitungen vor, und es gelang, durch kräftiges Wassergeben eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Die Entstehung des Brandes wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Ein Revolverattentat wurde gestern von einem jahnärztlichen Praktikanten auf seinen Chefarzt verübt. Der in der Zahnklinik Brunnstraße 138 tätige Praktikant Windler gab gestern vormittag auf den leitenden Arzt Dr. dent. surg. Fischer zwei Revolverkugeln ab, wodurch dieser schwer verletzt wurde. Der aus Warschau stammende 24 Jahre alte Windler wurde verhaftet. Veranlassung zu dem Ausschuss erregenden Attentat gab die Weigerung des Verletzten, dem Praktikanten ein Zeugnis über dessen Tätigkeit in der Klinik auszustellen.

Dr. Fischer ist schwer verletzt und mußte nach Anlegung eines Notverbandes in das Jüdische Krankenhaus gebracht werden.

Die Ballonverfolgung durch Automobile.

Gestern nahmen die aeronautischen Veranstaltungen des Berliner Vereins für Luftschiffahrt aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens mit einer Ballonverfolgung durch Automobile ihren Anfang. Es stiegen bei der Kaserne des Luftschiffer-Bataillons in der Jungfernhöhe am Schießplatz Tegel vier vom Luftschiffer-Bataillon gestellte Ballons auf, die durch 17 Automobile des freiwilligen Automobil-Korps verfolgt wurden. Es waren je einem Ballon vier resp. fünf Automobile mit gleichfarbigen Flaggen zuerteilt. Das Automobil, das 30 Minuten nach erfolgter Landung des Ballons zur Stelle ist, gilt als Sieger, anderenfalls der Ballon.

Natürlich werden, wie immer bei solchen Veranstaltungen, schon Unfälle gemeldet. Schon vor Beginn der Wettfahrt wurde der Hauptmann Hildebrandt von einem Unfall betroffen. Er wurde vor Beginn der Wettfahrt von einem Dreifachautomobil vor der Kaserne des Luftschiffer-Bataillons überfahren und erlitt einen Bruch des linken Mittelfußes. Hauptmann Hildebrandt leitete trotzdem den Aufstieg der Ballons bis zum Schluß und begab sich ab dann mittels Automobils nach seiner Wohnung.

Ein anderer Unfall betrifft die Insassen des Wagens von einem Herrn Sieke-Hannover. In der zweiten Nachmittagsstunde geriet sein Automobil am Schloß Tegel infolge der Glätte der Chaussee in den Graben und schlug mit großer Wucht gegen einen Strauchbaum, so daß die fünf Insassen in den Graben flogen und der Wagen zertrümmert wurde. Der Kaufmann Karl Hinze aus der Krausenstr. 2 wurde schwer, der Führer des Wagens, Gustav Brandt aus Hannover, leichter verletzt; die übrigen drei Herren kamen mit unzerbrochenen Quetschungen davon.

Zu rekonstruieren. Am 6. d. Mts. wurde auf einer Bank auf dem Alexanderplatz eine etwa 40 Jahre alte unbekannte Frauensperson tot aufgefunden. Dieselbe ist 1,70 Meter groß, schlank, hat rundes Gesicht, blondes Haar und ist bekleidet mit braunem Umhangtuch, braunem Rock, einem schwarzen, einem braungestreiften, einem roten und einem grauweißgestreiften Unterrock, schwarzen Strümpfen, roten Hülshühen, blau und weiß gestreiften wollener Mäse, weißem Hemd, blauem Korsett mit Spitzen. Zweckdienliche Angaben über die Person der im Leichenhause befindlichen Toten nimmt jedes Polizeirevier und Zimmer 321 des Polizeipräsidiums entgegen zu Nr. 7515 11/41. 06.

Feuerbericht. Ein gefährlicher Brand kam gestern in der Dinnstraße 242 in einem Treppenraum zum Ausbruch; Hölzer brannten und der 1. Löszug mußte energisch vorgehen, um die Flammen, die schon eine große Ausdehnung erlangt hatten, zu löschen. Ganz in der Nähe, in der Dragonerstraße 6a, brannten Dreifachlöcher im Keller und in der Dinnstraße 45 Kalktraben usw. Nach der Neuen Hochstraße wurde die Wehr gerufen, um ein Feuer zu löschen, das in einer chemischen Waschanstalt ausgebrochen war. Kleider und anderes brannten dort. In der Wriezenerstraße 7 brannten Hobelpläne in einer Tischlerei, und Lampen usw. im 1. Stock des Quergebäudes Lindenstraße 23. Außerdem liefen noch Alarme aus der Pöhlstraße 42, Fischerstraße 33 (Nahrungsmittelamt) und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Die letzte Generalversammlung befand sich mit der Feststellung des Bauplanes für das an der Ringbahn gelegene, der Terraingesellschaft Berlin-Südwesten gehörige Gelände. Das Gelände, auf dem ein neues Villenort entstehen soll, wird von zwei schrägen Straßen, der Wriezenerstraße und der Straße Südwesttorf durchschnitten. Außerdem entstehen noch drei große Anlagen, der Räderheimer, Wiesbadener und Homburger Platz. Einem Vertrage mit der Berliner Wohnungsgesellschaft, wonach dieselbe das erforderliche Straßengelände am Ostober Platz zum Preise von 250 M. für die Quadratrute abtritt, wurde zugestimmt. Auch wurde die Vorlage betreffend die Verlängerung der Straßenbahnlinien 89 und 90 bis nach Charlottenburg hinein aufzuheben und für die durch das Verhalten der Großen Berliner Herborgerufenen Differenzen ein Schiedsgericht zu berufen, angenommen. Des weiteren wurden 10 000 M. zu den Vorarbeiten für den Bau von Schnellbahnen, durch die ein Verkehr nach dem Stadtinnern Berlins geschaffen werden soll, bereit gestellt.

Die nächste Gemeindevertretung wird sich wahrscheinlich mit einem Antrag beschäftigen, der von der Gemeindeverwaltung die Einrichtung von Automobilomnibuslinien fordert.

Sankwitz.

Die Gemeindevertretung beschloß in der letzten Sitzung die Aufnahme einer Anleihe von einer Million Mark bei der Kreisparlatie des Kreises Teltow zu einem Zinssatz von 4 Proz. und 1 Proz. Amortisation. Die Anleihe soll namentlich für das im Bau begriffene Realgymnasium und für Gemeindebauarbeiten verwendet werden.

Rummelsburg.

Verdächtige ist seit dem 3. d. M. aus der ertlichen Wohnung der Mechanikerlehrling Erich Jierath. Derselbe ist 18 Jahre alt und war bekleidet mit grünem Ledenhut, grauer Joppe, schwarzer Stummgarnhose und grau gestreiftem Serviteur mit Kragen. Etwas Angaben über den Verbleib des Verdächtigten sind an die Eltern N. Jierath, Türschmidstr. 16, oder an das nächste Polizeirevier zu machen.

Weiskessee.

Trotz der Wertwachsteuer geht der Umsatz von Grundstücken flau von statten. Gerade die Einführung dieser Steuer wird es ermöglichen, den Kommunalzuschlag schon im nächsten Jahre herabzusetzen. Die hiesige Rennbahn ist mit einer Million Mark Gewinn an eine Aktiengesellschaft verkauft worden. Im Jahre 1903 ist das Terrain für 850 000 Mark erstanden worden, während es jetzt für 1 800 000 Mark verkauft wurde.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Antriebswagen der Firma Gabriel u. Richter erfolgte am Dienstag auf der Königs-Chaussee. Durch den Anprall wurde der Fahrer des Antriebswagens, Jähndle, vom Bod geschleudert und schwer verletzt, während am Motorwagen eine Fensterscheibe zerbrochen wurde. Der

Verunglückte mußte in bedenklichem Zustande nach dem hiesigen Krankenhaus übergeführt werden.

Die heutige Gemeindevertretung wird sich wiederum mit der Anstellung eines Tiefbauarbeiters beschäftigen. Um diese Stelle sind 42 Bewerbungen eingelaufen, von denen Stadtbauinspektor Paschedag aus Nixdorf die größte Aussicht haben dürfte, gewählt zu werden.

Gemeindevertreterwahl für den alten Ortsteil findet am Dienstag, den 16. Oktober, von 5—8 Uhr nachmittags statt. Die Sozialdemokratie hat den Genossen Rauer Gustav Bloch aufgestellt, während vermutlich die Gegner den Gärtnerbesitzer Kriedemann in Vorschlag bringen.

Pantow.

Nach Festlegung verschiedener Änderungen der Baufluchtlinien einzelner Terraingesellschaften wurden die Mittel zur Herstellung der Wasserleitung nach dem Gymnasialgrundstücke bewilligt, desgleichen die Mittel für die Verteilung eines Hauptentwässerungsgrabens auf dem Miesefeld; bei der Angelegenheit dieser Entwässerung sind fernerzeit folgende Berechnungen bei der Festlegung der Zpunkte gemacht worden; dieser Spatz kostet der Gemeinde 3000 M. Die Berliner Kanalisationsverwaltung will zwei große Druckrohre durch Pantower Gemeindegebiet legen, um bei dem einen Rohre Schwierigkeiten mit Weiskessee aus dem Wege zu gehen. Die Genehmigung wird mit der Motivierung gegeben, daß die Gemeindeinteressen Berlins und Pantows derartige sind, daß eine Gemeinde der anderen entgegenkommen muß. — Die im Etat vorgezeichneten Parochiallasten in Höhe von 8300 M. sind um 3494 M. überschritten worden, es wird beantragt, diese Staatsüberschreitung zu bewilligen. Bürgermeister Aufrat bemerkt hierzu, daß es fraglich sei, ob die Gemeinde rechtlich verpflichtet ist, die Parochiallasten zu tragen und stellt den Antrag, im nächsten Etatsjahre den ganzen Titel zu streichen. Genosse Freiwaldt gibt seiner Zustimmung Ausdruck, daß die Sozialdemokraten bei allen Etatsberatungen der Gemeinde Pantow diese Auffassung stets vertreten haben und beantragt, auch die Staatsüberschreitung nicht zu bewilligen. Nach längerer Debatte, in welcher hervorgehoben wird, daß dann die Kirchensteuererlöse steigen und seiner mehr nach Pantow ziehen würde, wird die Staatsüberschreitung genehmigt.

Der Antrag, im nächsten Etatsjahre den Titel „Parochiallasten“ zu streichen, wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Nach Bewilligung einiger Staatsüberschreitungen werden die Preise für die im Krankenhaus zu verabsolgebenden Wäber festgelegt, desgleichen die der medico-mechanischen Behandlung. Bei der Festlegung der Preise für Desinfektion wird von der Sozialdemokratie beantragt, daß denjenigen, welche nicht instande sind, die im Interesse der allgemeinen Hygiene vorzunehmende Desinfektion zu zahlen, es nicht als Armenunterstützung anzurechnen. Derselbe wird angenommen. Von unseren Genossen wurde fernerzeit der frühere Kanalisationsdeputierten angegriffen, ohne festgelegten Titel in der Schloßstraße einen Tageswasserkanal gelegt und gleichzeitig die Erhöhung der Schloßstraße vorgenommen zu haben, der Antrag befaßt ferner, den Betreffenden privatrechtlich verantwortlich zu machen. Die Untersuchung hat ergeben, daß für die Umlegung der Kanalisationsrohre zwölftausend Mark aufgeworfen waren. Die Erhöhung der Schloßstraße und das Verlegen der Vorgartengitter war weder vorgeesehen noch beschlossen worden. Die oben genannten 12 000 M. sind laut Kommissionsbeschluss zur Einräumung der an beiden Seiten gelegenen Gräben verwendet worden; also nicht zu den ursprünglichen Zwecken. Diese selbstherrliche Bestimmung kostet der Gemeinde 24 000 M., so daß noch 12 000 M. zu decken sind. Genosse Freiwaldt konstatiert die Richtigkeit seiner Behauptungen. Die Vertretung beschließt, die noch fehlenden 12 000 M. nachzubewilligen.

Bernau.

Nach langem Bemühen ist es dem Transportarbeiterverband gelungen, auch die Bier-, Expeditions-, Last- und Geschäftsführer zum Teil für die Organisation zu gewinnen. Damit sich die Bernauer Arbeiterkraft über die Organisationszugehörigkeit orientieren kann, sind braune Karten herausgegeben worden. Wer nicht im Besitze dieser Karte ist, ist nicht organisiert; auch muß dieselbe jeden Monat abgestempelt sein, nicht abgestempelte Karten haben keine Gültigkeit.

Gerichts-Zeitung.

Der Unteroffizier ohne Treffen!

Einer großen Gefahr ist das in Dieuze im Elsaß stationierte Unter-Eisässische Infanterieregiment Nr. 138 soeben noch mit knapper Not entgangen, nämlich der Gefahr, sozialistisch verneut zu werden. Unsere Militär der heutigen Schablone müssen stark werden vor Säreden, wenn sie erfahren, daß das genannte Regiment einen leidhaftigen Sozialdemokraten zum Unteroffizier befördert hat. Daß dieser ungebildete „Stellvertreter Gottes“ aber trotz seiner Beförderung die Treffen nicht bekam, dies Verdienst kann das militärische Deutschland der braven Polizeibehörde in Dortmund auf Konto schreiben, derselben staatsdretterischen Polizei, unter dem Regime des „liberalen“ Herrn Schmieding, die ja im Kampfe gegen die Hydra Sozialismus schon so mancherlei humoristisches Material geliefert hat. Die nicht nur interessante, sondern auch recht lehrreiche Advancementangelegenheit verhält sich folgendermaßen:

Bei der 7. Kompanie des genannten Regiments waren vom 4. bis zum 24. vorigen Monats Reservisten zu einer Übung eingezogen. Unter ihnen befand sich auch der als Unteroffiziers-Aspirant entlassene Gefreite M., der im bürgerlichen Leben dem schlichten Berufe eines Formers nachgeht. Nun ist es üblich, den gewählten Soldaten ist das nichts Neues, daß die mit dem Präbikat „Unteroffizier-Aspirant“ entlassenen Reservisten bei der nächsten Übung, falls sie dienstlich und moralisch einwandfrei dastehen, zum Unteroffizier befördert werden. In dieser Situation befand sich auch der Gefreite M. Am Tage vor der Entlassung, Sonntag den 23. September zum Mittag gab der diensttuende Feldwebel in der üblichen Form bekannt, daß der Gefreite M. laut Regimentsbefehl zum Unteroffizier befördert sei. Der Herr Feldwebel gratulierte, die übrigen Unteroffiziere folgten dem Beispiel. So weit war alles gut und schön. Einige Stunden später wurde der neue „Herr Unteroffizier“ zum Feldwebel bestellt, der dem seine neue Würde mit größter Seelenruhe Ertragenden dann die Frage vorlegte: „Ob er wohl früher in Dortmund im sozialdemokratischen Verein gewesen sei?“ Der also Ueberraschte bejahte die Frage, worauf der Feldwebel nichts weiter als „Na, es ist gut“ erwiderte. Der junge „Stellvertreter Gottes“ glaubte aber zu bemerken, daß die Worte erheblich lauter klangen, wie einige Stunden vorher die Gratulation aus demselben Munde. Anderen Tages bei der Entlassung, als die übrigen Reservisten ihre Pässe erhielten, konnte der junge Unteroffizier ohne Paß in die Heimat reisen, sein Paß solle ihm nachgeschickt werden, bemerkte der Feldwebel. Der Paß ist nun nachträglich zwar eingetroffen, aber es fehlt die Beförderungsurkunde! Ist der Mann nun Unteroffizier oder ist er immer noch Aspirant? —

Mutter und Sohn.

Ein kaum glaubliches Sittenbild kam in einer Verhandlung zur Sprache, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II stattfand. Wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 173 Str.-G.-B. war die 76-jährige Witwe Karoline Franke und deren Sohn, der 40-jährige Arbeiter Friedrich Franke, angeklagt. Den beiden Angeklagten wurde zur Last gelegt, seit dem Jahre 1902 miteinander in fräglichem Verkehre gehandelt zu haben. Dieser Verirrung ist durch die eigene Ehefrau des Angeklagten Friedrich Franke zur Kenntnis der Behörde ge-

kommen. Dieser Angeklagte ist seit mehreren Jahren verheiratet und Vater dreier Kinder. In der Ehe kam es häufig zu allerlei Mißlichkeiten, die vor kurzer Zeit zu einem offenen Bruch führten. Frau F. ließ in ihrer Erregung hierüber zur Polizei und machte Mitteilung von dem eigenartigen Verhältnis ihres Ehemannes zu seiner 70-jährigen Mutter. Die Behörde stellte weitere Ermittlungen an, die schließlich zu der Verhaftung der beiden Angeklagten führte. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, erbrachte die Feststellung, daß tatsächlich wiederholt ein derartiger Verkehr, insbesondere am 18. Dezember 1902, stattgefunden hatte. Das Gericht erkannte gegen die Frau F. auf die nach § 173 für sie zulässige niedrige Strafe von einem Jahre Zuchthaus, gegen Friedrich F. auf die höchste zulässige Strafe von zwei Jahren Gefängnis.

Unfittliche Zumutungen.

Inkonstantes Verhalten gegenüber einem bei ihm arbeitenden jungen Mädchen hat dem Kaufmann Max Baumann eine Anklage wegen Beleidigung zugezogen, die gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Der Angeklagte betreibt in der Neuen Hofstraße ein Geschäft mit Photographien, Postkarten und dergleichen. Bei ihm sind mehrere junge Mädchen mit Retouchieren von Photographien, Abtönen photographischer Bilder usw. beschäftigt. Eines dieser jungen Mädchen, das erst 17 Jahre alt ist, wurde von ihm wiederholt durch unfittliche Redensarten und unfittliche Berührungen belästigt, die sich das Mädchen entschieden verbat. Sie vertraute sich zunächst nicht, zu Hause davon Mitteilung zu machen, sondern beschränkte sich darauf, den Angeklagten zurückzuweisen. Dieser ließ aber in seinen unfittlichen Attäden nicht nach. Um das Mädchen aufzurufen und seinen Wünschen gefügiger zu machen, stellte er sich eines Tages dicht neben sie und nahm eine Reihe höchst unfittlicher Bilder in Augenschein, so daß auch das Mädchen, dem noch zugemutet wurde, sie zu übermalen, sie wohl oder übel sehen mußte. Nunmehr teilte das Mädchen der Mutter diese Vorwommisse mit. Die Mutter nahm sie sofort aus der Beschäftigung beim Angeklagten heraus und der Vormund stellte den Strafantrag. Das Schöffengericht hatte bezüglich der unfittlichen Redensarten und Berührungen den Antrag für verspätet erachtet und deshalb nur wegen der Beleidigung durch die unzüchtigen Bilder auf 100 Mark Geldstrafe erkannt. Hiergegen war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Der Staatsanwalt beantragte gestern vier Wochen Gefängnis. Rechtsanwalt Hahn berief sich auf den Art. des Angeklagten, um zu beweisen, daß letzterer infolge nervöser Erkrankung ein geistig minderwertiger Mensch sei. Das Gericht unterstellte dies als wahr, vertrat aber dennoch mit dem Staatsanwalt die Ansicht, daß die vom Schöffengericht erkannte Strafe zu gering sei. Der Angeklagte, der sich in einer autoritativen Stellung dem Mädchen gegenüber befunden, sei mit seinen unfittlichen Attäden ganz systematisch vorgegangen. Ein solch gemeingefährliches Beginnen könne nicht leicht hin genommen werden. Eltern und Vormünder, die im Vertrauen darauf, daß der Sittlichkeit ihrer Kinder kein Schaden zugefügt werde, ihre Kinder bezw. Mündel in Geschäfte geben, dürfen in ihrem Vertrauen nicht in dieser Weise getäuscht werden. Nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte infolge seiner Nervosität seinen Künsten und Sinnlichkeitsgefühlen nicht so mag entgegen wirken können, wie ein normaler Mensch, hat — wie der Vorsitzende verkündete — das Gericht nur auf zwei Wochen Gefängnis erkannt.

Ademisch gebildete Rowdys.

In der Nacht vom 30. Oktober 1906, um 2 Uhr, fuhr der Unternehmer Hippold mit seiner Frau in einer Droschke von Halensee bei Berlin nach seiner Wohnung in Schmargendorf. Als hier H. die Fahrt bezahlte, ging seine Frau einige Schritte voraus. Der Student Müller, der mit den beiden anderen Angeklagten und Studenten aus dem Katscherer kam — die Studenten hatten selbst „Lamen“ bei sich — folgte nun der Frau Hippold, sagte sie um den Hals und wollte sie an sich ziehen. Der hinzueilende Ehemann verbat sich ein solches Benehmen mit dem ausdrücklichen Bemerkung, daß die Dame seine Frau sei. Da kam er aber bei den drei „ademisch gebildeten“ jungen Leuten schon an. „Was will der Laufjunge?“ schrie Müller, und schlug mit seinem Stocke auf Hippold ein. Als der Angeklagte sich zur Wehr setzen wollte, entriß man ihm seinen Stock, warf ihn zu Boden und alle drei „Ademiker“ prügelten nun auf den Wehrlosen los. Damit nicht genug. Der eine dieser Rowdys noch mit einem Stocke, die beiden anderen prügelten mit ihren Spazierstöden nicht nur den Mann, sondern auch die Frau, die die Hände schützend über den Kopf ihres Mannes hielt und fortwährend schrie, doch von ihrem Rame abzulassen, sie hätten keine Kinder zu Hause. Aber diese drei rohen Vurschen ließen erst von dem gefährlich verletzten Ehemann ab, als dieser laut um Hilfe rief. Das Landgericht Berlin II verurteilte am 20. Februar 1908 wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung Müller und Freund zu je 10 Monaten und Bedere zu 6 Monaten Gefängnis.

Dies erschien den drei jungen Herren zu viel Strafe für ihre Tapferkeit. Sie legten Revision beim Reichsgericht ein. Ihr Verteidiger begründete die Revision unter anderem so: Der Vorderer habe die Persönlichkeiten der jungen Leute nicht genügend gewürdigt. Sie seien aus den besten sozialen Familienkreisen und deshalb könnten die Angeklagten eine solche, allerdings nicht zu entschuldigende Tat, nur in sinnloser Betrunkenheit verübt haben.

Der II. Strafsenat des Reichsgerichts vertwarf am Dienstag aber die Revision der drei jungen Leute „aus den besten sozialen Familienkreisen“. Es bleibt also bei dem Urteil.

Verfälschung und Vereinsgesetz.

Die Arbeiter des Engelswerks bei Eberfeld waren zusammenberufen worden durch eine vom Verbandsbeamten Sandler hergestellte und ausgegebene Einladung, welche als Gegenstand der Verhandlung aufgeführt: Organisations- und Unterstützungsfragen. Sandler erschien nicht in der Versammlung, dagegen die Vertrauensleute Did, Storsberg, Groß und Orsick, welche als Redner auftraten. Es wurden Mißstände des Engelswerks, also interne Angelegenheiten der Versammlung besprochen, außerdem forderten aber die Redner auch zum Anschluß an den Metallarbeiterverband auf. Demnach wurden auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagt Sandler als „Unternehmer“ und die vier genannten Vertrauensleute als Redner emer Versammlung, die öffentliche Angelegenheiten erörtert sollte und erörtert habe, und die deshalb der Polizei hätte angemeldet werden müssen, aber nicht angemeldet worden sei. — Die Angeklagten bestritten, strafbar zu sein. Es wären gar keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert worden. — Man habe nur private Angelegenheiten der Arbeiter des Engelswerks besprochen; die Frage der Ueberstunden und die des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter bei Verwendung von Strafgebern. Die Aufforderung zur Organisation sei nur nebenbei erfolgt. — Sandler insbesondere machte noch geltend, daß er nicht als Einberufer beziehungsweise Unternehmer der Versammlung gelten könne. Er sei gar nicht dort gewesen und habe die Zettel nur im Auftrage der Arbeiter des Engelswerks herstellen lassen.

Das Landgericht Eberfeld als Berufungsinstanz verurteilte jedoch sämtliche Angeklagte zu Geldstrafen. Es nahm an, daß es sich doch um eine Versammlung mit dem Zwecke der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten handelte. Auf der Einladung seien schon „Organisationsfragen“ genannt worden und in der Versammlung selbst habe jeder Redner den Beitritt zum Metallarbeiterverband empfohlen. Dieser bezwecke aber eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Somit sei anzunehmen, es habe eine Erörterung solcher Angelegenheiten stattgefunden, denn es beruhe erheblich soziale Interessen, wenn der Anschluß an den Metallarbeiterverband als notwendig hingestellt werde. — Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision mit der Begründung, daß die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts ausreichen, eine Versammlung im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes anzunehmen. Auch sei Sandler mit Recht als Unter-

wehmer der Versammlung behandelt worden. Daß er in der Versammlung nicht anwesend war, sei unerheblich.

Dieses landgerichtliche und kammergerichtliche Urteil widerspricht dem Gesetz. Wäre es guttätig, so müßten beispielsweise sämtliche Richter, Staatsanwälte, Beamte, konservative Handwerker angeklagt werden, die ohne polizeiliche Anmeldung am Viechtich den Beitritt zu dem Juristenverein, in die Kriminalistische Vereinigung, in einen Arbeiterverein oder dergleichen für wünschenswert erklärt haben. Denn alle diese Vereine bezwecken Einwirkungen auf öffentliche Angelegenheiten. Oder ist in Preußen mit zweierlei Maß das Recht des Arbeiters und des Richterarbeiters zu messen? Wir können nur dringend empfehlen, unbekümmert um die mitgeteilte Entscheidung, jede Gelegenheit zu benutzen, um zum Beitritt in gewerkschaftliche und politische Organisationen aufzufordern.

Grober Unfug?

Grober Unfug durch Verspottung eines kirchlichen Begräbnisses und eines Kirchenliedes wurde dem Lehrling Eisemann und zwei anderen ebenfalls noch nicht 18 Jahre alten Leuten Namens Goldhart und Richter in Steun zur Last gelegt. Das Landgericht Widau hat sie für schuldig erkannt und am 15. Mai jeden von ihnen zu 3 Wochen Haft verurteilt. In einer vielbesetzten Wirtschaft verkehrte ein geistig beschränkter Kantoffelmacher W., der sich von den Gästen kanzeln läßt. Einer der jungen Leute machte den Vorschlag, W. zu begraben. Der Mann wurde angepöbel, auf den Boden gelegt und mit Zeitungspapier bedeckt. Dann nahmen die Anwesenden Kerzen in die Hand und sangen „Jesus meine Zuversicht“ sowie einen anderen Choral. Richter hielt eine Predigt. Im Zimmer war viel Lärm, Klaviermusik, Mundharmonikamusik und Geschrei. Später wurde das Begräbnis wiederholt, wobei Goldhart den Choral „Jesus meine Zuversicht“ mit parodistischem Text sang und Eisemann eine Rede hielt. Eine Verhöhnung der Kirche hat das Gericht nicht angenommen, sondern nur groben Unfug. — Auf die Revision der Angeklagten Eisemann und Goldhart (Richter hat sich bei dem Urteile beruhigt) hob am Dienstag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, soweit die beiden Beschwerdeführer in Frage kommen. Aus den festgestellten Tatsachen ergibt sich nicht, daß durch die Handlungen der Angeklagten der Bestand der öffentlichen Ordnung unmittelbar gefährdet werden konnte. Die dem Urteil beigegebene Begründung erweckt den Verdacht, daß das Gericht schon in der Verletzung des sittlichen und religiösen Empfindens der Anwesenden allein die Gefährdung der öffentlichen Ordnung erblickt hat. Das würde aber als ein Rechtsirrtum anzusehen sein.

Durch Holen eines Topfes Wasser der Sabbat geschändet?

Die berechtigten Verformungsverordnungen erfahren allmählich durch Gerichte eine Auslegung, die manche Anklagebehörde dazu anreizt, in der Auslegung der Sabbatsruhe noch über die rabulistischen Auslegungen der alttestamentarischen Sabbatsruhe hinauszuweisen. Der Kammergerichtsrat Pavonstein legte noch durch, daß die Verformungsverordnungen, als dem Gesetz widersprechend, zum größten Teile für ungültig erklärt wurden. Er wurde darauf gegen seinen Wunsch der Tätigkeit als Strafrichter entbunden. Seitdem hat das Kammergericht den Verformungsverordnungen einen immer größeren Wirkungskreis zugesprochen — freilich nur so weit Arbeiter in Betracht kamen. Es sind im Gegensatz zu früher hier und da von diesem Gerichte, in dessen Ratssaal der alte Feind des Gemäls eines wegen ungerechten Richterpruchs geschundenen Richters zur Warnung aufhängen ließ, Urteile als nicht auf Rechtsirrtum beruhend“ befähigt, die es fertig brachten, das Tragen von Flugblattpapeten und Verteilen von Flugblättern in Häusern als „öffentlich bemerkbare Arbeit“ tatsächlich festzustellen. Dasselbe Kammergericht erachtete freilich das Tragen eines je nach schwereren Gesangsbuches oder Altentafels sowie das Tragen eines hundertmal schwereren Jagdgewehrs und das Schießen mit demselben mit Recht nicht als Arbeit. Kein Wunder, daß bei dieser dem Begriff einer Arbeit widersprechenden Auslegung Anklagebehörden allmählich auf eine Auslegung kamen, die der frommer Juden gleicht. Bekanntlich enthalten sehr fromme Juden sich jeder Tätigkeit am Sabbat, lehnen es deshalb selbst ab, am Sonnabend zu schreiben, zu lochen, Wasser zu holen, Licht anzuzünden usw. Das Talmudistengebiet und geschäftliche Vorkehrung auf religiösen Gebieten da zuwege gebracht, ist schließlich Privatsache und geht andere deshalb nichts an. Anders steht es, wenn die Praxis des Kammergerichts schließlich dazu führt, den Versuch zu machen, im Anschluß an den Wortlaut von Kammergerichtsurteilen die Rechtssprechung bezüglich der Sabbatheiligung völlig in diesem talmudistisch-jüdischen Sinn einer Identifizierung von Arbeit mit Beschäftigung auszuliegen. Dieser durch die Kammergerichtspraxis bewirkten Verjudung ist jüngst eine Anklagebehörde bei Halle zum Opfer gefallen. Eine Frau Adermann aus dem Dorfe Sennewitz bei Halle holte sich kürzlich eines Sonntags während des „Hauptgottesdienstes“ einen Topf voll Wasser von der Pumpe, um damit Essen zu bereiten. Der Ortsgegendarm hielt dies für strafbar, erblickte darin eine „öffentlich bemerkbare Arbeit“, durch welche die Sonntagsruhe entheiligt werde und erstattete Anzeige. Darauf erhielt die Frau von dem Amtsvorsteher das übliche Strafmandat. Auf beantragte gerichtliche Entscheidung hatte nun auch noch das Schöffengericht darüber zu befinden, ob die Frau befugt sei, sich einen Topf Wasser, den sie notwendig brauchte, von der Pumpe zu holen. Der Staatsanwalt waltete seines Amtes, kam jedoch zu der Ansicht, daß die Frau freizusprechen sei, da Arbeiten zur Befriedigung der häuslichen Bedürfnisse nach der angezogenen Verordnung noch gestattet wären. Nach einigen mehr hetzerischen als ernstlichen Bemerkungen seitens der Verteidigung wurde die Frau freigesprochen. Also darf im Reich der Klassenjustiz am Sonntag doch noch Wasser vom Brunnen geholt werden. Das ist zwar nicht viel, aber doch etwas. Dem Amtsvorsteher wird man darin beipflichten müssen.

daß, wenn man die logisch und rechtlich freilich total unhaltbare Kammergerichtliche Anschauung für richtig hält, daß Flugblattverteilung eine verbotene, weil offensichtlich bemerkbare „Arbeit“ sein könne, auch das Wasserholen strafbar wäre. Vielleicht lehrt das Kammergericht nunmehr zu seiner alten richtigen Ansicht zurück, nachdem es sich davon überzeugt hat, daß seine in neuerer Zeit betätigte Praxis zur Verjudung auf dem Gebiete der Sabbatarbeitsauslegung und zu geradezu unsinnigen Folgerungen führen muß.

Versammlungen.

Mit dem Streit in der Pianofabrik von Bell u. Co. beschäftigte sich am Dienstag eine öffentliche Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter. Piepenhagen empfahl im Einverständnis mit den Streikenden, daß in dem nunmehr 14 Wochen währenden Lohnkampf eine Aenderung der Taktik insofern eingeschlagen werde, als der Streik offiziell aufgehoben werde, die Firma aber gesperrt bleibe und die Sperre mit aller Strenge durchgeführt werde. Der Streik ist feinerzeit erklärt worden, weil bei Einführung neuer Maschinen Differenzen mit den Umbaumachern entstanden und infolgedessen legten nicht nur diese, sondern auch Solidarität mit ihnen auch die anderen Arbeiter die Arbeit nieder. Brauchbare Arbeitskräfte hat die Firma nicht erhalten, sie ist durch den Streik geschäftlich erheblich benachteiligt worden, da sie aber jedenfalls von anderer Seite gegen die Ausständigen unterstützt wird und keine Reizung zeigt, sich mit den Arbeitern zu verständigen, so war die vorgeschlagene Aenderung der Taktik geboten. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Referenten durch einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution zu:

Die stark besuchte Versammlung der Berliner Musikinstrumentenarbeiter nimmt Kenntnis von dem Stande des vierzehnwöchentlichen Abwehrkampfes gegen die rigoros verschlechterten Arbeitsbedingungen bei der Firma Bell u. Co. Mit Entschiedenheit bezeichnet die Versammlung die Tatsache, daß die Inhaber der Firma noch vor 10 Jahren zu denen gehörten, die nicht laut genug die Schmutzkonkurrenz in unserem Berufe bekämpften konnten. Die Versammelten sind mit der von der Streikleitung eingeschlagenen veränderten Taktik des Kampfes einverstanden und sind der Auffassung, daß der Kampf gegen die immer brutaler sich gebende Firma auf äußerster Weigerung wird in der Form, daß kein auf Ehre und Achtung Anspruch erhebender Kollege diesen Betrieb betritt. — Die Versammlung empfiehlt dringend den beteiligten Organisationen diesbezügliche strengsten durchzuführen Beschlüsse, damit die Firma dauernd ohne brauchbare Arbeitskräfte bleibt, damit sie die Macht der Arbeiterorganisation fühlen lernt und die berechtigten Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung gelangen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gasflüßlichtgesellschaft (Kuer u. Co.) beschäftigten sich am Dienstag in einer zahlreich besuchten Betriebsversammlung erneut mit den verschiedenartigen Missetaten im Werk. Anwesend waren auch mehrere Vertreter der Direktion, die sich ebenfalls an der Aussprache beteiligten. Natürlich beschönigten die Herren die Verhältnisse in der Fabrik nach Kräften und suchten sich den Anschein hervorzuheben, Arbeiterfreundlichkeit zu geben. Bei allen kleineren Beschwerden wurde bereitwillig Abhilfe zugesagt und den Anwesenden wiederholt ausdrücklich versichert, daß der Geschäftsleitung geradezu alles an einem guten Einvernehmen mit ihren Arbeitern liege. Infolgedessen sei es doch noch völlig überflüssig, Beschwerden irgendwelcher Art in die Öffentlichkeit zu bringen, weil das die Direktion selbstverständlich peinlich sein müsse. Man möge sich nur stets vertrauensvoll an die Meister und Abteilungschefs wenden, dann würde auch allen berechtigten Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen gerne Rechnung getragen werden. In dieser Weise plauderten die Direktionsvertreter recht nett und liebenswürdig nach bekannter Litanei. Als aber die schlechten Löhne und das Ueberstundenunwesen von den Arbeitern berührt wurde, da verfielen die Herren etwas plötzlich. Der Organisationsvertreter Mahle stellte nämlich auf Grund authentischer Lohnlisten fest, daß bei der Auergesellschaft noch Arbeiterinnenlöhne von 13, 11, ja sogar 10 und 9 M. üblich seien, ganz abgesehen von einem antreibereischen und widersinnigen Gratifikationssystem. Erst kürzlich ist eine Kommission bei der Betriebsleitung u. a. auch wegen Aufbesserung der Löhne und Abschaffung der Gratifikationssysteme vorstellig geworden. Die Antwort lautete jedoch kurz und bündig: „Die Fabrikleitung ist durch die Art der Arbeit gezwungen, bei dem derzeitigen Lohnsystem bis auf weiteres zu bleiben.“ Ganz ähnlich so steht es mit der Arbeitszeit. Laut Arbeitsordnung soll die Arbeitszeit eine neunstündige sein. Als ganz selbstverständlich wird es von den Meistern und Abteilungschefs aber betrachtet, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen 3 1/2 und 4 1/2 Stunden täglich fronden müssen, und zwar ohne Ueberstundenzuschlag. Wer sich weigert, länger zu arbeiten, als wie er bei Anerkennung der Arbeitsordnung unterschrieben hat, der hat Schikanen aller Art resp. Entlassung zu erwarten. Hat doch der Direktor Kemanó einem Kommissionsmitglied rund heraus erklärt, daß er erst in einer Arbeitsleistung nach 8 Uhr abends eine Ueberstundenarbeit erblicken könne. Da nun laut Arbeitsordnung der neunstündige Arbeitstag um 6 Uhr abends beendet sein soll, so halbiert dieser Direktor dem etwas sehr altertümlichen Grundsatze, daß erst nach einer elfstündigen Arbeitszeit Ueberstunden angedreht werden dürfen. Alles, was die Direktion in dieser Hinsicht geizig hat, ist, daß sie eine Regelung des Ueberstundenunwesens in spätere gütige Aussicht gestellt hat. Es ergab sich also auch hier wieder, daß wie bei fast allen „arbeiterfreundlichen“ Unternehmern, so auch bei der Auergesellschaft nach dem bekannten Prinzip verfahren wird: „Alles, was keine Kosten verursacht, kann man den Arbeitern gewähren; sobald aber der heilige Profit in Frage kommt, heißt es einfach: Hand auf den Beutel!“ Den Versammelten wurde denn auch dringend geraten, sich der Organisation anzuschließen, um gegebenenfalls auch in der Lohnfrage einen sanften Druck auf die Firma ausüben zu können.

Verband der Preisergüßten Deutschlands. Zweigverein Nordost. Donnerstag, den 11. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Beckstr. 14: Generalversammlung.

Vermischtes.

Kristallische Novellen.

In einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ auf einen Sportartikel des Frankfurter Automobilclubs schreibt der Oberamtmann zu Neul in Baden über das Verhalten der Fahrer: „Von friedlichem und rücksichtsvollem Verhalten der Fahrer war vielfach recht wenig zu bemerken. Speziell in dem Orte Bodersweier (Amt Neul) benahm sich eine große Anzahl der Fahrer teilnehmer derart, wie man es von gestitzten Menschen nicht hätte erwarten sollen. Als einige Kraftwagen wegen des erlaubten Maß weit übersteigend zu schnellen Fahrten (in der fortwährend sich windenden Ortsstraße) gestellt wurden, umringten die Automobilisten die doch lediglich ihre Pflicht und Schuldigkeit tunden Gendarmen, lärmend, schreiend und brüllend, so daß ein großer Menschenauflauf entstand. Einer der Fahrer teilnehmer spielte sich als Generalitätsaboffizier auf. Ein anderer schrie den Gendarmen Krebs an: „Sie sind der meineidige Krebs, der die Automobilfahrer so schikanieren; ich werde Ihre Pensionierung beantragen; nein, entlassen werden Sie ohne Pension! Morgen sehen Sie nicht mehr auf Ihrem Posten!“ Braund-Beilin rief: „Da steht den Krebs, der schon die vielen Reineide geleistet hat! Wo sind die Apparate? Photographieren ihn!“ Später rief Braund noch: „Wir sind extra hierher gekommen, um diese Falle aufzuheben und dieser Sache ein Ende zu bereiten. Bring Heinrich wird in acht Tagen selbst hier durchfahren und sich die Falle ansehen.“

Die Bewohner von Bodersweier wurden beschimpft und mit Ausdrücken bedacht wie „Saubauern“, „Dreckbauern“ usw. Bei der Weiterfahrt erhob sich in einem Automobil eine Dame, hob den Schleier hoch, spie nach einem friedlich dastehenden Bauernmädchen und rief dabei: „Saubauern“, „Dreckbauern!“ Nur durch das umsichtige Verhalten der Gendarmen wurde den Automobilisten eine tüchtige Prügelsumme seitens der hochgradig erbitterten Bodersweier erspart. Am anderen Tage wurde die der Frankfurter Automobilklub in Bodersweier wieder einen Auf- lauf. Auf die Aufforderung des stellvertretenden Bürgermeisters, die Herren möchten sich doch ruhig verhalten und den Gottesdienst in der Nähe (es war Sonntag vormittag!) nicht stören, wurde er recht gelächelt und der erwähnte Gemeindevorstand verhöhnt.

Wenn das Arbeiter sich erlaubt hätten, so könnten sie sicher sein, lange Zeit hinter schwedischen Gardinen über ihre Freiheiten nachdenken zu müssen. So aber waren es Herren und Damen der Aristokratie, die können sich das erlauben. Gesetze und Verordnungen gelten nur für den Plebs!

Ueber eine Versuchsfahrt des Grafen Zeppelin mit seinem letzten Luftballon wird aus Friedrichshafen vom 9. Oktober berichtet: Nach dem Urteil aeronautischer Fachleute ist die heutige Versuchsfahrt mit dem neuen Ballon des Grafen Zeppelin vollständig gelungen. Die Stabilität des langen Flugkörpers war dank den verbesserten Steuerflächen eine tadellose, das Luftschiff gehörte dem Steuer völlig. Der Graf fuhr zunächst dem herrschenden Wind von etwa 2 Metern in der Sekunde entgegen in der Richtung auf Konstanz, drehte dann auf das Schweizer Meer zu und fuhr nun von ganzem Umtrie des Sees in der Richtung Romanshorn, Arbon, Rorschach, Rheinfelden, Wasserburg, Langenargen, Friedrichshafen ab.

Bei der Fahrt wurden mehrere Schwenkungen ausgeführt, die Höhensteuerung funktionierte ebenfalls gut, durch ihre Schrägstellung konnte die Höhenlage des Ballons beliebig geändert werden.

Der Ballon erreichte nach Reflungen von verschiedenen Seiten eine Geschwindigkeit von 42 Kilometern in der Stunde. Vor dem königlichen Schloß bestrich der Graf eine Kurve und landete dann nach zweistündiger Fahrt bei seinem Ausgangspunkte in der Nähe des Adelsheimes auf dem See. Von antworfenden aeronautischen Sachverständigen wird die Landung als ein neuerlicher Beweis dafür angesehen, wie leicht derartige Fahrzeuge auf eine Wasserfläche absteigen können. Die Versuche werden morgen fortgesetzt werden.

Massenerkrankungen infolge Fleischgenusses. Nach dem Genusse von gehacktem Fleisch sind in Hildesheim 37 Personen erkrankt; unter diesen befinden sich auch zwei Kinder des Schlächters, der das Fleisch geliefert hat.

Eine Scharschadenepidemie hat in London große Ausdehnung angenommen und fordert viele Opfer. Gestern sind 150 neue Kranke in den Spitälern aufgenommen worden. Ingesamt werden augenblicklich 4700 Personen an dieser Krankheit behandelt.

Jugentgleisung. Mannheim, 10. Oktober. Gestern Abend entgleiten dem Zuge Nr. 29, der 6 Uhr 35 Minuten vom Reudensbahnhof Redarvorstadt nach Weinsheim abfährt, bei der Einfahrt in die Haltestelle Köfenthal, wahrscheinlich infolge vorzeitiger Umstellung der Weiche, die letzten drei Wagen. Von den Reisenden ist ein junges Mädchen leicht verletzt; der Materialschaden ist unbedeutend.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend. 22. Geschäftsjahr 1905/06. 32 Seiten. Leipziger Buchdruckerei, Aktien-Gesellschaft.
Franz Mehring. Jena und Lissa. Ein Kapitel ostbayerischer Junker- geschichte. Preis 1 M. Leipziger Buchdruckerei, Leipzig.
Prof. Dr. G. Kraus. Ueber die Rechte, Romantisch. 1. Jahrgang. Oktober 1906. 96 Seiten. Verlagsbuchhandlung Grodmann u. Enaboda, Prag.
Dr. Kewsch. Vom Kommetenzur zur Wirklichkeit der letzten Dinge. Einige Weltprobleme. Preis 2,50 M. = 3 Kronen. Verlagsbuchhandlung G. Koenig (E. Stalpragel).

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 11. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Saisel, Prinz v. Dänemark. (Anfang 7 Uhr.)
Deutsches. Erdgeist.
Westen. Alessandro Stradella. Die schöne Galathée.
Vorzug. Der Troubadour.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Das Blumenboot.
Berliner. Sperlod Polmel.
Schauspielhaus. O. (Balne-Theater.)
Der Herzogsdarsteller.
Schauspielhaus. Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus. Donna Diana.
Neues. Die Hochzeit von Poel.
Komische Oper. Carmen.
Residenz. Triplepatte.
Schauspielhaus. Die von Hochstetel.
Central. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Man kann nie wissen.
Deutsches. Amerikanisches. Am wilden Westen.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Hochzeit von Poel.
Morgen und folgende Tage:
Die Hochzeit von Poel.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Man kann nie wissen.
Dr. Valentine, Harry Walden.
Freitag, 9. Male: Ein idealer Gatte.
Sonntag: Man kann nie wissen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsyl.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.
Morgen abends 8 Uhr zum erstenmal: Verwehte Spuren.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Die schöne Ungarin.
Voll mit Gesang in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Garten- und Vorgartenkarten gültig.
Freitag zum letztenmal: Um Nancy.
Sonntagabend: Extra-Vorstellung.

Theater des Westens

Station Boolog. Garten, Kanitzstr. 12.
Heute:
Stradella.
Hierauf: Die schöne Galathée.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Gusschneideste unglücklich.
Komische Oper.
Heute abends 8 Uhr:
Carmen.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonntagabend: Hoffmanns Erzählungen.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Else vom Erlenhof.
Freitag: Ein Wintermärchen.
Sonntagabend nachm. 4 Uhr Kinder- vorstellung. Abends: Die Hochzeit von Valent.
Sonntag nachm.: Ein Wintermärchen.
Abends: Else vom Erlenhof.
Montag: Die Hochzeit von Valent.

Lortzing-Theater

Bellealliancestr. 7/8.
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Der Troubadour.
Abonnements gültig.
Morgen Freitag:
Fradiauolo.
Rixdorfer Theater
Bergstr. 147. Bürgerstraße. Bergstr. 147.
Sonntag, den 11. Oktober:
Die Rotbrücke.
Aufst. in 3 Akten v. Gressac u. Croisset.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.
Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Die Mosellande und ihr Weinbau.
Hörsaal 6 Uhr: Dr. C. Thosing: Die Zellentheorie.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. C. Thosing: Das Wissen vom Leben.
Deutsch-Amerikanisches
THEATER, Köpenickerstr. 67-68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Zum „Der große Erfolg“
51. Im wilden Westen.
Malo: Sonntag nachm. 3 Uhr halbes Preise: Er und Ich.
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hansfreund.
Anfang 8 Uhr.
Berliner Uk-Trio.
Felix Sobauer Uralstr. 1.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr:
Mons. Romeo!
 Heberfahren eines
 lebenden Menschen
 mit einem 70 PS. Fiat-Automobil
 (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
**Die größte Tiger- und
 Löwengruppe**
 Ringkampf zwischen dem
 Dompteur **Willy Peters**
 und zwei wilden Tigern.
Aus der Paßt.
 Original-Pantomime des
 Zirkus Busch.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute abend prägte 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Prgr. und
 die gegenwärtig größte Sensation!
 Noch nie gesehen:
**Ein Automobil
 in rasender Fahrt
 aufhalten.**
 Hr. **George Lettl**, genannt der
 Mann mit den 30 Pferdekraften.
 Hr. **Henricksens**
größte Tiger-Gruppe.
Wilde Dressur.
Löwen-Baron mit seinem dreifachen
 Tierpark.
 Emir, d. musikalische Wunderpford.
Les Rixfords
 phänomenale Luftgymnastiker.
Auf der Puzta,
 dirigiert v. Dir. **Alb. Schumann**
 und sämtliche Spezialitäten.

Apollo-Theater.

die Original-
Liane d'Evo, Matschico-Tänzerin.
 Die **Seldoms** plastische Darstellungen
 1 Dame, 3 Herren.
Der Affe als Jodel, Dressur-Akt.
 10 Uhr: **Berlin im Omnibus**
 mit dem **Omnibus-Trick.**
 Sonntag, den 14. Oktober, nachm.
 3 1/2 Uhr: **Famillenvorstellung.** Galtbe
 Preise.

Bernhard Rose-Theater

früher **Carl Weiß-Theater.**
 Große Frankfurterstr. 132.
 Abends 8 Uhr:
Der Millionenbauer.
 Freitag: **Die Bluthochzeit.**
 Sonnabend 4 Uhr: **Der Rindbock.**
 Abends 8 Uhr 3. erstmalig: **Berliner
 Kinder.**

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
 Gastspiel des

Bernh. Rose-Theaters

Zur Aufführung gelangt:
Die Tochter des Herrn Fabrius.
 Schauspiel in 3 Akten von **Wilbrandt.**
 Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Billetoberverkauf bei **Krüger & Ober-
 heck, Turm- u. Senefelderstr.** Ecke
 und bei **W. Tuppel** im Theatergebäude.

Residenz-Theater.

Direktion **Richard Alexander.**
 Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
 Schwank in 5 Akten v. **Erstlan Bernard**
 und **André Godfroy.**
 Bicomte **Robert de Gondan:**
Richard Alexander.
 Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke d. **Friedrichstraße.**
 Direktion **Felix Berg.**
 Serenissimus August XXVI.
Das Modell und Das Provinzmädel.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorkauf bei **A. Warthelm** und
 an der Theaterkasse 10-2 Uhr.

WINTERGARTEN

Das neue Oktober-Programm!
 Ein glänzender Erfolg!
Bres. Pormans. Exzentrika.
Charlene und Charlene, musik. Akt.
Robert Steidl. Humorist.
Launceston Elliot, Kraftproduktion.
Das Erntefest, englisches Ballett.
Les Mas-Andrés, Pariser Duettisten.
De Vry's lebende Marmor-
 Kolossal-Gruppen.
Maria Vinet, portugies. Sängerin.
Bres. Spissol und Mack,
 amerikanische Exzentrika.
Jackson-Truppo, Radfahrer.
Kitty Franoy, Jongleuse.
 Der Biograph.

Volks-Theater des Westens.

Spielernstr. 3, am **Hörsingplatz.**
In Zivil. Schwank
 in 1 Akt.
 Darauf:
Pension Schöllner.
 Schwank in drei Akten.
 Anfang 8 Uhr.



Oft wurden wir von vielen gefragt, worin das Massgebende bei der Herstellung einer Cigarette zu suchen ist und welche besondere Eigenschaft die eine Sorte gegenüber einer anderen auszeichnet. Diese Frage lässt sich schwer beantworten. Von vielen Fabrikationsstadien sind vielleicht einige von hervorragender Wichtigkeit als andere, alle jedoch bei Erzeugung einer guten Qualität ausschlaggebend. Die unerreichte Fülle an Geschmack und Aroma, welche

**JOSETTI
 CIGARETTEN**

auszeichnet, beruht hauptsächlich auf 2 Umständen:

Erstens: Sorgfältigste Auswahl der erlesensten gehaltvollsten aller erhaltbaren türkischen Tabakblätter.

Zweitens: Völlige Reife dieser Blätter.

Nur ein Sachverständiger versteht sich auf beides.

Der „Josetti“ steht die in der Türkei erworbene Lebenserfahrung von Fachleuten zur Verfügung, welche genau das Richtige zu treffen wissen. Der Erfolg ihrer Tätigkeit wird durch die bereitwillige Aufnahme von „Josetti“ bei deutschen Kennern bewiesen.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti

Das Sortieren von türkischem Blatttabak — eine weitere sorgfältige Auswahl des geschmackhaftesten Gewächses.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Der Herrgottswarter.
 Ein Drama in 3 Akten v. **H. H. H. H.**
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Donna Diana.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Str. 24).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von **Moreto.**
 Freitag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.

Metropol-Theater

Täglich:
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 9 Bildern
 von **Julius Freund.**
 Musik von **Viktor Hollander.**
 Dirigent **M. Roth.**
 In Szene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
H. Bender. **J. Giampietro.**
J. Josephi. **Fritzi Massary.**
Phila Wolff a. D. usw.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen in allen Räumen gest.

Voranzeige.

Sonntag-Nachmittags-Vorst.
 Um zahlreichen Wünschen gerecht zu werden, beginnen wir nächsten Sonntag, 14. Okt., m. d. Nachmittagsvorstellungen.
 Sonntag, 14. Oktober, nachm. 3 Uhr
Auf ins Metropol
 mit **Bender, Giampietro, Josephi, Massary usw.** Preis der Plätze auf den Anschlagstulen.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
 von **Emil Thomas und Adolf Sellg.**
 Neu! **Fehér-Duett** in ihrem Repertoire.
Klara Antonio x **Fred u. Carman.**
 Sonntag 4 Uhr: **Madame Bonivard.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
 Stets erstklassige Musikprogramm.
 Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
 Leitung: **B. Sachse.**
 Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Passage-Theater.

Das Gastspiel
Josefine Dora
 in der Komödie
„Rieke“
 mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze“
 ist wegen d. außerord. Erfolges
 und der tägl. ausverk. Häuser
 für Oktober prolongiert.
 Außerdem 14 neue Nummern.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof **Bors.**
 Täglich 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Blanche Dorée,
 Vorellan-Insultationen.
Chaterine Hegino,
 als: I. Estelin. II. Solome.
Ilket and Miß Jenny,
 Sensations-Akt
 und 9 Attraktionen ersten Ranges.
 Dazu: **Die Loreley, Wölfe.**
 Familienfakten, zum halben Resten-
 preise gütlich, in allen Barbier-,
 Friseur- u. Shagarengeschäften gratis.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20.
 Am Rosenthaler Tor.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die lustigen Spezialitäten.
Emmi Kröcherl, Willy Prager.
 der weibl. Kom. neue akt. Coupl.
Chevalier Thorn.
 Neue verblüffende Illusionen.
 — Rauchen überall gestattet. —

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
 Das brillante
Oktober-Programm.
 Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Reichshallen.

Täglich:
**Stettiner
 Sänger**
 Anfang
 Sonntag
 8, Sonntag
 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuser
 Allee 1. StraÙe 4a.
 Direktion **Wilhelm Reimer.**
 Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger
 Neu! Im Manöver. Neu!
 Sonntag Beginn 5 Uhr,
 Montag 8 Uhr.
 3. Dienstag: Theaterabend.
 In Vorbereitung: **Adele.** (Nach
 d. gleichn. Kom. d. Berl. Lokal-Ins.)

Welt-Ausstellungs-Biograph

(St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien mit
 abwechselndem
 Abnormitäten-Prgr.
 Verbindung mit größter Films-
 Fabrik Frankreichs, daher täglich
 neueste Bilder.
 ♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Dr. Simmel,

Prinzen-
 Str. 41,
 Beginnzeit 107, 108
Haut- und Hornleiden.
 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 14. Oktober:
Berliner Theater:
Die Kreuzschreiber.
 14./15. Abteilung.

Sonntag, den 21. Oktober:
Neues Schauspielhaus:
Der Sturm.
 8./9. Abteilung.

II. Serie:
**Ora et labora
 und
 Abrechnung.**
Weh dem, der lügt.

18. Kunstabend
 Dienstag, den 5. November
Anzengruber-Rosegger.

19. Kunstabend
 Mittwoch, den 5. Dezember
Goethe-Beethoven.

Herbstfest
 Sonnabend, d. 24. November
Russischer Tonlichterabend.
 Kapelle des Mozartsaals
 50 Musiker.

Freies Kunstheim
 Flugblätter u. Antwortkarten
 liegen in allen Zahlstellen aus.
 Die Mitglieder werden ersucht,
 schleunigst Gebr. dav. z. mach.
 229/18

Aus der Frauenbewegung.

Sachliche Polemik.

Der Genossin Lily Braun beliebte es bekanntlich, die Leitung der Frauenkonferenz der Parteilichkeit zu bezichtigen; ferner behauptete sie, die Delegierten hätten in „eingewurzeltstem Autoritätsglauben“ alles Gesagte kritiklos hingenommen...

In den beiden Rn. 231 und 232 vom Donnerstag und Freitag dieser Woche hat der „Vorwärts“ sich mit meinem in der „Neuen Gesellschaft“ erschienenen Artikel über die Mannheimer Frauenkonferenz befaßt und ihn, wie ich ja das nicht anders erwarten konnte, völlig falsch dargestellt...

„Der Vorwärts“ sandte mir meine Entgegnung mit folgender Ermahnung zurück: Ihre Zeitschrift kann nur aufgenommen werden, wenn Sie auf die unsachliche Polemik verzichten! Dazu läßt sie dann noch folgenden Geistesblitz los: Wäre es nicht an der Zeit, folgende Preisfrage den Parteigenossen vorzulegen: Was ist unter „sachlicher Kritik“ zu verstehen, wenn Sie apostolische Majestät der Vorwärts“ sie ausübt, und was, wenn ein ganz gewöhnlicher Parteigenosse sich unterfängt, daselbe tun zu wollen?...

Wir möchten unsererseits dazu beitragen, den Parteigenossen die Antwort zu erleichtern, indem wir das von uns an Genossin Braun gefandte Schreiben vollständig abdrucken. Genossin Braun hielt es nämlich für gut, ihre Entgegnung der „Neuen Gesellschaft“ vorzuenthalten und die Hauptsache aus unserem Schreiben zu unterdrücken. Wir schreiben: Ihre Zeitschrift kann nur aufgenommen werden, wenn Sie auf die unsachliche Polemik verzichten. In unseren Artikeln sind Ihre Auslassungen, auf welche wir den Vorwurf unsachlicher Kritik gründen, wörtlich mitgeteilt; die Leser können demnach wohl beurteilen, ob wir Sie ungerechtfertigterweise belästigt haben. Was Sie vom „Vorwärts“ erwarten, ist u. E. für Beurteilung der sachlichen Meinungsverschiedenheit ganz belanglos. Falls es Ihnen um Förderung sachlicher Kritik und um sachliche Aufklärung zu tun ist, werden Sie jedenfalls unserem Verlangen entsprechen. Nun haben wir unsere Strafe dafür, daß wir bei der Genossin Braun ein brennendes Verlangen nach sachlicher Aufklärung voraussetzten. Wir werden unser Schicksal zu tragen wissen.

Sozialreformatorische Quacksalbereien.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Jena ist wieder mit honigsüßen Worten bedauert worden, daß die verheiratete Frau durch ausgeübte Fabrikarbeit der Familie leider auf 10 oder 11 Stunden täglich entzogen werde. Der Referent zur Frage des Maximalarbeitstages hat daher, um das Familienleben des Proletariats neu zu beleben, die Forderung der fakultativen Halbtagsschicht für verheiratete Frauen gestellt. Dr. Schomerus hat diese Frage in einer Broschüre behandelt. Betont wird besonders, daß dem Unternehmer keine Schmälerung des Profits aus der Einführung der Halbtagsschicht von 5 Stunden erwachsen werde. Das ist die Sorge dieser „Sozialpolitiker“.

Wir haben jetzt etwa eine halbe Million verheirateter Fabrikarbeiterinnen. Würde für diese die Fünftundenschicht eingeführt, würden viele Arbeiterinnen mehr gebraucht werden, um die Arbeit zu bewältigen, die sonst von der halben Million im Jahn- oder Elfstundentage geleistet wird. Ohne Zweifel würden sich die Arbeitskräfte finden, da ja die Frau infolge der miserablen Löhne der Männer und der künstlichen Teuerung der notwendigsten Lebensmittel zum Mitverdienen gezwungen ist. Die verheiratete Frau geht ja nicht zu ihrem Vergnügen in die Fabrik — Not zwingt sie hinein.

Für den Arbeitgeber könnte die Einführung der Halbtagsschicht allerdings sehr profitabel werden, da zwei Frauen in je 5 Stunden mehr leisten als eine in 10 Stunden. Und je lohnender die Frauenarbeit, desto mehr Frauen werden eingestellt und die höher bewertete Männerarbeit noch mehr als schon heute verdrängt oder im Preise heruntergedrückt. Dadurch würde für den Unternehmer keine Schmälerung, sondern eine Steigerung des Profits erwachsen. Um so mehr, als die Teilnehmer des evangelisch-sozialen Kongresses betont, daß durch Einführung einer besonderen Klasse in den Krankenkassen für Halbtagsschichtigen die Beiträge zur Sozialversicherung dem reduzierten Verdienste gemäß verringert werden müßten.

Selbstverständlich würden dadurch auch die Unterstützungssätze, die bei Krankheiten und Unglücksfällen bezahlt werden, wesentlich erniedrigt werden.

Aus alledem geht hervor, daß die Einführung der Halbtagsschicht nicht zur Förderung des Familienlebens, nicht zum Segen der Nation, sondern lediglich dem Interesse der Kapitalisten dienen wird.

Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zwingt beide Geschlechter in die Fabrik. Das Kapital fragt nicht danach, ob es Raubbau an der Arbeitskraft des Mannes, des Weibes oder des jugendlichen Arbeiters treibt, sondern es streift nach Profit, und wenn der Weg dazu auch über Menschenleiber geht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, können die Arbeiterinteressen nicht nach Geschlechtern getrennt werden, sondern es gilt, die gemeinsamen Interessen der arbeitenden Klasse zu wahren und zu schützen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist für alle Arbeiter von gleich hohem Werte. Seit 1867 fordert die Sozialdemokratie die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit und seitdem haben die Arbeiter in manchem harten Kampfe mit dem organisierten Unternehmertum in den meisten Industrien den Fünftundentag erzwungen, ja zum Teil ist der neunstündige Arbeitstag durchgeführt. Und im Jahre 1906 kommen bürgerliche Ideologen und glauben, die Vollmassen durch Einführung der Halbtagsschicht für verheiratete Frauen glücklich machen zu können unter gleichzeitiger Betonung, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Männer in hygienisch einwandfreien Betrieben sich nicht empfehle!

Der evangelisch-soziale Kongress hat die Arbeit an sich höchst eigenartig beurteilt und nicht nach ihrem Kulturwerte geschätzt,

sondern nur nach der Rente, dem Profit, die sie dem Unternehmer bringt.

Nicht die Halbtagsschicht der Frau, sondern die Verkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeitskräfte bedeutet Förderung des Familienlebens und Erhöhung der Löhne. Männer und Frauen sind gleichwertige Menschen, die alle das gleiche Recht auf Verkürzung der Arbeitszeit und auskömmlichen Lohn haben. Das Kapital zwingt Männer und Frauen zu gemeinsamen Leiden und Entbehrungen; als Glieder einer ausgebeuteten Klasse haben daher Männer und Frauen auch gemeinsam den Kampf gegen Not und Unterdrückung in der modernen Arbeiterbewegung zu führen.

Den bürgerlichen Sozialreformern aber rufen wir zu: Fort mit Eueren Quacksalbereien! Die Männer und Frauen der Arbeit werden sich die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne erkämpfen trotz aller Gemischnisse.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

G. M. Die Firma kann Erlass verlangen, den Betrag aber nicht vom Lohn abziehen. — J. S. Uns nicht bekannt, wem Sie sich an die Charité. — W. S. 100. 1. An Stelle der Gerichtskosten tritt keineswegs das. Wo nichts ist, da hat der Käufer und der Verkäufer sein Recht verloren. 2. Die Eltern haften keineswegs für die dem minderjährigen Sohn auferlegte Strafe oder für die Kosten. — W. S. 48. Die Umschreibung auf Ihren Namen erfolgt bei der Verheiratung. Bei der Verheiratung erklären Sie dem Standesbeamten, daß Sie das Kind als das Ihre anerkennen und die Umschreibung beantragen. — G. W. 84a. 1. Die Steuer wird geringer oder fällt ganz weg. 2. Wenn Sie nicht aufgefordert sind, brauchen Sie sich nicht einzulassen. Es kann aber eine Nachforderung erhoben werden. — J. S. 75. Rechn. nur bis zum 1. Januar 1907. — W. W. 7. Nur der Vater ist zum Unterhalt der Gattin, nicht der Schwiegerknecht verpflichtet. — T. 10. Dagegen liegen keine Bedenken vor. — Wahlbez. 173. Sie könnten reklamieren, wenn Sie aber den Verlust der Karrieren nicht beweisen können, so wäre die Rüge vergeblich und zur alledingigen Zahlung zu raten.

Witterungsübersicht vom 10. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Oktober 1906. Trocken und vorwiegend heiter, aber kühl bei frischen NWlichen Winden; an frei gelegenen Stellen Nachtfrost.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 10. Oktober. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden + 1,00 Meter, bei Magdeburg + 2,67 Meter. — Uckeritz bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathor + 1,95 Meter. — Rheinschleuse + 2,20 Meter. — Oder bei Briesg + 2,76 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,24 Meter.

Sacco-Anzüge

Viele Tausende Exemplare neuester vornehmster Moden

Nur eigene Erzeugnisse.

50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 Mk.

Trau-Anzüge

Moderne Gehrock-Formen, Kammgarn, Drapé u. s. w.

Nur eigene Erzeugnisse.

70.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 27 Mk.

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 30 (neueste Winter-Moden) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Neu erschienen

Sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Jena und Eilst.

Ein Kapitel östlicher Juntengeschichte von Franz Mehring. Preis 1,00 Mk.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Morris Hillquit. Autorisierte Uebersetzung von Karl Müller-Bernberg. Preis brosch. 2,50 Mk., geb. 3,00 Mk.

Geschichte der Kommune von 1871 von Lissagaray. Dritte illustrierte Auflage. Preis brosch. 2,50 Mk., geb. 3,00 Mk.

Die Fesslung-Legende. Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring. Zweite unveränderte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis brosch. 2,50 Mk., geb. 3,00 Mk.

Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter. Ein Beitrag zur Sozialpolitik der größten deutschen Gemeinde von Emil Dittmer. Preis 1,00 Mk.

Sozialdemokratie und Anarchismus von Wilh. Herzberg. Preis 20 Pf.

Ziele und Wege. Erläuterungen der sozialdemokratischen Wegensforderungen unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Klara Zetkin. Herausgegeben von Ad. Braun. Preis 20 Pf.

Expedition des Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Von der Reise zurück! Dr. med. Schaper, Gombop. Str. 1. Spez.-Krzl. für Haut- und Hornleiden. Frauenkrankheiten. Berlin SW., Rönnekestraße 27. 25342

Der Kenner

der sich den Genuß von richtigem Speise-Leinöl verschaffen will, sollte niemals veräußern, bei Einkauf deselben ausdrücklich zu verlangen

M. Krügers Speise-Leinöl

und auf nebenstehend abgebildete, geschliffene Leinöl-Flaschen mit Etikett „Spreewälderin“ zu achten; denn

M. Krügers Speise-Leinöl ist das beste

täglich frisch und garantiert rein. Dasselbe ist in allen besseren Kolonialwaren- und Vorkoch-Geschäften zu haben.

Engros-Lager: Berlin SO., Skalitzerstraße 105.



Monats-Garderoben-Haus 6 Prinzenstraße 6

Die schönsten Herren-Winter-Paletots und -Anzüge in getragener, speziell Monats-Garderobe.

Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchantige, sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Im Laden Paul Lowicki, Prinzenstr. 6. Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Mühlhäuser Kautabak

von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhausen i. Th. nur echt, wenn die Mühlen den beigebrannten Zettel enthalten, worauf genau zu achten bitten. Vertreter für Berlin und Umgegend: August Kleinert, 10642 Berlin SW., Großenbrenstraße 39. Amt Via. 10520.

Möbel-Fabrik A. SCHULZ

Reichenberger Straße 5 (gegründet 1878)

empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt gediegener Möbel in jeder Holz- und Stilart von 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mk.

Auch fertige Sofas, Garnituren und Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. 20081

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Achtung! Bauanschläger!

Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Tarif vom 15. Oktober ab nur bei verglasten Fenstern gearbeitet werden darf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Einsetzer!

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Docter, Weberstraße 17: Versammlung der Einsetzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: Der Tarif. Die Mitgliedsbücher des Verbandes, des Gewerkschaftsvereins und des Vereins der Einsetzer legitimieren. Die Kommission.

Arbeiter, Arbeiterinnen Weißensees!

Freitag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Die bevorstehenden Krankentafelwahlen, und welchen Wert haben die Krankentafeln für die Arbeiter? Referent: K. Koblentz. Das Erscheinen zu dieser wichtigen Versammlung wird jedem zur Pflicht gemacht. Das Gewerkschaftsamt. S. A.: Franz Content.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

- Räumungs-Ausverkauf!** Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt. Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weißensees Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Köpenickerstr.
- Tüllbetten** 2,15, 2,35, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorhanggardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weißensees Teppichhaus.
- Räumungs-Ausverkauf!** Möbelstühle, Möbelstühle und Kisten für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.
- Japaner- und Berliner-Teppiche**, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 18938*
- Große Kosten** erste Plüschteppiche mit Rehm, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weißensees Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 18949*
- Räumungs-Ausverkauf!** Einen Vollen Teppichboden 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 18954*
- Plüschbetten**, wert das Doppelte: jetzt 6,55, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 18968*
- Teppichdecken**, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85. 18974*
- Tuch- und Plüschvorhänge** mit Lederbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weißensees Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Köpenickerstr. 18985*
- Gardinenband** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14
- Wettenslagerer**, Gardinenverkauf, Teppichdecken, sportlich Wandteppichhaus Weidenweg neuziehen. 741*
- Bauernbetten**, Gardinenbezüge, Ausbrennerische, sportlich Weidenweg neuziehen. 741*
- Brautbetten**, Bettmatten, Gardinenverkauf, Tischdecken, Teppichlager, flammenerregend, Weidenweg neuziehen. 741*
- Bettdeckenverkauf**, Bandhüllen, Tischdecken, Überbetten, festgefärbte, Wandteppichhaus Weidenweg neuziehen. 742*
- Deckbett**, Unterbett, Kissen mit glattröten Nuten, 10,50, Wandteppich Andreasstraße achtunddreißig. 17748*
- Rotiro-gestrichles Deckbett**, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Wandteppich. *
- Bauerndeckbett**, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Große Laten 1,00, Leibhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach Bedarf. *
- Teppichdecken** sportlich, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18428*
- Herrenfahrrad**, Damenfahrrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36. 18148*
- Geschäftsdreirad**, äußerst stabil, 50,00, Holz, Blumenstraße 36 b. *
- Teppiche** mit Gardinenfäden, Fabrikmeisterliche Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71
- Ein Zigarrengeschäft** billig zu verkaufen Zieglerstraße 14. 19455*
- Monatanzüge** und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für torpente Figuren, Neue Garderobe im ständigen billigen Verkauf, aus Wandteppich verfertigte Sachen laufen man am billigsten bei Kof, Andreasstraße 14. 19529*

- Teppiche!** (Sebiervaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Godesheer Markt 4, Bahnhofsstraße. 26814*
- Wüstentischlerei** liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Stühle, Hecke Arbeit. Beschäftigung meines Raumes großen Lagers erbeten. Auch Katalog. Nur Keller und Hinterzimmer. Darnad, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Dranienplatz und Rotbühl Tor. 17088*
- Krantrahse** 50. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren sportlich, Saalwärts Möbeldepot. Kein Laden. 19495*
- Möbelfabrik**, Dranienstraße 58, direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einflachten bis zum Eleganten. Besonders Gelegenheit bietet ich in Verbindung gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Klammern. Ausfallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Sattelstuhlschlo 45, Paneele 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Kuschelstuhl 16, Kuschelstuhl, Vertiko 27, Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Katalog gratis. 1523K*
- Teppichdecken** billig, Febr. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71
- Möbelangebot**. Im Anhalter Bahnhofs, Möbelfabrik, direkt Hochbahnstation, Möbelfabrik, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salonmöbeln, Paneele, Sofas, Bibliotheken, Ankleidekränze, Ruhbaumtische, Bronzestunden, Delgemälde, Schreibische 28,00, Kuchentisch mit prachtvoller Divanende 22,50, wunderschöne Säulentrumeau 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerbeste Nimmerteppiche 8,00, reichgefärbte Uebergardinen, Spachtelstolen, Kallgardinen, Teppichdecken, Salonbilder, Stühle, prachvolle Plüschbetten 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Übernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Kontorummassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Verfertigung. Otto Widels Anhalter Bahnhofsgerieten. *
- Blusch- und Teppichdecken**, rot, grün und blau, 10,75, 8,75, 6,50, 3,90 das Fenster. Teppichhaus Joseph, Rosenhalestraße 2, am Tor. 19248*
- Stores**, Kissenbezüge, 20 Prozent Rabatt: Tüllbetten über ein und zwei Seiten, 2,15 und 3,90. Gardinenhaus Joseph, Rosenhalestraße 2, am Tor. 19258*
- Teppiche** mit kleinen Fleckern, fast für die Hälfte. Teppichhaus Joseph, Rosenhalestraße 2, am Tor. 19288*
- Nähmaschinen**, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstraße 1-6, Barockstraße 67, Adlerstraße 111.
- Kleiderpinsel** 20 Mark, Kommode 21, Versto 29, furniertes Kleiderpinselverkleid, modern 40, Säulentrumeau 54, Gardinenbezüge 38, Kuschelstühle 21, Kuchentisch 27, Schlafsofa 88, Kuschelstühle, englische Schlafzimmer, Küchenschemel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 16977*
- Schlennigt** abreisefähig soll und muß die feinsten eleganten Garnituren Schreibisch, Teppich, jeden annehmlichen Preis, Invalidenstraße 37, Restaurant.

Stukkateure!

Montag, den 15. Oktober 1906, abends pünktlich 8 Uhr, bei Franke, Sebastiansstraße 39:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal 1906. 2. Die Fenster- und Kofkloßfrage. 3. Wie ist eine Zentralisation der Berliner Krankentafeln anzustreben? Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Den Mitgliedern zur Erinnerung, daß vom 15. Oktober bis 15. November die Arbeitszeit auf Bauten nur 8 Stunden beträgt. Anfang 7 1/2, Frühstück 9-9 1/2, Mittag 12-12 1/2, Feierabend 4 1/2 Uhr. In dem Zeichenunterricht, welcher heute im kleinen Saale bei Franke beginnt, können noch einige Kollegen teilnehmen. Anfang Punkt 8 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Donnerstag, 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal VIII):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl von zwei Revisoren, drei Bibliothekaren und sechs Unterrichtsvertretern. 3. Schulangelegenheiten und Verpflegung. 4. Diejenigen Mitglieder, welche am Fortschrittskursus für Rationalökonomie teilzunehmen wollen, müssen ihre Meldung zur Generalversammlung beim Vorliegenden M. Lammé, S. 59, Freilichtplatz 3, bewirkt haben. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge bezahlen.

Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75:

Vortrag des Genossen Julian Borchardt über: Der Wert der Bildung für den Arbeiter.

Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Eintritt 30 Pf. Garderobe frei.

General-Versammlung der Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter

Berlin (S. D. Nr. 50) am Sonntag, den 21. Oktober, vorm. 10 Uhr, bei Felad, Weinstraße. Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung vom dritten Quartal 1906. 2. Geschäftliches. Der Vorstand. 19056 S. A.: Gustav Busse, Vorsteher.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin. Die Kollegen seien nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die achtstündige Arbeitszeit am Montag, den 15. Oktober, beginnt. Es ist durchaus unstatthaft, über den 15. Oktober hinaus noch länger als acht Stunden zu arbeiten. Diefes gilt besonders für die Werkstellen, in denen am Freitag Wochenlohn ist. Der Vorstand. S. A.: Karl Görtz.

Unserem Freunde und Genossen August Rohleder und Frau, Eichenborst 3, zur Silbernen Hochzeitfeier unsere besten Glückwünsche. 26242 Die Bezirksführer der 6. Abteilung.

Für die vielen Beweise untrüger Teilnahme und Kranzpenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Restaurateurs Ernst Schwarz sagen wir den Mitgliedern des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, welche meinem Ramme die letzte Ehre erwiesen, unseren herzlichsten Dank. 1971b Witwe Schwarz nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe d. Verfertigung von Musikinstrumenten. Bekanntmachung. Die von der Generalversammlung am 29. April 1906 beschlossene und vom Bezirksauschuß am 21. Juli 1906 genehmigte erste Veränderung des Statuts (Zahlung des Krankengeldes auch für Sonntag) tritt am Sonntag, den 14. Oktober 1906 in Kraft. 276/13 Der Vorstand.

Kleine Anzeigen

- Quadratrupe** zehn Mark! Hochwaldhaustellen, Eggersdorf-Etrauberg, mitten im Walde, 5 Minuten vom Bahnhof, 10 Minuten von Rennbahn, gesunde, idyllische Lage! Verkäufer täglich Lerrain. Otto Jorek, Banfow, Fischelweg 10. 10708*
- Rekavitation**, Baugebiet, für Anwesenheit sofort zu verkaufen Martin Lutherstraße 26. 19035*
- Kinderwagen**, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt sportlich. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 9625*
- Monatanzüge**, Winterpaletots, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Segungsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Röhntgen, nur Rosenhalestraße 10. Habe keine Fikalen.
- Hochpreisige Herrenanzüge**, Herrenanzüge aus feinstem Rohstoffen 18 bis 38,00, Hosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag, Deutsches Verlanhaus, Bürgerstraße 63. I. *
- Gardinenverkäufer**, 1 bis 4 Fenster, verkauft Gähler, Grüner Weg 80, parterre. 17988*
- Gastlocherhaus!** Geschlossene Meilochgastlocher 9,00. Gasbratofen 7,00. Gasbügelapparat billig! Gasfornen! 6,00. Gasgittern! 1 1/2. Wohlaner, Wallnertierstraße 32. 8893*
- Dame** verkauft! Mischleiderpinsel 28 Mark, moderne Küchenschemel, Ausgestrich 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Kissen 22, Kuchentisch 25, Kuchentisch, Kuchentisch, Sofa 15, Kommode, Kuchentisch 12, Paneele 75, Tischsofa 50, Kuchentisch, Stand Betten 20, Silber, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7, Dresdenerstraße 38, vorn II links. *
- Wegen Platzmangel** verkaufe billig modernes Lackensofa, Kuchentisch, Trumeau, 4 Stühle, neuen Kinderwagen. Händler erbeten. Kiede, Tempelhof, Ringbahnstr. 54. 19755*
- Nähmaschinen!** Zahle bis 15,00, nur Teilzahlung! kaufst oder nachweist. Gemütliche Systeme. Postkarte. Brauser, Altkirchstraße 90. 748*
- Nähmaschinen** - Teilzahlung vergütet 10 Mark, nur kaufst oder nachweist. Barisch, Sinesplatz 7. 18256*
- Kinderwagen**, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgelehrt, sportlich. Sommer, Bienerstraße 51. 17955*

Verschiedenes.

- Für die von unseren merkten Freunden und Bekannten dargebrachten Glückwünsche anlässlich unserer Silberhochzeit sagen wir hiermit innigsten Dank. Hochachtungsvoll Herrmann Walter und Frau. Gleichzeitig teile Freunden und Bekannten ergebenst mit, daß ich Hochstädterstraße 32 ein Schatzkästchen gekauft habe. Hochachtungsvoll Herrmann Walter, Galtwitz. 784
- Parentanwalt** Wessel, Wilmersstraße 91a. 927b*
- Rixdorf**, Neues Festzelt, Kuchentisch 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partellsaal (600 Personen). Sonntags Ball. 7119*
- Kunsttopferer** von Frau Kofsky, Charlottenburg, Goethestraße 84. I. *
- Wandteppich**, Pringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2 (1908)*
- Altes Kleiderpinsel**, Kuchentisch, Kommode, Schreibisch, Kauf Verwalter, Wallhadenstraße 95. 168/10*
- Verein!** Saal, Vereinszimmer Sonnabend frei. (Veilbier!) Klubhaus, Annenstraße 15. 246/18*

ANZEIGEN

- für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.
- Packerinnen** zum Einpacken und Kontrollieren von Waren an unseren Stellen sofort gesucht. Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 26082*
- Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!** In der Pianofabrik von Bell & Co., Androsstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16* Zugung ist fernzuhalten. Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.
- Achtung! Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Vergolder, Buchbinder u. Hilfsarbeiter.** Die Arbeiter der Photographierahmenfabrik Friemer, Alexandrinenstraße, befinden sich im Streik. Zugung ist fernzuhalten. 92/17* Die Ortsverwaltung.
- Achtung! Kürschner!** Der Verein selbständiger Kürschner (Veilbrange) hat über die Firma Joka u. Co. die Sperre verhängt. Wir erlauben die selbständigen Kürschner, sich gegen die Sperre verhängt hat über die Firma. Die Ortsverwaltung.
- Lichtige** Bildrahmenmacher verlangt Hans Wolf, Kurfürstenstraße 45. 19575
- Lehrling** zur Schildebmalerer (Kof und Loge) verlangt Kiehl, Alte Jakobstraße 25. 19065*
- Junger Mann**, der schon in einer Kartonsabrik war und auch nicht versteht, wird gesucht. Decker, Schmiedstraße 15. 7136
- Schlossergeladen** auf Baubehälter, Fenster, Türen, Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 57. 19645*
- Töpfer**, für ein Ofenlager wird ein Töpfer als Lagerarbeiter gesucht. Offerten A. K. 100 Boham 18.
- Farbmalger** verlangt Elisabethstraße 52. 19069
- Satzgeschäftsarbeiter** gesucht. Lohnend, dauernd. Schriftliche Offerten T. 98. 8. Kettig's Annoncenbureau, Rennstraße 5. 19675
- Anleger** für Steinbruch, Schneelbresse suchen Friedewald u. Heid, Reanderstraße 4. 19745
- Kartonsarbeiterinnen** sowie Arbeiterinnen an der Kist- und Gefäßschneidemaschine verlangt Leopold Stein, Neue Königstraße 30. 19616*
- Barockgoldarbeiter** verlangt! Kuchentisch, Engelstraße 10. 19068
- Lehrmädchen** mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung zum baldigen Eintritt gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2 (19275)*
- Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
- Zum 1. Januar** wird für Nachen ein
- Parteibeamter** gesucht. Demselben liegt die organisatorische und agitatorische Leitung der Partei, die lokale Berichterstattung sowie die Verwaltung der Buchhaltung und Filialexpedition der Zeitung ob. Gehalt 2100 M. Bewerbungen sind bis zum 15. Oktober an Math. Esser, Nachen, Hougasse 18, einzusenden. 26202
- 20 gute Zementierer** werden sofort eingestellt. N.W., Qaltzowstraße 51.
- Stahlpolierer** finden gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung. Nach dreimonatlicher Beschäftigung wird Restvergütung sowie Bezahlten Zulage zum Lohn gewährt. 212/4
- Banneitz & Co., Stahlfabrik, Springe a. Deister.**
- Lichtpauspapier** Arbeiter, tüchtiger, fleißiger, nächster Mann, der große Erfahrungen besitzt, wird für das Ausland gesucht. Offerte mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an S. 3 an die Expedition des „Bormärts“ zu richten. 19625
- Inseratenteil** verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bormärts